

Riehener-Zeitung

Wochenzeitung für Riehen und Bettingen
79. Jahrgang / Nr. 39
Redaktion und Inserate:
Verlag A. Schudel & Co. AG
Schopfägässchen 8, PF, 4125 Riehen 1
Telefon 645 10 00, Fax 645 10 45
www.riehener-zeitung.ch
Erscheint jeden Freitag
Preis: Fr. 1.80, Abo Fr. 75.– jährlich

Gemeindeausgabe Nr. 7/2000

Rückblick: Diakonissenhaus Riehen beging sein traditionelles Jahresfest
SEITE 2

Schule: Enttäuschung über verzögerten Neubau «Hinter Gärten»
SEITE 3

Musik: Gelungenes Riehener Gastspiel der Mendelssohn-Kantorei
SEITE 5

Sport: Die Volleyballerinnen des KTV Riehen visieren den Aufstieg an
SEITE 7

Wahlen: RZ-Journal zu den Regierungs- und Grossratswahlen (1. Teil)
SEITEN 18–26

REFORM Der Gemeinderat nimmt einen zweiten Anlauf zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV)

Im Jahr 2003 soll alles «PRIMA» sein

Mit einem Kreditantrag über 630'000 Franken nimmt der Gemeinderat einen zweiten Anlauf zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV). Diese soll einer der Eckpfeiler eines umfassenden Massnahmenpaketes unter dem Namen «PRIMA» werden, mit dem die Aufgaben, Funktionen und Kompetenzen von Gemeinderat, Parlament und Verwaltung bis im Jahr 2003 reformiert und neu definiert werden sollen.

DIETER WÜTHRICH

Was der Gemeinderat in seinem Bericht zur Strukturanalyse in der Septembersession des Einwohnerrates vom vergangenen Mittwoch bereits angekündigt hat, nimmt nun konkrete Gestalt an. Bis zum Beginn des Jahres 2003 soll nicht nur die gesamte Gemeindeverwaltung mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) zu einem modernen, zeitgemässen und flexiblen «Service public» umgewandelt werden. Parallel dazu sollen mit einer Reform der Gemeindeordnung auch die politischen Organisationsstrukturen sowie die Aufgaben und Kompetenzen von Gemeinde- und Einwohnerrat neu geregelt werden. Das gesamte Reformpaket segelt unter dem Kürzel «PRIMA» (Public Riehen Management). Damit soll nicht zuletzt eine assoziative Verbindung zum «New Public Management»-Projekt des Kantons, «PUMA» genannt, hergestellt werden.

Es begann mit einem Fehlstart
Der erste Versuch zur Einführung von WOV in der Riehener Gemeindeverwaltung wurde im November 1997 mit einem vom Einwohnerrat bewilligten Kredit von 200'000 Franken und mit je einem WOV-Pilotprojekt in jedem Ressort gestartet. Die anfängliche Aufbruchstimmung hielt jedoch nicht lange an und machte bald einer allgemeinen Ernüchterung Platz. Defizite in der Projektorganisation sowie verwaltungsintern unterschiedliche Einschätzungen und Prioritätensetzungen hinsichtlich der für einen solchen Reformprozess unabdingbaren strukturellen Rahmenbedingungen führten dazu, dass der Gemeinderat im Mai 1999 die WOV-Übung abbrach bzw. bis auf weiteres sistierte. Als weitere Konsequenz aus diesem ersten gescheiterten Versuch zur Einführung von WOV gab der Gemeinderat schliesslich eine umfassende Strukturanalyse in Auftrag. Diese wiederum führte schliesslich zur Freistellung des damaligen Gemeindeverwalters und seines Stellvertreters und – als Folge davon – zu dem monatelangen, hinlänglich bekannten politischen Hickhack zwischen dem Gemeinderat einerseits und dem Einwohnerrat und seiner Geschäftsprüfungskommission andererseits.

Aus Fehlern wird man klug
Im Januar dieses Jahres beschloss der Gemeinderat anhand einer umfassenden Analyse des gescheiterten ersten WOV-Versuches das Vorgehen für die Wiederaufnahme des Projektes. Neu soll die wirkungsorientierte Verwaltungsführung von Beginn weg sämtliche Dienststellen der Gemeindeverwaltung umfassen. Auf eine Pilotphase in einzelnen Bereichen der Verwaltung soll verzichtet werden. Weiter soll die Projektorganisation gestrafft werden. Verantwortlich für die Umsetzung sollen inskünftig ein Lenkungsausschuss sowie die Projektleitung sein, wobei in beiden Gremien Mitglieder sowohl von Exeku-



Für das Reformprojekt «PRIMA» wurde eigens ein aus einem Kreis (Einwohnerrat), einem Dreieck (Gemeinderat) und einem Quadrat (Verwaltung) zusammengesetztes Logo entwickelt. Damit soll symbolhaft das Zusammenwirken aller am Reformprozess beteiligten Gremien dargestellt werden.

Fotomontage: RZ

tive und Legislative als auch Mitarbeitende der Verwaltung vertreten sind. Das ganze WOV-Projekt wird zudem von einem externen Projektleiter begleitet. Der Gemeinderat hat aufgrund eines Submissionsverfahrens und vorbehaltlich der Zustimmung des Einwohnerrates zum Kreditantrag die Firma «Wenger+Känzig Consulting» mit dieser Aufgabe betraut. Die verwaltungsinterne operative Projektleitung hat der Gemeinderat an den neuen Gemeindeverwalter Andreas Schuppli delegiert.
Um auch Verwaltung und Parlament frühzeitig in den Reformprozess einzubeziehen, wurden zwischen Februar und September dieses Jahres mehrere Informationsveranstaltungen und Workshops durchgeführt. Und schliesslich liess sich der Gemeinderat in Gesprächen mit Behördenvertretern der Gemeinde Binningen, wo die Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung bereits weit fortgeschritten ist, über die dort gemachten Erfahrungen orientieren.

«Keine Spar- und Privatisierungsübung»
Auch beim zweiten Anlauf zur Einführung von WOV werden im Wesentlichen folgende Ziele anvisiert:
1. Die Gemeindeverwaltung soll zu einem modernen, den sich immer rascher wandelnden Erfordernissen flexibel anpassbaren Dienstleistungsbetrieb für die Riehener Bevölkerung umgestaltet werden. Die Gemeindeverwaltung soll ihre Dienstleistungen inskünftig anhand klarer, von Gemeinderat und Parlament vorgegebener Leistungsaufträge und Globalbudgets erbringen. Vereinfacht ausgedrückt: Exekutive und Legislative entscheiden, was zu tun ist, die Verwaltung und die einzelnen Ressorts entscheiden über das «Wie».
Mit einer Neuordnung des Rechnungswesens soll künftig vollständige Transparenz über die Mittel und deren Verwendung geschaffen werden. Dazu bedarf es geeigneter Controlling-Instrumente.
2. Gemeinderat und Parlament sollen mit WOV vom «operativen» Tagesgeschäft entlastet werden, um sich statt-

dessen auf ihr politisches «Kerngeschäft», die mittel- und langfristige Planung von Strategien und den zur Umsetzung geeigneten Massnahmen, konzentrieren zu können.
3. Fundament und eigentliches politisches Kernstück des Reformprojektes ist die geplante Revision der letztmals 1985 überarbeiteten Gemeindeordnung. Dabei geht es im Wesentlichen darum, die Aufgaben und Kompetenzen von Legislative und Exekutive neu zu ordnen und aufeinander abzustimmen. Ebenso sollen neue parlamentarische Interventionsinstrumente insbesondere für die Bereiche Planung und Steuerung entwickelt werden. In diesem Zusammenhang soll schliesslich auch die Geschäftsordnung des Einwohnerrates vollständig revidiert werden. Ein entsprechender Entwurf liegt bereits vor.
4. Mit einer Neuordnung des Personalwesens und insbesondere mit der vom Gemeinderat bereits bewilligten und ausgeschriebenen Stelle einer Personalleiterin bzw. eines Personalleiters soll das verwaltungsinterne Personalwesen professionalisiert werden. Ziel dieser Massnahmen – dazu gehört auch die Erarbeitung einer neuen Personalordnung – ist es, für die Mitarbeitenden ein attraktives Arbeitsumfeld und motivierende Arbeitsbedingungen zu schaffen – mithin eine Grundvoraussetzung für das Gelingen des gesamten Reformprozesses.
Mehr Effizienz in Politik und Verwaltung, grösseres Kostenbewusstsein und mehr Bürgernähe sind zwar die Kernziele des Reformprojektes. Der Gemeinderat betont in seiner 35-seitigen Vorlage indessen, dass es sich bei «PRIMA» nicht um eine Spar- und Privatisierungsübung handle, zumal sich die Gemeinde in der komfortablen Lage sehe, den Reformprozess nicht aus einer finanziellen Notwendigkeit heraus angehen zu müssen. Zudem gelte es, sowohl die längerfristigen Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt als auch die staatspolitischen Grundlagen zu berücksichtigen. Eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise des Prozesses greife daher zu kurz.

Arbeitsgruppen...
Das gesamte Reformpaket – WOV, Revision von Gemeindeordnung und parlamentarischer Geschäftsordnung, Neuordnung des Personalwesens – soll nach dem Willen des Gemeinderates bis zum Beginn des Jahres 2003 umgesetzt werden. Um diesen ambitionierten Zeitplan einhalten zu können, sollen insgesamt neun «Arbeitspakete» geschnürt werden. Mehrere aus Mitarbeitenden der Verwaltung sowie Mitgliedern des Gemeinde- und des Einwohnerrates zusammengesetzte Arbeitsgemeinschaften sollen im Rahmen von Teilprojekten konkrete Vorschläge und Entscheidungsgrundlagen erarbeiten. Die Aufträge (z. B. Definition von Produktgruppen, Erarbeitung eines Leistungsauftrages, Vorentwurf für eine neue Gemeindeordnung, Qualitätsmanagement, betriebliches Rechnungswesen, Controlling usw.) werden von der Projektführung erteilt. Diese setzt sich zum einen aus dem strategischen Steuerungsausschuss unter dem Vorsitz von Gemeindepräsident Michael Raith und zum anderen aus der operativen Projektleitung unter der Führung von Gemeindeverwalter Andreas Schuppli zusammen.

...und Arbeitspakete
Die Projektleitung hat ihre Arbeit bereits im Juni dieses Jahres aufgenommen. Im Vordergrund stand dabei zunächst die Koordination und Vorbereitung der Informationsveranstaltungen für die Mitglieder des Einwohnerrates und die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung.
In einem zweiten Schritt sollen nun Verwaltung und Gemeinderat die Geschäftsbereiche (Produktgruppen) der Gemeinde, deren verschiedene Dienstleistungen sowie die damit anvisierten übergeordneten Ziele definieren. Im Wesentlichen geht es dabei zunächst um eine Gesamtschau über das Leistungsangebot der Gemeinde.
Im dritten Arbeitspaket werden die Dienstleistungen auf ihre Effektivität, Effizienz und Qualität hin überprüft, um daraus Verbesserungen bei den Arbeitsabläufen, Strukturen und Zustän-

digkeiten ableiten zu können.
Beim vierten Arbeitspaket geht es dann um die Entwicklung eines praktikablen Controllings sowie um die Festlegung geeigneter Steuerungsgrössen und Standards zur Leistungserfassung.
Das politische Kernstück des Reformprozesses, die Revision der Gemeindeordnung, der Verwaltungs- und Organisationsordnung sowie des Personalwesens, wird im fünften Arbeitspaket in Angriff genommen. Dabei geht es vor allem auch um die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinde- und Einwohnerrat und die demokratischen Einflussmöglichkeiten des Souveräns.
Im sechsten Arbeitspaket soll zunächst ein «Strickmuster» mit einheitlichen Kriterien für die Leistungsaufträge an die Verwaltung bzw. die einzelnen Ressorts erarbeitet werden. In einem zweiten Schritt gilt es, die Leistungsaufträge mit den zugehörigen Globalbudgets inhaltlich zu erarbeiten. Und drittens sollen dann konkrete Leistungsvereinbarungen zwischen Gemeinderat und Verwaltung sowie den von der Gemeinde subventionierten verwaltungsexternen Dienstleistungen (z.B. Gemeindespital, Spitex usw.) getroffen werden.
In einem nächsten Schritt (Arbeitspaket Nr. 7) entwickeln Gemeinderat und Verwaltung ein geeignetes Instrumentarium zur mittel- und langfristigen Sach- und Finanzplanung. Dabei soll ein auf einen Zeithorizont von 4 Jahren angelegtes Legislaturprogramm den herkömmlichen Finanzplan ersetzen.
Sobald die wichtigsten gesetzlichen Neuerungen (Gemeindeordnung, Personalordnung usw.) feststehen, sollen im Arbeitspaket Nr. 8 schliesslich die entsprechenden Reglemente überarbeitet werden.
Im neunten und letzten Arbeitspaket geht es schliesslich darum, bis zum Jahresbeginn 2003 das ganze Reformpaket in der Verwaltung umzusetzen. Diese Umsetzung soll laufend und gleichsam in verträglichen «Portionen» erfolgen.

Vorlage im Oktober
Der Einwohnerrat wird sich aller Voraussicht nach anlässlich seiner Oktobersession mit dem ganzen Reformpaket und dem damit verbundenen gemeinderätlichen Kreditbegehren über 630'000 Franken befassen. Von den im November 1997 für den ersten, gescheiterten WOV-Versuch bewilligten 200'000 Franken ist nur noch ein kleiner Restbetrag von rund 19'000 Franken übrig. 100'000 Franken wurden in die damaligen Pilotarbeiten, weitere 72'000 Franken in die externe Beratung und die Fehleranalyse investiert. 8000 Franken des alten Kredites wurden schliesslich für die bereits geleisteten Vorarbeiten zur Wiederaufnahme des WOV-Projektes aufgewendet.

EINWOHNERRAT

Schelte für den Gemeinderat

rs. Im Mittelpunkt der Septembersitzung des Einwohnerrates stand der gemeinderätliche Bericht zur Strukturreform der Gemeindeverwaltung. Heftig kritisiert wurde der Bericht von Seiten der FDP, LDP, DSP und CVP, wohingegen sich die VEW zufrieden zeigte und die SP und die Grünen dazu aufriefen, nun endlich einen Schlusstrich zu ziehen unter den Streit über Vergangenes, um mit vereinten Kräften den bevorstehenden Reformprozess in Angriff zu nehmen. Am Ende setzte sich der Antrag von Christine Goetschy (FDP) durch, die den Bericht nur als Zwischenbericht taxiert haben wollte und vom Gemeinderat bis spätestens Mai 2001 einen Bericht inklusive Beantwortung eines Anzuges von Paul Schönholzer aus dem Jahre 1994 verlangte. Der Antrag wurde mit 20:14 angenommen.

Als Nachfolger der aus dem Rat zurückgetretenen Simone Gschwend (SP) wurde Michael Martig (SP) in die Wahlprüfungskommission gewählt.

Zu Beginn der Sitzung beantwortete der Gemeinderat zwei Interpellationen. In seiner Antwort auf eine Interpellation von Simone Forcart (LDP) erläuterte Tiefbauchef Niggi Tamm, dass sich seiner Meinung nach und nach mehrmaliger Überprüfung eine sofortige Verlegung der Bushaltestelle Chrischonaweg 113 (bei der oberen Ausfahrt des Parkplatzes beim Schiessstand, Einmündung «Auf dem Rücken») aus sicherheitstechnischen Gründen sicher nicht aufdränge. Im Moment seien Abklärungen im Gang, wie hoch die Auslastung des Parkplatzes nach erfolgter Redimensionierung des Schiessplatzes noch sei. Eventuell ergebe sich daraus eine Umgestaltung des Parkplatzes und im gleichen Zusammenhang werde auch die Lage der Busendstation der Linie 45 überprüft.

Gemeindepräsident Michael Raith beantwortete eine Interpellation von Michael Martig (SP) betreffend neues Schulhaus «Hinter Gärten» (siehe Artikel auf Seite 3 dieser RZ-Ausgabe).

Vor der regulären Einwohnerratssitzung, die ausnahmsweise um 20.30 Uhr begann, unterzog sich der Einwohnerrat ab 17 Uhr einem Workshop zum Thema «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung». Als Gäste anwesend waren die ehemalige Binnerer Gemeindepräsidentin Pia Glaser, der Binnerer Einwohnerrat Urs Rediger, die Basler Grossrätin Annemarie von Bidder, Gabi Bomatter von der Gemeindeverwaltung Schlieren und die Grossrätin Rita Schiavi.

RELIGION 148. Jahresfest Diakonissenhaus Riehen

«Immer aufs Neue üben, zu lieben»

Das Diakonissenhaus Riehen beging am 23./24. September sein 148. Jahresfest. Der Feier vom Samstagnachmittag in der Kornfeldkirche folgte am Sonntagvormittag der Gottesdienst in der Dorfkirche mit der Einsegnung von Schwester Karin Müller.

MARLENE MINIKUS

In seiner Begrüssungsansprache zum 148. Jahresfest des Diakonissenhauses Riehen blickte Dr. Géza Teleki, Präsident des Komitees, «einmal mehr mit Dankbarkeit auf ein reich befrachtetes Jahr» zurück. Am Ende einer Periode wirtschaftlicher Rezession könne man mit Genugtuung feststellen, dass die schwierige Zeit unbeschadet überstanden worden sei. Als einen Höhepunkt der Berichtsperiode bezeichnete er die 100-Jahr-Feier der psychiatrischen Klinik Sonnenhalde, die Anlass geboten habe, die Klinik der breiten Öffentlichkeit vorzustellen und der Dorfbevölkerung näherzubringen. In den vergangenen Jahren hat das Diakonissenhaus die Liegenschaften der Sonnenhalde für 8 Millionen Franken umgebaut und renoviert. Nachdem 1998 die administrative und organisatorische Entflechtung vom Diakonissenhaus vollzogen worden war, wird nun die Sonnenhalde als gemeinnützige Aktiengesellschaft auch rechtlich verselbstständigt. Ideelle Trägerin und Hauptaktionärin der Klinik bleibt das Diakonissenhaus Riehen, neu an der Trägerschaft beteiligt ist das Diakonat Bethesda.

Dr. Thomas und Marianne Geigy-Hug sind neue Mitglieder des Komitees des Diakonissenhauses Riehen ebenso wie Bruder Fritz Kraft von der Christus-träger-Bruderschaft, ein ausgebildeter Architekt, der in den Komitee-Ausschuss gewählt wurde.

Teleki würdigte den ausserordentlichen Einsatz, die grosse Treue und die «allen Widerwärtigkeiten trotzende Freundlichkeit» von Max Brügger, der nach 30 Dienstjahren als Leiter der Administration und des Rechnungswesens von Walter Pfäffli abgelöst wird. Teleki wies dankbar darauf hin, dass dem Diakonissenhaus immer wieder Kader und Mitarbeitende geschenkt würden, denen ihre Arbeit Berufung sei und die den christlichen Geist des Hauses mit-trügen.

Berichte und Zeugnisse

Das diesjährige Jahresfest des Riehener Diakonissenhauses stand unter dem diesjährigen Jahreswort der Gemeinschaft: «Sie sahen niemand als Jesus allein.» Oberin Doris Kellerhals und weitere Schwestern gingen im Verlaufe der Feier auf die Bedeutung dieses Wortes ein. So kommt es auf die Sichtweise



Schwester Silvia Pauli und Corinne Strahm boten am Jahresfest des Diakonissenhauses in der Kornfeldkirche eine meditative TANZEINLAGE. Foto: Marlene Minikus

der Einzelnen im Alltag an: ob sie vor allem sich und ihre Schwierigkeiten sieht oder die Liebe Gottes erkennt und ihr nacheifert. Denn der Mensch werde geprägt durch das, was er sehe. Ein Hauptziel des gemeinsamen Diakonissenlebens sei es, «Jesus gemeinsam sichtbar machen, transparent zu sein für ihn». Die Schwestern müssten immer aufs Neue üben, zu lieben, uneigennützig zu dienen, zu vergeben, anspruchlos zu sein und alles von Gott zu erwarten. Sehr konkret werde die Herausforderung dann, wenn es gelte, Jesus im notleidenden Bruder, in der Banknachbarin in der Kapelle oder auch in einem Gast im Speisesaal zu sehen.

Für Schwester Marianne Graf bedeutete der Wechsel nach Wildberg, nach 30-jähriger Tätigkeit in Riehen, zwar ein «Erdbeben». Aber gerade in dieser kleinen Gemeinschaft habe sie neu gelernt, «Jesus zu sehen», auch in jeder Schwester und im Alltag. Aus der früheren Pflicht sei für sie ein Bedürfnis geworden, ihre Liebe und die Freude an der Gemeinschaft sei gewachsen.

Georg Schubert, Leiter der «Communität Don Camillo» im neuenburgischen Montmirail, sprach über den «Auftrag einer Communität im Heute», denn «Gemeinschaft an sich» sei kein Ziel. Es gehe immer um eine Aufgabe sowie um die Zeit, für die man sich verpflichte, um Verbindlichkeit. Communitäten hätten Brückenfunktion; sie könnten sich sozusagen «weiter hinauslehnen», ohne ihren Standpunkt zu verlieren. Die Erwählung in eine Gemeinschaft bedeute kein Privileg, sondern einen Dienst.

Schwester Evi Maurer drückte ihre Erfahrungen mit dem Jahreswort so aus: «Jesus sehen» bedeute auch, ihn «hören». In der Stille wachse Einsicht,

entstehe der Wunsch nach Veränderung. Wer sich selber nicht mehr zu wichtig nehme, könne unbeschwert leben. Und das mache glücklich und dankbar. Schwester Elisabeth Merz hat erfahren, dass dieses «sehen» nur manchmal klappt, obwohl es sie reich beschenkt, sie unbeschwert weitergehen lässt. Ihr Wunsch ist deshalb, dass aus dem «manchmal» ein «oft» werde.

Schwesternkommunität

Vor 27 Jahren wurde das damalige «Diakonissenspital» an die Gemeinde Riehen abgetreten, nun wird auch die Klinik Sonnenhalde rechtlich selbstständig. Bereits vor 35 Jahren wurden die Weichen gestellt für eine Diakonissengemeinschaft, welche die Schwestern ihren Gaben und ihrer Ausbildung entsprechend in unterschiedlichste Dienste aussenden kann. Es ging dabei um die grundsätzliche Frage, ob das Werk der inneren Mission oder die Schwesterngemeinschaft als solche – als geistliche und diakonische Kommunität – Vorrang haben solle. Man entschied sich bekanntlich für letzteres.

Zwar gibt es auch heute noch Diakonissenhäuser, die, als christliches Werk der inneren Mission, im institutionellen Bereich expandieren. Gemäss den Statuten des Diakonissenhauses Riehen ist dessen Auftrag aber die «Lebens-, Glaubens- und Dienstgemeinschaft» – also die Schwesternkommunität.

Riehener Diakonissen arbeiten mit in Gottesdiensten anderer Gemeinden, an Frauen-Besinnungstagen, an ökumenischen Ferienwochen. Sie werden zu Vorträgen bei Frühstückstreffen eingeladen, zu Jugendtreffen und weiteren Veranstaltungen. Dazu kommen Sonntagsschule, Kinderstunde, Kinderarbeit

im Kleinbasel, Mitarbeit beim «Soggeball», im Kirchenvorstand, in der Allianz Riehen-Bettingen, in der Stadtmision, Mitternachtsmission und in der Riehener Jugendarbeit («Go In»). Einzelne Schwestern werden zu Tanzworkshops eingeladen, zu Frauenhauskreisen, Gottesdiensten im Gemeindespital, Bibelstunden im Dominikushaus. Ein paar ältere Schwestern verteilen Traktate in die Haushaltungen.

Das Diakonissenhaus bot im Berichtsjahr wiederum Einkehrtage und -Wochenenden an, Bibelkurse in Wildberg, Retraiten in Spiez. Auch in Riehen konnte das Angebot für Gäste erweitert werden. Im Sommer wurden das Teenagerlager und zwei Kinderlager durchgeführt und während dreier Wochen erholungsbedürftige Kinder aus der Gegend von Tschernobyl mit ihren Begleitern betreut.

In Dankbarkeit und Liebe gedenke man der zehn Schwestern, die seit dem letzten Jahresfest diese Welt verlassen haben. Von den derzeit 152 Schwestern seien 68 älter als 81 Jahre alt. Die grosse Zahl betagter Schwestern sei ein zentraler Auftrag für die Gemeinschaft, denn «es wäre traurig, wenn wir sie als lästiges Anhängsel nebenbei versorgen würden».

Zukunft der Schwesternschaft

Auch bei abnehmender Schwesternzahl soll in kleineren Schwesternzellen der jeweilige Auftrag wahrgenommen werden. Da gibt es Gemeinschaften, zum Beispiel in Spiez und Wildberg, die zusammen arbeiten, wohnen und die Gebetszeiten halten. Andere Schwesternzellen, zum Beispiel im Moosrain oder auf der Sonnenhalde, sind in diakonischen oder sozialen Institutionen präsent, in Solidarität mit Menschen in Not, arbeiten aber zum Teil an anderer Stelle. Weitere Schwesternzellen, sie bilden den Kern der Gemeinschaft, wohnen im Mutterhaus und kümmern sich um die zuletzt eingetretenen Schwestern, um Gäste, Frauen der Weggemeinschaft und um die alten Mitschwwestern. Zwei Schwestern nehmen zur Zeit einen Dienst im Kleinbasel wahr und leben auch dort.

Einzelne Schwestern leben ihre Berufung auf andere Weise: Schwester Sonja Dürrenmatt arbeitet in Afrika in der Alphabetisierung im Niger, Schwester Ruth Tschumi als Arbeitstherapeutin in einer Suchtklinik, Schwester Rosmarie Grob in der Thurgauischen Krebsliga.

Die Feier wurde musikalisch bereichert von Irena Waldmeier und Schwester Esther Herren, Flöte, und Eva-Marie Gürke an der Orgel, dem Schwesternchor sowie einer meditativen TANZEINLAGE von Schwester Silvia Pauli und Corinne Strahm.

Einbrüche häufen sich

jf. Mit dem Kürzerwerden der Tage vermeldet die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt wieder mehr Einbrüche. Diese finden vor allem beim Einbruch der Dämmerung statt. Das Kriminalkommissariat rät daher den Hauseigentümern, das Licht brennen zu lassen und Nachbarn zu bitten, ab und zu ein Auge auf die Wohnung zu werfen. Als weitere Vorsichtsmassnahme bei Mehrfamilienhäusern empfiehlt die Polizei, dass man sich nach dem Läuten mit dem elektrischen Türöffner vergewissern soll, wem man Einlass ins Haus gewährt.

Umzug des Erziehungsdepartements

jf. In naher Zukunft soll auf dem Münsterplatz der Zügelwagen auffahren. Der Grund: Das Erziehungsdepartement am Münsterplatz 1 und 2 soll an sein neues Domizil an der Leimenstrasse 1, 3 / Holbeinstrasse 4 verfrachtet werden. Dies, weil in der gegenwärtigen Liegenschaft des Erziehungsdepartementes am Münsterplatz 1 und 2 Platz für neue Wohnungen geschaffen werden soll.

Damit dies möglich wird, beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Übertragung der Liegenschaft am Münsterplatz vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen und im Gegenzug dazu die Übertragung der Liegenschaft an der Leimenstrasse / Holbeinstrasse vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen.

Resultate der eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 23./24. September								
Abstimmungslokale	Solar-Initiative			Gegenentwurf			Stichfrage	
	Ja	Nein	% Nein	Ja	Nein	% Nein	für Initiative	für Gegenentwurf
Riehen Gemeindehaus	278	369	57,0	397	242	37,9	234	352
Riehen Niederholzschulhaus	101	97	49,0	111	84	43,1	89	82
Riehen brieflich Stimmende	2 354	4 917	67,6	3 638	3 568	49,5	2 165	3 904
Total Riehen	2 733	5 383	66,3	4 146	3 894	48,4	2 488	4 338
Bettingen	127	298	70,2	218	203	48,2	91	256
Stadt Basel	22 572	28 874	56,1	28 680	21 892	43,3	20 083	23 704
Total Kanton	25 432	34 555	57,6	33 044	25 989	44,0	22 662	28 298
Schweiz	636 454	1 363 746	68,1	921 292	1 055 796	53,4		
Stimmbeteiligung: Riehen 57,4%; Bettingen 57,6%; Kanton 52,3%; Schweiz 44%								

Resultate der eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 23./24. September									
Abstimmungslokale	Energie-Lenkungsabgabe			18-Prozent-Initiative			Konstruktives Referendum		
	Ja	Nein	% Nein	Ja	Nein	% Nein	Ja	Nein	% Nein
Riehen Gemeindehaus	382	259	40,4	205	457	69,0	209	428	67,2
Riehen Niederholzschulhaus	123	72	36,9	77	124	61,7	94	97	50,8
Riehen brieflich Stimmende	3 645	3 720	50,5	2 702	4 849	64,2	2 332	4 980	68,1
Total Riehen	4 150	4 051	49,4	2 984	5 430	64,5	2 635	5 505	67,6
Bettingen	226	199	46,8	135	293	68,5	101	319	76,0
Stadt Basel	30 034	21 733	42,0	19 590	34 045	63,5	19 600	31 538	61,7
Total Kanton	34 410	25 983	43,0	22 709	39 768	63,7	22 336	37 362	62,6
Schweiz	897 602	1 119 257	55,4	755 597	1 328 526	63,7	678 127	1 306 384	65,8

«Gianna-Fest»: Termin ist definitiv

rz. Der Termin für das Fest der Gemeinde Riehen und der Riehener-Zeitung zu Ehren von Olympia-Silbermedaillengewinnerin Gianna Hablützel-Bürki steht definitiv fest: Dienstag, der 17. Oktober, ab 18 Uhr. Für den Ort sind noch gewisse Detailabklärungen im Gang. Es soll ein öffentliches Fest mit Fechteinlagen, offizieller Ehrung und Möglichkeit zum Nachtessen geben.

Gianna Hablützel kehrt am 5. Oktober in die Schweiz zurück. Die Gemeinde und das Fochtteam Riehen-Scorpions werden am Flughafen Zürich-Kloten um 11 Uhr mit Delegationen zugegen sein.

GRATULATIONEN

Albert Herren-Dietz zum 95. Geburtstag

rz. Heute Freitag, den 29. September, darf Albert Herren-Dietz seinen 95. Geburtstag feiern. Aufgewachsen in Zürich, kam er aus beruflichen Gründen in die Region Basel. In Riehen lernte er seine heutige Frau Frieda Dietz kennen. Noch in Zürich war er als Bankangestellter tätig gewesen, dann wurde er Lastwagenchauffeur und war mit Schwerlastwagen zwischen Holland und Österreich und in der ganzen Schweiz unterwegs. Von Krankheiten wurde der Jubilar stets verschont und erfreut sich nach wie vor einer guten Gesundheit. Die Riehener-Zeitung gratuliert herzlich zum hohen Geburtstag und wünscht Albert Herren-Dietz weiterhin eine gute Gesundheit.

Hans Berger-Brühwiler zum 80. Geburtstag

rz. Übermorgen Sonntag, den 1. Oktober, darf Hans Berger-Brühwiler seinen 80. Geburtstag feiern. Aufgewachsen ist er als jüngstes von fünf Kindern – zusammen mit zwei Schwestern und zwei Brüdern – in Dornach. Nach der Schule und einem Welschlandjahr erlernte er den Beruf eines Metzgers. Nachdem er zuerst im Schwarzbubenland gearbeitet hatte, wechselte er als Bankmeister zum ACV, wo er lange in der Metzgereiabteilung der Filiale am Grenzacherweg tätig war. 1952 heiratete er Frieda Brühwiler. In den Jahren 1953, 1955 und 1960 kamen die drei Söhne Hans, Urs und Dieter zur Welt.

Ein grosses Hobby von Hans Berger war lange die Pflege des eigenen Schrebergartens, eine Tätigkeit, der er heute nicht mehr nachgehen kann. Fünfzig Jahre lang war er Sänger beim Männerchor Liederkrantz in Dornach. Nach Riehen gezogen ist er 1955.

Die Riehener-Zeitung gratuliert Hans Berger ganz herzlich zum 80. Geburtstag und wünscht ihm alles Gute.

Werner und Anna Schmid-Rauber zur diamantenen Hochzeit

rz. Das Ehepaar Werner und Anna Schmid-Rauber feiert am Sonntag, 1. Oktober, das Fest der diamantenen Hochzeit. Die Ehepartner wohnen seit 1948 in ihrem Eigenheim an der Morystrasse 81 in Riehen, wo auch ihre beiden Kinder aufwuchsen. Seit 1982 sind sie Bürger von Riehen. Langweilig wird es den beiden nie; sie verbringen viel Zeit in ihrem Ferienhaus in Engelberg und mit ihren Enkelinnen und Enkeln.

Die Riehener-Zeitung gratuliert dem Ehepaar ganz herzlich zu ihrem Jubiläum und wünscht noch weitere schöne gemeinsame Jahre.

Heidi Steiner-Kaufmann zum 80. Geburtstag

rz. Am kommenden Donnerstag, 5. Oktober, feiert Heidi Steiner-Kaufmann an der Gotenstrasse ihren 80. Geburtstag. Die Riehener-Zeitung gratuliert ihr herzlich, wünscht Glück, Gesundheit und weiterhin alles Gute.

BILDUNG Reaktionen auf den regierungsrätlichen Entscheid bezüglich Schulhaus «Hinter Gärten»

Stille Wut, Enttäuschung und Resignation

Die Gemeinde Riehen stösst mit ihrem Anliegen, der Schulhausneubau «Hinter Gärten» sei nun endlich wegen akuter Schulraumknappheit zu realisieren, beim Kanton weiterhin auf taube Ohren. Grosse Enttäuschung und Machtlosigkeit sprechen aus einer Interpellationsantwort des Gemeinderates und aus den Worten von Landschulrektorin Liselotte Kurth gegenüber der RZ.

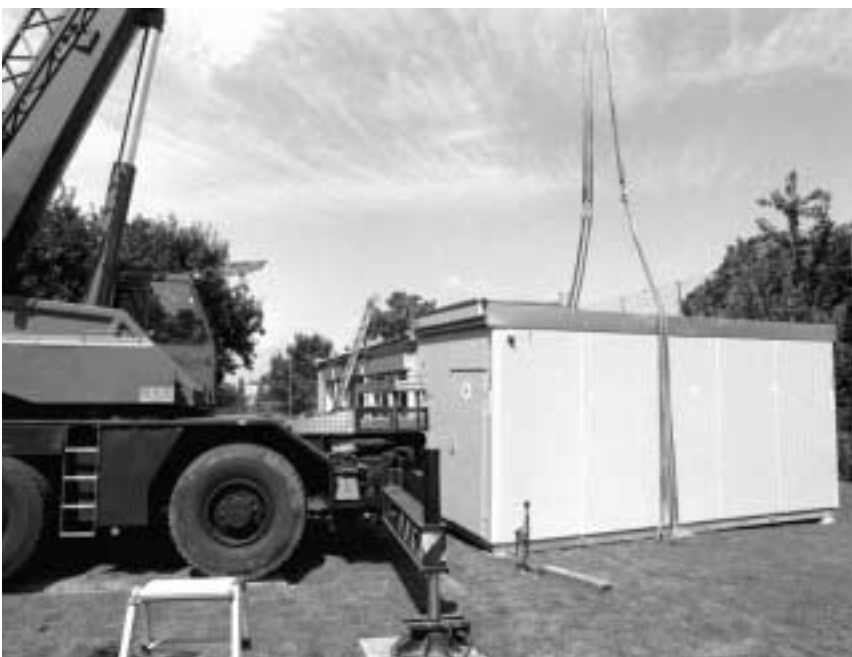
ROLF SPIRIESSLER

Wie bereits in der letzten RZ-Ausgabe berichtet, sieht sich der Kanton nun ausser Stande, den schon lange in Riehen geforderten Schulhausneubau «Hinter Gärten» vor 2003 fertigzustellen. Ein Baubeginn sei erst nach dem Jahr 2001 möglich, weil sich der Regierungsrat ausser Stande sehe, die auf 15 Millionen Franken veranschlagte erste Etappe des Projektes im Investitionsplan 2001 zu berücksichtigen.

Kostenbeteiligung gefordert

In seiner Antwort zu einer Interpellation von Michael Martig (SP) rekapitulierte Gemeindepräsident Michael Raith in der Einwohnerratssitzung von vorgestern Mittwoch die jüngsten Ereignisse. Am 23. Juni 2000 sei Regierungsrätin Veronica Schaller mit Vertretungen des Rektorats und des Hochbau- und Planungsamts nach Riehen gekommen. Bei dieser Gelegenheit sei auf Grund von aktualisierten Prognosen klar dargelegt worden, dass der Bedarf für ein neues Schulhaus in Riehen wirklich gegeben sei. Trotzdem sei ein Baubeginn im Jahr 2001 noch lange nicht gesichert.

Schon im Juni habe Veronica Schaller den Gemeinderat ersucht zu prüfen, ob eventuell für Gebäudeteile, die auserschulisch genutzt werden könnten, eine Kostenbeteiligung der Gemeinde möglich sei. Der Gemeinderat habe mit Befremden von der Idee des Regierungsrates Kenntnis genommen, dass die Gemeinde sich nun finanziell an dieser



Bereits auf das nächste Schuljahr braucht es in Riehen weitere Schulcontainer, um den Unterricht noch gewährleisten zu können.

Foto: RZ-Archiv

Kantonsaufgabe beteiligen solle. «Der Bau des Schulhauses ist bei der gegebenen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden eindeutig Sache des Kantons. Entsprechend muss der Kanton handeln und die Finanzierung sicherstellen, wenn der Bedarf nach zusätzlichem Schulraum klar ausgewiesen ist. Die Gemeinde hat frühzeitig das Nötige vorgekehrt, um dem Kanton das Bauareal zur Verfügung halten zu können. Ob seitens der Gemeinde für auserschulische Nutzungen des künftigen Schulhauses im Bereich Turnen und Sport allenfalls Bedarf besteht, steht in keinem Zusammenhang mit der Erforderlichkeit der Schulanlage «Hinter Gärten», heisst es in der gemeinderätlichen Antwort wörtlich. Der Gemeinderat könne es dem Kanton nicht abnehmen, für einen Termin zur Fertigstellung des Schulhauses geradzustehen, schreibt der Gemeinderat in der Antwort auf Michael Martigs Frage, ob wenigstens

garantiert werden könne, dass das neue Schulhaus auf Anfang des Schuljahres 2003/2004 bezugsbereit sein werde. Der Gemeinderat werde sich aber mit allen in seiner Macht stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass das Schulhaus baldmöglichst gebaut werde. Mit dem Projekt «EAST MEETS WEST» des Luzerner Architekturbüros Marques AG sei die Gemeinde einverstanden, zumal der Gemeinderat in der Wettbewerbsjury Einsitz gehabt habe.

Enttäuschte Landschulrektorin

Resigniert und fassungslos reagierte Landschulrektorin Liselotte Kurth auf den jüngsten Verschiebungsentscheid. Da werde von allen Seiten immer wieder beteuert, wie wichtig es sei, die Qualität der Schule zu verbessern. Sie könne sich nicht vorstellen, wo in Riehen noch neue Provisorien aufgestellt werden könnten, zumal bereits deren zehn in Betrieb seien. Und in Riehen habe

RENDEZVOUS MIT...

...Renata Zwahlen

rs. Es war für sie immer klar, dass sie auch in ihrem Beruf etwas mit Kindern zu tun haben wollte. Heute ist die ausgebildete Kleinkindererzieherin Renata Zwahlen-Pfammatter, die während 14 Jahren in einem Tagesheim des Basler Frauenvereins tätig gewesen war, Tagesmutter von zwei Kindern aus der Nachbarschaft. Und das kam so:

Als Renata Zwahlen Mutter wurde, gab sie ihre Stelle auf, denn nun wollte sie ganz für ihre Tochter da sein. Auch später wollte sie nicht wieder eine Tätigkeit in einem Heim aufnehmen, da sie dann zu oft und zu lange von zu Hause weg sein würde. «Als ich Kind war, war unsere Mutter immer zu Hause. Natürlich hatte sie nicht immer Zeit für uns, um zu spielen, vorzulesen und so weiter, weil sie die ganzen Hausarbeiten zu erledigen hatte, und in den Sechziger-, Siebzigerjahren gab es noch weniger Haushaltsmaschinen, die heute im Haushalt viele Arbeiten erleichtern. Aber meine Mutter war stets da», erzählt Renata Zwahlen, die schon als Mädchen damit begann, kleinere Kinder zu hüten. Und Erfahrung habe sie ja auch mit ihrem vier Jahre jüngeren Bruder gehabt, den sie oft mitgenommen habe. «Gäll, du nimsch dr Röbi mit», habe ihre Mutter immer gesagt.

Es sei wichtig, dass Kinder zu Hause empfangen würden, dass sie Probleme, die sie vielleicht im Kindergarten oder in der Schule hätten, abladen könnten, dass sie ihre spontane Freude sofort weitergeben könnten und vieles mehr. Sie habe das als Kind sehr geschätzt. Deshalb wollte auch sie als Mutter zu Hause sein. Und darin wurde sie auch von ihrem Mann unterstützt, der über Mittag nach Hause kommt. «Ich schätze dieses mittägliche Beisammensein der Familie sehr», sagt sie.

Andererseits war sie sich darüber im Klaren, dass man ein Kind auch «überbetreuen» kann. Und dann half der Zufall mit. Als Töchterchen Sina etwa anderthalbjährig war, fragte eine Frau aus der Nachbarschaft, ob Renata Zwahlen nicht zeitweise die Betreuung ihrer damals sechsjährigen Tochter Céline und ihres damals zweijährigen Sohnes Lukas übernehmen könne, da sie arbeiten gehen müsse.



Renata Zwahlen-Pfammatter mit ihrer knapp einjährigen Tochter Jara vor der offenen Tür ihres Hauses.

Foto: Rolf Spriessler

Die beiden Frauen, die sich zuvor nur vom Spielplatz her kannten, wandten sich an den Verein «Tagesmütter Basel-Stadt», denn sie wollten sich professionell beraten und begleiten lassen, und besuchten beide einen Grundkurs für Tagesmütter. «Ich schätze diese Betreuung sehr. Die regelmässigen Gespräche sind für mich wertvoll», sagt Renata Zwahlen, denn ganz so einfach sei die Sache auch wieder nicht, gerade wenn man eigene Kinder habe. Aber es sei eine ungeheuer befriedigende Tätigkeit, Kinder zu erziehen und durchs Leben zu begleiten.

Vor einem Jahr hat Sina ein kleines Schwesterchen bekommen, Jara. Und die Familie ist von einer Dreizimmerwohnung an der Oberdorfstrasse in ein Haus an der Inzlingerstrasse umgezogen. Ein halbes Jahr später zügelten auch Céline, Lukas und ihre Mutter an die Inzlingerstrasse, gleich ins Nachbarhaus. «Das hat viele Vorteile. Wenn die Kinder Ferien haben, können sie ausschlafen und erst dann zu uns kommen, früher mussten sie wohl oder übel aufstehen, weil sie die Mutter zu uns bringen musste», schmunzelt Renata Zwahlen. «Die Kinder gehen nun an beiden Orten ein und aus.»

Wenn man andere Kinder bei sich aufnehme, müsse man sich nicht nur

sehr viel Zeit nehmen, um auf diese Kinder eingehen zu können, man lerne auch die eigenen Kinder von einer ganz anderen Seite kennen. So habe ihre Tochter Sina schon richtige Eifersuchtszenen gemacht, sich beklagt, sie werde benachteiligt behandelt, sich beklagt, dass die anderen Kinder ungefragt ihr Spielzeug brauchen würden. «Also sagten wir den Kindern, sie müssten selber auch Spielzeug mitbringen und immer, wenn ein Kind das Spielzeug eines anderen haben will, muss es fragen.» Inzwischen seien Sina und Lukas wie Geschwister und die drei Jahre ältere Céline sei für Sina ein Vorbild.

Doch auch Sina habe natürlich ihre Probleme, zum Beispiel als sie kürzlich in der Schule aus Versehen mit zwei Schulkameradinnen zur selben Zeit abgemacht habe und nicht gewusst habe, was sie denn nun machen solle, denn absagen wollte sie eigentlich keiner. Da sei sie mit ihrer Tagestochter hingesehen und habe das Problem diskutiert.

Für Aufregung sorgt im Moment die knapp einjährige Lara, die nun langsam die Welt zu entdecken beginnt und halt nicht mehr ruhig auf der Decke sitzen bleibt, wenn sie abgesetzt wird. «Dasch e Blödi», sei der übereinstimmende Kommentar von Sina und Lukas gewe-

man seit Jahren immer wieder auf die bevorstehende Steigerung der Schülerzahlen hingewiesen.

Fest stehe bereits jetzt, dass es im nächsten Schuljahr bei gleichbleibender Primarschulklassenanzahl zwei Orientierungsschulklassen mehr brauchen werde. Weil sämtliche Spezialräume inklusive die Turnhallen bereits voll ausgelastet seien, brauche es neben zwei neuen provisorischen Klassenzimmern zwei neue Spezialräume, einen für das Werken und einen für den Musikunterricht. Doch damit sei das Turnhallenproblem natürlich noch nicht gelöst. Dabei sei es so, dass man bereits heute durch maximale Klassengrössen und die neue Zeitstruktur mit drei Doppelkationen am Vormittag sämtliche Kniffe und Tricks zu einer möglichst optimalen Nutzung der vorhandenen Spezialräume ausgeschöpft habe.

«Mit klaren Perspektiven könnte ich nüchterner an diese Sache herangehen», gab die Landschulrektorin ihrer Machtlosigkeit in dieser Sache Ausdruck. Aber so bröckle nun auch das Vertrauen der Lehrerschaft, die sich bis jetzt allen Widerwärtigkeiten zum Trotz sehr engagiert gezeigt habe. Unbefriedigend sei auch, dass der Kanton gerade in einer Zeit prekärster Platzverhältnisse IV-Klassen in Provisorien des Areals Niederholz/Hebel untergebracht habe, die ursprünglich für Regelklassen vorgesehen gewesen seien.

Im Moment würden auf dem Schularéal Niederholz/Hebel acht Schulräume von IV-Klassen belegt. Damit wolle sie nicht die Berechtigung der IV-Klassen in Frage stellen, so Liselotte Kurth, aber immerhin sei die Platzierung von IV-Klassen eine gesamtkantonale Aufgabe und der Kanton habe offenbar kein Konzept für die angemessene Unterbringung seiner IV-Klassen. Und dass Riehen den Kanton nicht unterstützen würde, davon könne nun wirklich keine Rede sein, schon allein wenn man sehe, wie der Kanton auf Kosten der Gemeinde zur Dreifachturnhalle Sporthalle Niederholz gekommen sei.

sen, als Jara kürzlich ihre sorgfältig aufgebaute Legoeisenbahn demontiert habe – bisher sei Jara immer die Kleine, Herzige gewesen...

Aufgewachsen ist Renata Zwahlen an der Helvetierstrasse in Riehen. Nach der Schule und einem einjährigen Vorpraktikum im Kinderheim Hölle, einem Internat mit 24-Stunden-Betrieb, machte sie eine Ausbildung als Kleinkindererzieherin und betreute in einem Kinderheim des Basler Frauenvereins an der Maiengasse ein Buschzimmer. «Ich wollte in einem Tagesheim arbeiten und nicht in einem Heim, das rund um die Uhr betreut wird und in dem die Kinder übernachten», sagt Renata Zwahlen zu der Wahl ihres Arbeitsortes. Und allgemein: «Ich habe den Eindruck, dass früher mehr oder bewusster erzogen wurde als heute. Aber Erziehung darf kein Zufall sein.» So sei bei ihr zu Hause zum Beispiel der Fernseher tagsüber nur sehr selten in Betrieb. Die Kinder würden mit so vielen Reizen von aussen konfrontiert. Da sei es gut für sie, wenn sie viel draussen sein und dort ihrer Phantasie und ihrem Tatendrang freien Lauf lassen könnten.

Wie schon erwähnt, ist Renata Zwahlen der Austausch und der Kontakt mit anderen Eltern sehr wichtig. So ist auch eine Müttergruppe entstanden, die sich jeden Freitagmorgen samt Kindern im Meierhof bei der Dorfkirche trifft. Dort bereitet jemand eine Geschichte vor, es gibt ein Znüni, es wird gesungen und gebastelt und es besteht die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen. Man kann einander gegenseitig helfen, bei Krankheiten einspringen und so weiter. «Unser Projekt ist auch bei anderen auf Interesse gestossen, aber die Sache funktioniert nur, wenn die Gruppe nicht allzu gross wird. Inzwischen gibt es drei Müttergruppen, die sich auf diese Weise regelmässig im Meierhof treffen», erzählt Renata Zwahlen.

Wer sich übrigens dafür interessiert, als Tagesmutter oder Tagesvater regelmässig Kinder tagsüber bei sich aufzunehmen, kann sich melden bei den Tagesmüttern Basel-Stadt, Thiersteinallee 23, Basel, Telefon 333 22 00 (Montag bis Freitag, 10 bis 12 Uhr). Dort finden auch Informationsabende statt (die nächsten am 24. Oktober und am 29. November, jeweils um 20.15 Uhr).

KULTURTIPPS
FÜR DIE REGION

TANZ

«Compagnie Be Willie?»
«Carmen, oder bin ich das Arschloch der achtziger Jahre» – eine Produktion der «Compagnie Be Willie?», die Tanz, Artistik, Performance, Lesung, Sprech- und Bewegungstheater zu einem kraftvollen, ausdrucksstarken Ganzen verbindet.

Theater Roxy, Muttenerstrasse 6, Birsfelden.
Vorstellungen am Freitag, 29., und Samstag, 30. September, jeweils um 20.30 Uhr und am Sonntag, 1. Oktober, um 19 Uhr.

AUSSTELLUNG

Ausstellung im Haus zur Augenweide

Die beiden Riehenerinnen Nathalie Scherrer und Nicolette Sarasin sowie Cecile Fiszow geben einen Einblick in ihr künstlerisches Schaffen. Die Vernissage findet am Freitag, 29. September, von 17 bis 19 Uhr statt. Haus zur Augenweide, Rheinsprung 20, Basel. Öffnungszeiten: jeweils Donnerstag von 17 bis 20 Uhr, Samstag von 11 bis 16 Uhr und Sonntag von 15 bis 18 Uhr.

AUSSTELLUNG

Sheila Barcik und Geneviève Morin

Ausstellung von Sheila Barcik und Geneviève Morin. Die Ausstellung stellt den Menschen auf zwei ganz verschiedene Arten in den Mittelpunkt. Ausstellungsraum Klingental, Kasernenstrasse 23, Basel. Bis 15. Oktober.

AUSSTELLUNG

«Ist der Mensch, was er isst?»

Der Fotograf Christian Roth hat Menschen beim Essen fotografiert und so die verschiedensten Personen und ihre Gewohnheiten zu Tisch festgehalten.

Kantonsmuseum Baselland, Amtshausgasse 7, Liestal. Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10–12/14–17 Uhr, Samstag und Sonntag 10–17 Uhr durchgehend. Die Ausstellung ist bis zum Januar 2001 zu sehen.

LESUNG

«Katalog von Allem»

Peter K. Wehrli, der Kulturredaktor von SF DRS, hat seine Eindrücke aus 31 Jahren beruflicher Tätigkeit und persönlicher Neugier in einem Katalog zusammengefasst. In einer Lesung im Rahmen der Sonntags-Matinée trägt der Autor eine Auswahl dieser Katalogeinträge vor.

Kongresszentrum Messe Basel, Messeplatz 21, Basel. Sonntag, 1. Oktober, 13 Uhr.

KONZERT

Dioung Dioung Natta

«HeartBeat 2» lädt zur Afro-House-Latin Party. Musik und Tanz aus Senegal mit Dioung Dioung Natta. Sudhaus Warteck, Basel. Freitag, 29. September, 21 Uhr.

KALENDARIUM
RIEHEN/BETTINGEN

Samstag, 30.9.

FÜHRUNG

Grabbesuche am Hörnli

Geführter Rundgang zu den Grabstätten bekannter Persönlichkeiten wie Irene Zurkinden, Fred Spillmann u. a. Leitung: Kurt Gerber. Haupteingang Friedhof Hörnli, 14 Uhr. Kostenbeitrag: Fr. 15.–.

Sonntag, 1.10.

FÜHRUNG

«Fotografie + Serie»

Führung mit Peter Herzog durch die Ausstellung «Fotografie + Serie». Die Ausstellung zeigt rund 140 historische Fotografien aus der Sammlung des Basler Ehepaares Ruth und Peter Herzog.

«Kunst Raum Riehen», Baselstrasse 71. 11 Uhr.

WORKSHOP

«Bilder zaubern»

Workshop «Bilder zaubern – Jedem sein eigenes kleines Kino». Leitung: Anina Duffner. Für Kinder ab 7 Jahren. Spielzeugmuseum, Baselstrasse 34. 14–17 Uhr.

Anmeldung erforderlich: Tel. 641 28 29. Kosten: Fr. 8.–.

Mittwoch, 4.10.

WORKSHOP

«Bilder zaubern»

Workshop «Bilder zaubern – Jedem sein eigenes kleines Kino». Malen von Glasbildern und Vorführung mit der Zauberlaterne. Leitung: Anina Duffner. Für Kinder ab 7 Jahren. Spielzeugmuseum, Baselstrasse 34. 14–17 Uhr. Anmeldung erforderlich: Tel. 641 28 29. Kosten: Fr. 8.–.

MUSEUM Workshop für Kinder im Spielzeugmuseum

«Jedem sein eigenes kleines Kino»



Beispiel eines Glasbildes aus der Sonderausstellung «Gezauberte Bilder aus der Laterna magica».

Foto: zVg

rz. Das Spielzeugmuseum Riehen lädt zu einem Kinderworkshop zum Thema «Bilder zaubern – jedem sein eigenes kleines Kino» ein.

Als Mitte des 19. Jahrhunderts die Zauberlaternen die Kinderzimmer eroberten, waren Gross und Klein von den Bildern, die sich an die Wand projizieren liessen, fasziniert. Der Workshop baut auf dieser Faszination auf. Betrachtet werden können zuerst Projektoren und Bildergeschichten, wie sie in der Sonderausstellung «Gezauberte Bilder aus der Laterna magica» gezeigt werden. Dann können die Kinder eigene

Geschichten erfinden, diese auf Glasplatten malen und sie sich zum Schluss gegenseitig mit einer richtigen Zauberlaterne gegenseitig vorführen. Die Glasplatten werden anschliessend in der Sonderausstellung gezeigt und werden dem Publikum an der Finissage am 29. Oktober vorgeführt.

Der Workshop findet am Sonntag, 1. Oktober, am Mittwoch, 4. Oktober, und am Sonntag, 8. Oktober, jeweils von 14–17 Uhr statt. Er richtet sich an Kinder ab 7 Jahren.

Anmeldung erforderlich: Tel. 641 28 29. Kosten: Fr. 8.–.

Calderón

rz. Über das Werk und die Zeit von Pedro Calderón de la Barca führt die Romanistin Rosmarie Tscheer einen Kurs durch. Der Kurs findet im Borromäum, Clubzimmer, Byfangweg 6, Basel, statt.

Kursdaten sind: Montag, 23. Oktober, Montag, 30. Oktober, und Montag, 6. November, 18 bis 20 Uhr. Anmeldung bis 6. Oktober, Tel. 601 24 47.

AUSSTELLUNGEN/
GALERIEN

Fondation Beyeler

Baselstrasse 101

Sonderausstellung «Andy Warhol – series and singles». Bis 31. Dezember. Dauerausstellung Sammlung Beyeler (Kunst der Klassischen Moderne). Öffnungszeiten: täglich von 10 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr.

«Kunst am Mittag» zu «Andy Warhol» am Freitag, 29. September, 12.30–13 Uhr. «Art + Dinner» am Freitag, 29. September, 18.45–23 Uhr. «Montagsführung plus» zum Thema «Comics – Superman, Dick Tracy, Popeye, Stars and Disaster» am Montag, 2. Oktober, 14–15 Uhr. Führung durch die Sonderausstellung jeden Dienstag, 15–16.15 Uhr; jeden Mittwoch, 18–19.15 Uhr; jeden Donnerstag, 15–16 Uhr; jeden Samstag und Sonntag, 12.30–13.45 Uhr. Voranmeldung: Tel. 645 97 20.

«Kunst Raum Riehen»

Baselstrasse 71

«Fotografie + Serie» mit Fotos aus der Sammlung Ruth und Peter Herzog. Führung am Sonntag, 1. Oktober (Peter Herzog, 11 Uhr); am Freitag, 6. Oktober (Robert Schiess, 18 Uhr); am Mittwoch, 11. Oktober (Robert Schiess, 18 Uhr); am Sonntag, 15. Oktober (Peter Herzog, 11 Uhr) und am Sonntag, 22. Oktober (Peter Herzog, 11 Uhr). Öffnungszeiten: Mi–Fr 13–18 Uhr; Sa+So 11–18 Uhr. Bis 22. Oktober.

Spielzeugmuseum

Baselstrasse 34

Sonderausstellung «Gezauberte Bilder aus der Laterna magica». Bis 29. Oktober. Workshops

zum Thema «Zauberlaterne» am 1., 4. und 8. Oktober, 14–17 Uhr. Öffnungszeiten: Mi–Sa 14–17 Uhr, So 10–17 Uhr.

Dorf- und Rebbaumuseum

Baselstrasse 34

In der Reihe «Herausgepickt» werden unter dem Titel «Vier Grazien» Musterbeispiele für Form und Funktion gezeigt. Öffnungszeiten: Mi–Sa 14–17 Uhr, So 10–17 Uhr. Bis Ende Oktober.

Galerie ost west

Baselstrasse 9

«Nicht milder Wind – nicht minder wild», Zeichnungen und weitere Werke von Stefan Thomann. Öffnungszeiten: Mi 14–20 Uhr, Do–Fr 14–18.30 Uhr, Sa 11–16 Uhr. Finissage am Samstag, 30. September, 15–18 Uhr.

Galerie Schoeneck

Burgstrasse 63

Ausstellung mit Werken von Masahiro Kanno. Öffnungszeiten: Mi–Fr 10–12 Uhr und 14–18.30 Uhr; Sa 11–17 Uhr. Bis 4. November.

Art Forum Riehen

Schmiedgasse 31

«Forme et Force» mit Werken von Thomas Guth und Paul Risch. Workshop (Herstellen von Holzskulpturen) mit Thomas Guth am Samstag, 7. Oktober, und am Samstag, 14. Oktober (Anmeldung bis 3. Oktober). Finissage am Sonntag, 15. Oktober (11 Uhr). Öffnungszeiten: Mi–Fr 15–19 Uhr, Sa+So 14–17 Uhr.

MALEREI Ausstellung von Ruth Köppel und Erika Gautschi

Zwei vielseitig begabte
Künstlerinnen in Bettingen

er. Am vergangenen Samstag wurde in Anwesenheit von Regierungsrat Hans Martin Tschudi, Gemeindepräsident Peter Nyikos und Gemeinderat Thomas Müller sowie einer stattlichen Anzahl weiterer Gäste im Foyer des Bettinger Schulhauses die zweite Bilderausstellung des Verkehrsvereins Bettingen in diesem Jahr eröffnet.

Verkehrsvereinspräsident Hanspeter Kiefer würdigte in launigen Worten den künstlerischen Werdegang und die Arbeit der beiden vielseitig begabten Malerinnen. Ruth Köppel ist jahrelang auch als Gesangssolistin aufgetreten und hat ein herrliches Kindergedichtbuch herausgegeben. Daraus gab Hanspeter Kiefer ein Beispiel zum Besten.

Erika Gautschi fand über Modellie-

ren, Seidenmalerei, Kohlezeichnungen und Ölbilder zur Aquarellmalerei. Die Stile der beiden Künstlerinnen passen so ausgezeichnet zusammen, dass sie ihre Bilder in buntem Gemisch präsentieren. Die Ausstellung erfreute die Gäste durch ihre farbige Vielfalt und die prächtig gestalteten Sujets.

Die Tochter von Ruth Köppel, Beatrice Nüesch-Köppel, erfreute die Anwesenden an der Vernissage durch drei ihrer aus dem Alltag gegriffenen und professionell vorgetragenen Lieder, die sie selbst getextet und vertont hat: Der Apfel fällt eben nicht weit vom Stamm!

Man darf sicher gespannt sein auf die nächsten Präsentationen von Ruth Köppel und Erika Gautschi.



Angeregtes Gespräch zwischen der Malerin Ruth Köppel und einem Vernissagebesucher anlässlich einer Bilderausstellung des Verkehrsvereins Bettingen.

Foto: Philippe Jaquet

KONZERT Mendelssohn-Kantorei gastierte in der Dorfkirche

Ein Märchen in Musik?

Wie hören wir in der Zeit der Gentechnik und des Klonschafs «Dolly» Haydns «Schöpfung»? Wird sie uns zum frommen Märchen, an dessen schöner Musik und textlicher Naivität wir uns sentimental erbauen? Glauben wir noch, dass «der Geist Gottes auf der Fläche der Wasser schwebte», wie der Chor es uns vorsingt, ehe es, strahlend in C-Dur, Licht ward?

Wie auch immer: Aus unserer Sicht wird Haydns Oratorium eine einzigartige Aufforderung, uns eben nicht bloss zu erbauen, sondern nach- und umzudenken, um die Schöpfung zu erhalten, deren Geschöpfe wir schliesslich alle sind.

Bruno Haueter, der Riehener Dorfkirchenorganist und Leiter der Mendelssohn-Kantorei Dornach, hatte zusammen mit dem Freien Oratorienorchester (Konzertmeister Wim Viersen) eine Interpretation einstudiert, die durch ihre unmittelbare, ganz direkte Frische bestach. Emphase, ja Pathos, aber auch sensible Zurücknahme des Ausdrucks sind so unverfälscht präsent, dass die Naivität des Textes eine glaubhafte Qualität bekommt. Die trockene, ja harte Akustik der Dorfkirche liess den Chor gelegentlich («Die Himmel erzählen...», «Der Herr ist gross...») etwas dröhnend klingen, doch dem standen schöne Passagen gegenüber, die zeigten, dass die Kantorei nicht nur sorgfältig einstudiert war, sondern auch differenziert und empfindsam singen kann.

Ähnliche Höreindrücke beim Orchester: schöne Streicher bei vereinzelt lauten Blechbläsern. Wunderbare Momente der dynamischen Zurücknahme zum Beispiel beim ersten Erscheinen des Mondes oder zu Beginn des dritten Teils.

Höchst erfreulich zu hören war das Solistenterzett: Vera Ehrensperger/Sopran (ohne Proben kurzfristig eingesprungen), Paolo Vignoli/Tenor und Michael Jäger/Bass. Alle drei fanden die richtige Tonlage für ihre Rollen als Erzähler und Sänger. Am überzeugendsten gelang das dem Tenor, der zwischen diesen Rollen gewandt wechselte. Etwas starrer hörte sich das beim Bass an. Michael Jägers schöner Bass-Bariton klingt manchmal zu betont und beschwert, wo erzählendes Singen, wie Vignoli es vorführte, angebracht wäre.

Eine höchst beachtenswerte Leistung kam von Vera Ehrensperger: Als Solostimme ist sie angenehm zu hören, in den Duetten dominierte sie allerdings, doch ist bei dieser einschränken- den Bemerkung zu bedenken, dass sie ohne Proben den Part übernahm.

Gesamthaft gehört war es eine schöne, frische und in sich überzeugende Interpretation des Haydn'schen Oratoriums. Auch wenn wir heute anders denken (und glauben): Die Erzählung vom Schöpfer und seiner Schöpfung ist und bleibt weit mehr als nur ein frommes, Musik gewordenes Märchen.

Langer, starker Beifall.

Nikolaus Cybinski

IN KÜRZE

Riehen grüsst
Norwegen

rz. Wie weit kann ein Ballon, den ein Kind in Riehen losschickt, fliegen? Der siebenjährige Joshua Jäger kennt die Antwort: 2493 Kilometer. So weit flog nämlich einer seiner drei Ballons, die er am Ende der Sommerferien dem Wind übergeben hatte. Der Ballon landete in Olden in Norwegen und wurde dort von Olav Beinnes gefunden. Dieser schickte eine Karte nach Riehen zurück, in der er auf Deutsch vermeldete, dass er den Ballon gefunden habe, als er sich hoch über einem Fjord in den Bergen auf den Weg gemacht habe, nach seinen Schafen zu sehen.

Keine Langeweile
in den Herbstferien

rz. Während der Herbstferien veranstaltet das Freizeitzentrum Landauer eine Kinderspielaktion zum Thema «Handwerk». In vier Werkstätten kann man die Handwerke «Weben», «Töpfern», «Peddigrohrflechten» oder «Schmieden» kennen lernen.

«Peddigrohrflechten» und «Schmieden» findet in den beiden Ferienwochen vom Dienstag, 3. Oktober, bis Freitag, 13. Oktober, statt. «Töpfern» kann man in der ersten Ferienwoche vom Dienstag, 3. Oktober, bis Freitag, 6. Oktober, und «Weben» in der zweiten Ferienwoche vom 9. bis 13. Oktober besuchen.

SPORT IN RIEHEN

SPORT IN KÜRZE

Erfolgreicher Sport- und Spieltag des Behinderten-Sport Basel

cm. Bei strahlendem Herbstwetter beteiligten sich 90 begeisterte und einsatzfreudige Sportlerinnen und Sportler vom BSB, Kästeli, SIV, Kannenfeldwerkstatt, Wohnheim Birmannsgasse, WWB, Tagesschule Münchenstein sowie von einer befreundeten Gruppe aus Weil am Rhein am Sport- und Spieltag des Behinderten-Sport Basel auf der Sportanlage des Hirzbrunnenschulhauses. Der Anlass wurde organisiert in Zusammenarbeit mit dem Panathlon-Club beider Basel.

Mit viel Eifer und vor allem grosser Freude konnten sich die Sportlerinnen und Sportler in den leichtathletischen Disziplinen 50-Meter-Lauf, Weitsprung, Ballweitwurf und Kugelstossen messen sowie an den verschiedenen Balldisziplinen wie Fussball, Unihockey, Streetball, Therapieball, Boccia und Tischtennis teilnehmen. Zusätzlich bestand die Möglichkeit, die Hindernisse des Veloparcours mit Behindertenvelos oder Miscooter zu bewältigen. Parallel dazu wurde in zwei Hallen des Gymnasiums Bäumlihof um den Panathlon-Cup im Torball für Sehbehinderte und Blinde gespielt. Sieben Mannschaften aus der Schweiz und Deutschland lieferten sich spannende und faire Begegnungen.

An der Rangverkündigung wurde allen Athletinnen und Athleten eine Medaille umgehängt sowie ein «Bhaltis» überreicht, denn Sieger waren sie alle. Das anschliessende gemeinsame Nachtessen rundete einen weiteren tollen Sport- und Spieltag für Menschen mit einer Behinderung ab.

Torballturnier um den Panathlon-Cup im Rahmen des Sport- und Spieltages des Behinderten-Sport Basel, 23. September. Sporthallen des Gymnasiums Bäumlihof

Schlussrangliste:

1. BSC Zürich 6/12 Punkte (45:11), 2. BSG Ofenbourg/D 6/7 (19:19), 3. TC Baar 6/6 (27:27), 4. BS Basel 1 6/6 (23:24), 5. Ad-hoc-Team 6/6 (23:24), 6. PSV Karlsruhe/D 6/4 (18:26), 7. BS Basel II 6/1 (19:43).

Fussball-Resultate

4. Liga, Gruppe 4:
SV Muttenz B – FC Amicitia II 4:4
FC Amicitia II – FC Münchenstein 2:2

5. Liga:
Vgte Sportfreunde/Horburg – FC Riehen II 4:2

Senioren, Zwischenklasse:
FC Amicitia – FC Gelterkinden 2:3

Veteranen, Regional:
Ciba Spezialitätenchemie – FC Riehen 2:2

Junioren A, 1. Stärkekategorie:
FC Riehen – US Olympia 2:1
FC Rheinfelden – FC Amicitia 6:2

Junioren B Elite:
FC Amicitia A – FC Oberdorf 3:3

Junioren B, 2. Stärkekategorie:
FC Riehen – FC Allschwil 0:3
FC Therwil B – FC Amicitia B 1:8

Junioren C-Elite:
FC Amicitia A – FC Basel 1:1
SC Binningen – FC Amicitia A 4:3

Junioren C, 2. Stärkekategorie:
VFR Kleinmünchen – FC Riehen 8:2
FC Frenkendorf – FC Amicitia B 3:0
FC Amicitia C – BC Olympia 3:4

Frauen, 2. Liga:
FC Amicitia – BSC Old Boys 0:6

Junioren B, 9er-Fussball:
FC Therwil – FC Amicitia 18:0

Junioren D, 9er-Fussball:
FC Liestal – FC Amicitia A 8:3
FC Frenkendorf – FC Amicitia C 12:2

Junioren D, 7er-Fussball:
FC Allschwil – FC Amicitia D 3:5

Junioren E, Meisterschaft:
FC Frenkendorf – FC Amicitia B 3:4
FC Gelterkinden – FC Amicitia C 6:1

Junioren F, Turniere:
BSC Old Boys – FC Amicitia A 1:1
SV Sissach – FC Amicitia A 2:3
FC Basel – FC Amicitia A 1:2

FC Amicitia B – FC Black Stars 0:3
FC Amicitia B – FC Stein 1:3
FC Amicitia B – FC Allschwil 1:2
FC Amicitia B – FC Allschwil C 1:3
FC Amicitia D – FC Therwil 3:2
FC Amicitia D – FC Riederswald 6:0
FC Amicitia D – FC Liestal 1:9
FC Amicitia D – FC Birsfelden 6:0

Fussball-Vorschau

Heimspiele (Grendelmatte):

3. Liga, Gruppe 2:
Sonntag, 1. Oktober, 10.15 Uhr
FC Amicitia – US Bottecchia

5. Liga:
Sonntag, 1. Oktober, 10.15 Uhr
FC Riehen II – US Olympia A

Veteranen, Regional:
Samstag, 30. September, 13 Uhr
FC Amicitia – Ciba Spezialitätenchemie

Samstag, 30. September, 13 Uhr
FC Riehen – FC Allschwil

Junioren A, 1. Stärkekategorie:
Sonntag, 1. Oktober, 13 Uhr
FC Amicitia – FC Riehen

Junioren C Elite:
Samstag, 30. September, 14.30 Uhr
FC Amicitia A – FC Bubendorf

Junioren C, 2. Stärkekategorie:
Samstag, 30. September, 14.30 Uhr
FC Riehen – FC Steinen/Breite

VOLLEYBALL Die Volleyballerinnen des KTV Riehen vor ihrer zweiten Nationalliga-B-Saison

Chinesisch in Richtung Nationalliga A

Die Volleyballerinnen des KTV Riehen streben mit dem neuen Co-Trainer Chuanlun Liu und der chinesischen Ex-Vizeweltmeisterin Yunshu He den Aufstieg in die Nationalliga A an.

ROLF SPIRIESSLER

Nur knapp verpassten die Volleyballerinnen des KTV Riehen in der vergangenen Saison den direkten Durchmarsch in die Nationalliga A. In der ersten NLB-Saison der Vereinsgeschichte scheiterte das Team von Trainerin Ksenija Zec am späteren Aufsteiger Franches-Montagnes im Playoff-Halbfinal nur knapp. Für diese Saison, die am Sonntag mit dem Spiel in Bellinzona beginnt, gehören die Riehenerinnen zu den Topfavoritinnen. Das erklärte Ziel ist der Aufstieg.

Verstärkung aus China

Das Team ist deutlich stärker einzuordnen als vergangene Saison. Zwar mussten die Abgänge von Patricia Stählin (sie macht ihr Staatsexamen), Samantha Herzog (USA-Aufenthalt, spielt in einem College-Team in Texas) und Katja Fischer (sie spielt in der zweiten Mannschaft in der 4. Liga) hingenommen werden, doch ist es den Riehener Verantwortlichen gelungen, neben der mit einem Basler verheirateten Amerikanerin Gracie Santana Bani, die vergangene Saison zum Team gestossen ist, mit Yunshu He eine zweite Topspielerin mit grossen internationalen Erfolgen zu verpflichten.

Die 31-jährige Chinesin stand an den Weltmeisterschaften 1991 im Final gegen Russland und gehörte damit zum damaligen WM-Silberteam. Die Aussenangreiferin spielte zuletzt in der Slowakei, wo sie aber nicht zufrieden war mit ihrer Situation. Auf die Spielerin, die sich bereits sehr gut ins Team eingefügt hat, aufmerksam geworden ist der Verein durch Chuanlun Liu, der zusammen mit Ksenija Zec und Yunshu Hes Ehemann Zhiwei Li neu ein Trainertrio bildet. Durch den Ausbau des Trainerteams werden sehr viel effizientere Trainings möglich.

Glückliche Umstände

Die Verpflichtung des ehemaligen Schweizer Nationaltrainers der Frauen und Juniorinnen ist einigen Zufällen zu verdanken. Weil der Schweizerische Volleyball-Verband sein Nationales Zentrum (NATZ) in Freiburg aufgelöst hat, sah sich der Chinesen nach einer neuen Aufgabe um, wobei für ihn eine Anstellung als Sportlehrer im Vordergrund stand. Als KTV-Manager Rolf Schwer



KTV Riehen, stehend von links: Erman Küçük (Chiropraktor), Naemi Rubeli, Lea Schwer, Magdalena Komorski, Gracie Santana Bani, Yunshu He, Ksenija Zec (Co-Trainerin), Chuanlun Liu (Chef-Trainer), Zhiwei Li (Co-Trainer); sitzend: Andreas Höferlin (Physiotherapeut), Lucia Ferro, Patricia Schwald, Diana Engetschwiler, Rahel Schwer, Jasmina Jasarevic. Foto: zVg

davon hörte, machte er sich auf die Suche und wurde mit etwas Glück fündig, denn das Freie Gymnasium Basel suchte gerade einen neuen Sportlehrer, weil der bisherige Mann diese Aufgabe aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr fortsetzen konnte. Es kam zu einem Abschluss, Chuanlun Liu ist seit August 2000 als Sportlehrer am Freien Gymnasium tätig und konnte nun – sozusagen als «Hobby» – die Aufgabe als Co-Trainer beim KTV Riehen annehmen.

Die Vorbereitung verlief vielversprechend. «Wir müssen noch viel arbeiten mit den Spielerinnen, an den Positionen, an der Organisation auf dem Feld», sagte Chuanlun Liu an der Saisonpressekonferenz des KTV Riehen, doch er sei zuversichtlich. An einem gut besetzten Turnier in Köniz mit vier NLA-Teams und einem Vertreter aus der 2. Deutschen Bundesliga belegten die Riehenerinnen den dritten Schlussrang und bewiesen, dass sie mit Schweizer Topteams mithalten vermögen. «Das Team ist von der Fitness her sehr gut beieinander», fügt Co-Trainerin Ksenija Zec zufrieden an.

Aussenpositionen gestärkt

Mit Yunshu He konnte der Angriff über aussen verstärkt werden, mit der erst 16-jährigen, 162 Zentimeter kleinen Diana Engetschwiler von den eigenen

Juniorinnen fand man eine ausgesprochen wendige Spielerin für die Liberoposition, womit die letztjährige Liberospielerin Patricia Schwald zum «Joker» wird. Die vielseitige Spielerin ist auf allen Positionen einsetzbar und wird damit – zusammen auch mit Gracie Santana – zur möglichen Alternative auf der Passposition, falls es Rahel Schwer einmal nicht so laufen sollte oder sie wegen Verletzung oder Krankheit ausfällt.

Weiterhin ein Kernstück des Teams bilden Nationalspielerin Lea Schwer auf der Aussenposition und ihre Schwester Rahel Schwer, die als Passeuse inzwischen auch den Sprung ins Nationalkader der Frauen geschafft hat. Als Diagonalspielerin und grosse Kämpferin und Antrieberin spielt Captain Gracie Santana Bani, die als Diagonalspielerin vorgesehen ist, eine zentrale Rolle. Mit Magdalena Komorski und Lucia Ferro stehen weiterhin zwei starke Spielerinnen für die Mittelposition zur Verfügung. Nach wie vor mit dabei ist auch die Aussenangreiferin Jasmina Jasarevic. Dass der Verein Wert legt auf eine konstante Nachwuchsförderung – und das bei einem immer noch recht jungen Team – beweist der Zugang der Münchener Juniorin Naemi Rubeli, einer 16-jährigen Nebenangreiferin. Ebenfalls mit dem Team trainiert die Bettingerin Lisa Brockhaus.

Saison 2000/2001, KTV Riehen, Frauen, Nationalliga B (Ostgruppe)

Kaderliste:

1 Gracie Santana Bani (USA/Diagonal, Aussenangreiferin/Captain), 2 Magdalena Komorski (Mittelangreiferin), 3 Lea Schwer (Aussenangreiferin), 4 Patricia Schwald (Universal), 5 Yunshu He (China/neu von Slavia UK Slowakei/Aussenangreiferin), 6 Diana Engetschwiler (neu, eigene Juniorinnen/Libero), 7 Lucia Ferro (Aussenangreiferin), 8 Jasmina Jasarevic (Aussenangreiferin), 9 Rahel Schwer (Passeuse), 10 Naemi Rubeli (neu, von Münchenstein Juniorinnen/Nebenangreiferin) – Trainerteam: Chuanlun Liu (China/neu, bisher Trainer beim Schweizerischen Volleyballverband), Ksenija Zec (Slowenien/bisher), Zhiwei Li (China/neu). – Chiropraktor: Erman Küçük. – Physiotherapeut: Andreas Höferlin. – Manager: Rolf Schwer. – Abgänge: Katja Fischer (KTV Riehen II), Samantha Herzog (Collegeteam in Texas/USA), Patricia Stählin (Staatsexamen).

Spiele KTV Riehen:

SP Bellinzona – KTV Riehen (1.10., 17 Uhr, Arti + Mestieri), KTV Riehen – TV Schönenwerd (7.10., 19 Uhr, Niederholz), KTV Riehen – VB Therwil (14.10, 19 Uhr, Niederholz), Concordia BTV Luzern II – KTV Riehen (22.10., 17 Uhr, Heimbachhalle), KTV Riehen – Chiasso-Lugano (28.10., 19 Uhr, Niederholz), VC Tornado Adliswil – KTV Riehen (4.11., 15.30 Uhr, Hofen), Voleka Ebnat-Kappel – KTV Riehen (11.11., 18 Uhr, Gil), KTV Riehen – SP Bellinzona (18.11., 19 Uhr, Niederholz), TV Schönenwerd – KTV Riehen (25.11., 14 Uhr, Feld), VB Therwil – KTV Riehen (2.12., 18 Uhr, Känelmatt II), KTV Riehen – Concordia BTV Luzern (9.12., 19 Uhr, Niederholz), Chiasso-Lugano – KTV Riehen (16.12., 17.30 Uhr, Liceo Cantonale Mendrisio), KTV Riehen – VC Tornado Adliswil (6.1. 2001, 19 Uhr, Niederholz), KTV Riehen – Voleka Ebnat-Kappel (13.1., 19 Uhr, Niederholz).

BASKETBALL BTV Basel – CVJM Riehen Frauen II 39:42/Riehen Jun. A – IBC Delémont 77:33

Kraftvoller und gelungener Start

mp. Am Donnerstag vergangener Woche begann mit den Spielen der Damen II und der Junioren A die Basketballsaison 2000/2001 für den CVJM Riehen. Beide Teams konnten einen Sieg nach Hause tragen und somit die Saison in erfreulicher Weise starten. Erstmals werden ab jetzt auch einschneidende Veränderungen das Spiel prägen: Anstelle von zwei Halbzeiten à je 20 Minuten werden neu vier Viertel à je 10 Minuten gespielt mit insgesamt fünf Timeout-Möglichkeiten statt wie früher vier. Zudem hat sich das ganze Matchprotokoll stark verändert und ist gewöhnungsbedürftig.

Nachdem die zweite Damenmannschaft des CVJM Riehen die letzte Saison am Tabellenende abgeschlossen hatte und schliesslich nur mit Glück (am «grünen Tisch») den Ligaerhalt geschafft hat, wurde für diese Saison ein höheres Ziel gesteckt: Der Ligaerhalt soll auf jeden Fall erreicht werden, ohne Zitterpartie! Mit dem Aufstieg der ersten Mannschaft in die 1. Liga National war es nun auch wieder möglich, Spielerinnen innerhalb der beiden Teams zu verschieben, so dass Leute von «oben» «unten» werden aushelfen können. Mit dem neuen Trainingskonzept, das Trainer Raphael Schöne im Sommer vorgestellt hat und welches vor allem gemeinsame Trainings beider Teams mit Schwerpunkten vorsieht, wird es auch kein Problem sein, Spielerinnen der einen Mannschaft in die andere kurzfristig einzubauen: Die Angriffssysteme sind allen bekannt, die

Leute kennen sich und was nicht minder wichtig ist: Die Stimmung untereinander (auch in den Trainings) ist sehr gut!

Mit Verstärkung erfolgreich

Zuversichtlich und mit Verstärkung von drei Damen-I-Spielerinnen fuhr die Mannschaft mit Coach Jasmine Kneubühl in die St. Jakobshalle. BTV Basel ist ein routiniertes und starkes Team, das sich mit neuen Spielerinnen verstärkt hat. Das Spiel war denn auch von Beginn weg auf einem guten Niveau, schnell und kampfbetont, aber immer auch sehr fair. Die Baslerinnen konnten ihre grossen Leute in der Mitte gut anspielen und waren dort immer wieder gefährlich. Nach dem ersten Viertel lagen die Baslerinnen mit vier Punkten im Vorsprung. Aber bereits das zweite Viertel brachte für die Riehenerinnen die Wende: Die tatkräftige Unterstützung aus dem ersten Team mit Martina Stolz, Kate Darling und Kirsten Struckmann machte sich bemerkbar: Im zweiten und im dritten Viertel warf Riehen je elf Punkte, während die Baslerinnen nur gerade mal deren vier schafften. So konnte ein Vorsprung von bis zu elf Punkten herausgeholt werden.

Der war dann im Schlussviertel auch dringend nötig, als die Leistung unseres Teams nachliess und die Gegnerinnen bis auf einen Punkt wieder herankamen und es nochmals gefährlich wurde. Catherine Ammann setzte dann aber in der Schlussminute mit einem erfolg-

reich abgeschlossenen Gegenangriff den Schlusspunkt und bestätigte dadurch sowohl ihre eigene gute Leistung in diesem Spiel als auch eine super Mannschaftsleistung. Die Freude über diesen guten Saisonstart war für alle – auch für die Zuschauer aus den Reihen des Klubs – riesig und alle hoffen nun, dass es nach den Herbstferien so weitergeht.

Auftakterfolg der A-Junioren

Die A-Junioren des CVJM Riehen hatten am Donnerstag vergangener Woche eine doppelte Premiere zu bestehen. Zum einen das erste Spiel dieser Saison und zum anderen das erste Spiel unter einem neuen Coach. Dass der Gegner IBC Delémont hiess, machte die ganze Sache auch nicht einfacher. Doch die etwa 40 Zuschauer bekamen von der ersten Minute an eine Mannschaft zu sehen, die voll konzentriert bei der Sache war. Delémont fand zu keiner Zeit ein Mittel gegen die andauernden Angriffswellen der Riehener, die zwischenzeitlich mit 21:2 führten. Von den ersten sechs Korberfolgen waren vier Dreipunktwürfe.

Nach 40 Minuten spektakulärem Basketball war dann die Premiere geglückt: Riehen gewann mit 77:33 und lässt für die nächsten Spiele hoffen.

BTV Basel – CVJM Riehen II 39:42

CVJM Riehen II (Frauen. 2. Liga): Tatjana Bilic, Mena Pretto (3), Janine Fischli, Kirsten Struckmann (4), Anne Gattlen (2), Kate Darling (9), Patrizia Semeraro, Catherine Ammann (6), Biliana Djakovici (2), Martina Stolz (16).

Gymnasiade ans GB

pd. In der Gesamtwertung des Leichtathletik-Vergleichswettkampfes der Gymnasien von Basel-Stadt und Baselland konnte das Gymnasium Bäumlihof seinen Vorjahrestitel in der Schulhausgesamtwertung knapp verteidigen. In der Männerwertung gewann das Gymnasium Oberwil vor dem Gymnasium Bäumlihof, bei den Frauen siegte das Gymnasium Muttenz vor dem Gymnasium Bäumlihof. Über 250 Schülerinnen und Schüler aus zehn Schulhäusern beteiligten sich am Wettkampf, der am Dienstag vergangener Woche im Stadion Schützenmatte in Basel stattfand. Dank starkem Rückenwind wurden hervorragende Leistungen geboten.

Gymnasiade 2000 der Kantone Basel-Stadt und Baselland, 19. September 2000, Stadion Schützenmatte, Basel

Teamwertung:

Gesamtwertung Schulen (Männer und Frauen): 1. Gymnasium Bäumlihof 220.5 Punkte, 2. Gymnasium Muttenz 222.5, 3. Gymnasium Münchenstein 260.5, 4. Leonhard Gymnasium 297.5, 5. Gymnasium Oberwil 305.5, 6. Gymnasium Kirschgarten 324, 7. Wirtschaftsgymnasium 350, 8. Gymnasium Münsterplatz. – Gesamtwertung Männer: 1. Gymnasium Oberwil 119.5, 2. Gymnasium Bäumlihof 122, 3. Gymnasium Muttenz 126.5, 4. Gymnasium Kirschgarten 128.5, 5. Gymnasium Münchenstein 138.5, 6. Wirtschaftsgymnasium 141.5, 7. Gymnasium Leonhard 160, 8. Gymnasium Münsterplatz 210, 9. WBS De Wette 212.5. – Gesamtwertung Frauen: 1. Gymnasium Muttenz 96, 2. Gymnasium Bäumlihof 98.5, 3. Gymnasium Münchenstein 122, 4. Gymnasium Liestal 125, 5. Gymnasium Leonhard 137.5, 6. Gymnasium Oberwil 186, 7. Gymnasium Münsterplatz 190, 8. Gymnasium Kirschgarten 195.5, 9. Wirtschaftsgymnasium 208.

Auszug Einzelergebnisse:

Männer, 3000m: 1. Nicolas Collas 8:57.90 (Gymnasiaderekord). – Hoch: 1. Oliver Gerber 1.82. – Frauen, 100m: 1. Carmen Kissling 12.16 (Egalisierung Gymnasiaderekord). – 2000m: 1. Deborah Büttel 6:47.10. – Hoch: Ramona Dahlhäuser 1.53. – Speer: 1. Tamara Fischler 35.62.

SPORT IN RIEHEN

LEICHTATHLETIK Schlussturnen des Turnvereins Riehen

Saisonschluss in neuem Kleid

Die Premiere des Schlussturnens des TV Riehen in neuer Form wurde bei wunderschönem Wetter zu einem vollen Erfolg. Die Veranstaltung zog deutlich mehr Vereinsmitglieder an als in den Vorjahren und hatte den Charakter eines Familienfestes.

rs. Das Schlussturnen des Turnvereins Riehen präsentierte sich am vergangenen Wochenende in einem völlig neuen Kleid. Bisher wurden an einem eigentlichen Leichtathletik-Mehrkampfmeeting die Vereinsmeisterinnen und Vereinsmeister erkoren. Diese Titel beschränken sich ab diesem Jahr nicht mehr auf einen Wettkampf, sondern werden auf Grund verschiedener Wettkämpfe Ende Jahr (Nachwuchskategorien) beziehungsweise an der Generalversammlung Anfang Februar vergeben. Ausdrücklich willkommen waren auch Gäste aus anderen Vereinen. Erstmals wurde bei den Aktiven und Junioren statt des traditionellen Zehnkampfes an zwei Wettkampftagen ein Zweistundenzehnkampf durchgeführt. Weiterhin im Programm war der «Fitness-Pentathlon», ein Plauschfünfkampf bestehend aus 50-Meter-Lauf mit Ballonaufblasen, Speerzielwurf, Sackhüpfen mit anschliessendem Büchsenwerfen, Trottnettfahren mit Hindernissen und Weitwurf mit Wurfkörpern. Gewertet wurde nach Rangpunkten. Siegerin wurde Beatrice Eha-Plüss, die zuvor schon den Leichtathletikfünfkampf knapp vor Rahel Brodmann für sich entschieden hatte und am Nachmittag auch im Volleyball noch aktiv war.

Mehrkämpfe bis Sonntagmittag

Am Samstag und am Sonntagvormittag fanden die diversen Leichtathletikmehrkämpfe statt, am Sonntagnachmittag wurde für die Schülerinnen und Schüler ein Spielnachmittag mit Plauschdisziplinen durchgeführt, für die Jugendlichen und Erwachsenen fand auf dem Kunststoffhartplatz ein Volleyballturnier statt, auf dem Rasen des B-Feldes wurde ein kombinierter Fussball- und Faustballturnier durchgeführt. Im Volleyballturnier erwies sich die Familie Brodmann als deutlich bestes Team, beim Kombiturnier gab es keine Rangliste. Disziplinen des Schülerplausches, bei dem rund 70 Kinder mitmachen, waren ein Parcours für Inlineskates oder Kickboard, Sackhüpfen, Wurfkörperwerfen und Darts.

Erster Zweistundenzehnkampf

Sieger des ersten Zweistundenzehnkampfes wurde mit dem Old-Boys-Athleten Beat Ankli ein Gast. Bei diesem Wettkampf werden alle Disziplinen des klassischen Leichtathletikzehnkampfes (100 Meter, Weitsprung, Kugelstossen, Hochsprung, 400-Meter-Lauf, 110 Meter Hürden, Diskuswerfen, Stabhochsprung, Speerwerfen und 1500-Meter-Lauf) innerhalb von zwei Stunden absolviert. Sieger der Vereinswertung und damit



Die Mehrkämpfe stiessen gerade bei den Schülerinnen und Schülern auf grosses Interesse – hier der Weitsprung der Schülerinnen C. Foto: Rolf Spriessler

Goldmedaillengewinner wurde Nicola Müller. Überraschend gut schlug sich Urs Dietschy, der nur sieben Punkte weniger sammelte. Bei den Junioren erreichte Gregor Brodmann hinter zwei Gästen vom TV Wehr den dritten Platz und durfte die Goldmedaille als Vereins-sieger entgegennehmen.

Geglückte Reform

Mario Arnold, Technischer Leiter des Turnvereins Riehen, war mit dem reformierten Schlussturnen sehr zufrieden, sei doch die Beteiligung deutlich angestiegen. Da und dort sehe er noch gewisse kleine Korrekturen, doch das neue Konzept habe sich im Grossen und Ganzen bewährt. «Ausgelagert» und auf den 13. September vorverlegt worden sind die SVM-Versuche der Nachwuchskategorien, die früher am Samstag des Schlussturnens stattgefunden hatten. Beim SVM handelt es sich um Mannschaftswettkämpfe, wo jeweils die besten Athletinnen beziehungsweise Athleten eines Teams in einer bestimmten Disziplin für das Gesamttotal zählen.

Schlussturnen des TV Riehen, 23./24. September 2000, Grendelmatte
Männer: Zweistunden-Zehnkampf: 1. Beat Ankli (OB) 4371, 2. Nicola Müller (Sieger Vereinswertung) 4339, 3. Urs Dietschy 4332. – Fünfkampf: 1. Benjamin Schüle 3070, 2. Michael Fuchs 3013.
Junioren: Zweistunden-Zehnkampf: 1. Dennis Elskemper (TV Wehr/D) 5291, 2. Michael Ködderitzsch (TV Wehr/D) 4720, 3. Gregor Brodmann (Sieger Vereinswertung) 4692.
Männliche Jugend A: Fünfkampf: 1. Alex Hochuli 3200, 2. Alain Demund 3123, 3. Matthias Fuchs 2766, 4. Tobias Tschudin 2550.
Männliche Jugend B: Fünfkampf: 1. Stefan Ragaz 2708, 2. Boris Waldmeier 2584, 3. Benedikt Christ 2454.
Schüler A: Vierkampf: 1. Bruce Klöti 1940, 2. Christoph Schlumpf 1625, 3. Thomas Sokoll 1540, 4. Marc Gschwind 1517, 5. Stefan Dettwiler 1383, 6. Tobias Adler 1378, 7. Daniel Uttenweiler 1366, 8. Tobias Messmer 1320.
Schüler B: Vierkampf: 1. Jonas Odermatt 1301, 2. Florian

Ulmann 1261, 3. Daniel Haase 1172, 4. Dominik Hadorn 1145, 5. Philipp Meyer 990, 6. Aljosha Schönenberger 963, 7. Lukas zum Wald 839, 8. Jan-Kistof Nemeth 661, 9. Dominik Spinnler 504.

Schüler C:
Vierkampf: 1. Robin Brodmann 1147, 2. Manuel Binetti 1056, 3. Panos Karypidis 942, 4. Marcel Sokoll 841, 5. Andreas Giger 569, 6. Benjamin Schneider 555, 7. Luca Aebischer 527, 8. Jonas Adler 508, 9. Fabrice Züst 451, 10. Stefan Bernhard 441, 11. Benjamin Burtischer 360, 12. Patrick Hammer 323, 13. Fabian Gilg 235, 14. Mischa Raas 85, 15. Jonas Plüss 0.

Frauen:
Fünfkampf: 1. Bea Eha-Plüss 2382, 2. Rahel Brodmann 2377, 3. Sabrina Demund 2072.

Weibliche Jugend A:
Fünfkampf: 1. Corinne Müller (TV Arlesheim) 3152, 2. Sabina Hafner (SC Liestal) 3094.

Weibliche Jugend B:
Fünfkampf: 1. Steffi Gerber 2893, 2. Ines Brodmann 2878, 3. Fabienne Haase 2709, 4. Steffi Saner 2273.

Schülerinnen A:
Vierkampf: 1. Cornelia Bürki 2115, 2. Anna-Lisa Nemeth 2057, 3. Eliane Haas 1751, 4. Kathrin von Rohr 1704, 5. Seline Trächslin 1593, 6. Daniela zum Wald 1235, 7. Daniela Gabriel 1232, 8. Debora Werner 1145, 9. Sabrina Timeus 1116, 10. Leslie Züst 820, 11. Sandrine Saner 760, 12. Christina Dalenki 504.

Schülerinnen B:
Vierkampf: 1. Mirjam Werner 1518, 2. Nadine Osswald 1218, 3. Bianka Fürbringer 1176, 4. Regina Meister 1167, 5. Alessia Wuttke 1138, 6. Scilea Winter 1079, 7. Daniela Grossenbacher 943, 8. Lara Leu 829, 9. Silva Schnurrenberger 795, 10. Tamara Messmer 770.

Schülerinnen C:
Vierkampf: 1. Julia Schneider 1370, 2. Carla Gerster 1092, 3. Stephanie Haase 1042, 4. Manuela Sommer 1016, 5. Simone Werner 947, 6. Jessica Raas 917, 7. Nicole Spinnler 706, 8. Patrizia Eha 698, 9. Katharina Wepler 688, 10. Linn Breitenfeld 644, 11. Janka Klötzli 638, 12. Anika Geiser 611, 13. Fabienne Hagen 557, 14. Vanessa Reber 516, 15. Miriam Feller 501, 16. Ramona Brack 495, 17. Tamara Colorizio 445, 18. Jasmin Schaeffer 441, 19. Jana Saner 414, 20. Jasmin Meister 358, 21. Julia Buser 321, 22. Nathalie Schmid 275, 23. Nadine Merz 232, 24. Melinda Kaufmann 227, 25. Martina Eha 225, 26. Anne-Sophie Zoller 129.

Fitness-Pentathlon:
1. Bea Eha-Plüss 44 Rangpunkte, 2. Roger Sokoll 41, 3. Markus Holenweger 40, 4. Otto Grossenbacher 27, 5. Roland Engeler 24, 6. Esther Masero 21, 7. Eli Fleury 20, 8. Evi Gerber 10.

Volleyball Mixed:
1. s'Brodmanns 5/18, 2. TV St. Joseph 5/16, 3. Die Aagschlagene 5/14, 4. Edelzwicker 5/6, 5. Fitness II 5/4, 6. Fitness I 5/2.

ten Abwehrleistung der Riehener, liess man doch in der zweiten Halbzeit gerade mal neun Tore zu. Mangelhaft war dagegen einmal mehr die Effizienz im Angriff. Chancen zu mehr Toren wurden zwar in der zweiten Halbzeit mehr als genug herausgespielt, nur vier Tore sprechen da aber eine deutliche Sprache. Positiv am Riehener Angriffsspiel ist dafür die Tatsache, dass die erzielten Tore sich auf sieben Spieler verteilen. Trotz der Niederlage zeigten die Riehener ein spannendes und gutes Spiel, wurden doch die taktischen Anweisungen bestens umgesetzt. Wenn noch die nötigen Tore erzielt werden und auch das Spiel-niveau beibehalten werden kann, dann sieht die Zukunft für den KTV selbst nach zwei Niederlagen nicht besorgnis-erregend aus.

HC Oberwil – KTV Riehen 20:12 (11:8)

KTV Riehen (3. Liga): Franz Osswald; Daniel Bucher, Urs Emmenegger (1), Daniel Gisler (3), Markus Jegge (2), Florian Kissling (1), Daniel Lorenz (1), Reto Müller (2), Jürg Schultheiss, Stéphane Wüthrich (2). – Bemerkungen: eine gelbe Karte, 5 Zweiminutenstrafen. Rote Karte gegen Reto Müller (Notbremsefoul).

FUSSBALL FC Amicitia – VfR Kleinhüningen 1:1 (0:1)

Ein Kampfspiel ohne Sieger

tp. Der FC Amicitia Riehen konnte am letzten Sonntag in einem kampfbetonten Spiel einen verdienten Punkt erobern. Mit mehr Wettkampfglück und mehr Ruhe vor dem Tor hätten es jedoch auch alle drei Punkte sein können. Ärgerlich ist der Punktverlust vor allem deshalb, weil die Gäste aus dem Kleinbasel mit keiner wirklichen Chance ein Tor erzielten, die Riehener jedoch trotz drei oder vier sehr guten Einschussmöglichkeiten einen Penalty zu Hilfe nehmen mussten.

Es war nicht so, dass Amicitia die deutlich stärkere und der VfR Kleinhüningen die deutlich schwächere Mannschaft war. Das Spiel war ausgeglichen und lebte vor allem von der Einsatzbereitschaft und vom Kampf. Die Riehener konnten jedoch spielerisch mehr auftrumpfen und kämpferisch dagegenhalten, sodass das Übergewicht eher auf ihrer Seite lag. Aber leider konnten die Gastgeber dies nicht in einen Vorsprung ummünzen.

Nachdem Amicitia in den ersten zwanzig Minuten Druck auf das Gästetor ausgeübt hatte und Degiorgi schon beinahe ein Tor erzielen konnte, kam nach einem dummen Ballverlust im Mittelfeld der Kleinhüniger Caselle aus etwa zwanzig Metern frei zum Schiessen und traf ins rechte obere Dreieck des Riehener Tores. Baumgartner hatte keine Abwehrchance. Schon lagen die bislang dominanten Riehener mit 0:1 im Rückstand.

Nun war es an den Riehernern zu reagieren. Und sie versuchten dies auch. Doch geschockt durch den unerwarteten und überraschenden Treffer, waren sie nicht mehr fähig, spielerisch zu überzeugen. Dazu kamen bei einigen Spielern nun auch Mängel in der Einsatzbereitschaft, sodass die Gäste aus dem Kleinbasel gegen Ende der ersten Halbzeit das Spiel zu kontrollieren begannen, ohne allerdings gefährliche Szenen vor dem Riehener Tor kreieren zu können.

In der Pause wechselte Trainer Erwin Simon Remo Gugger für Sascha Petrovic ein, um so wieder mehr Schwung in die Offensive zu bringen. Dieser Wechsel sollte sich auszahlen, begannen die Riehener doch die zweiten 45 Minuten sehr energisch und motiviert.

FUSSBALL Riehen – Liestal 1:0/Birsfelden – Riehen 4:3

Wichtiger Sieg gegen Liestal

as. Das junge Zweitligateam des FC Riehen sicherte sich mit dem 1:0-Erfolg vom vergangenen Sonntag gegen den FC Liestal wieder einen Platz im vorderen Mittelfeld der Tabelle. Die Riehener nahmen sich nach der schwachen Partie im Basler Cup (Auswärtsniederlage beim Drittligisten FC Gelterkinden) einiges vor. Und dies spürte man auch von Beginn weg. Bereits in der 11. Minute schlug der Riehener Spielertrainer Schirinzi mit einem wuchtigen Schuss den Ball in die gegnerischen Maschen. Doch die Riehener hätten bereits in der 5. Minute in Führung gehen können. Schirinzi war von Chiarelli freigespielt worden und konnte von rechts alleine auf den Liestaler Hüter Konrad zulaufen. Doch anstatt selber zu schiessen, legte Schirinzi den Ball zum mitgelaufenen Genasci auf. Der Torwart antizipierte gut und konnte den Ball noch wegsptizeln.

Aber auch die Liestaler hatten im Verlauf der ersten Halbzeit gute Abschlussmöglichkeiten. Doch entweder scheiterten sie am guten Goalie Mastroianni oder vergaben kläglich (18. Minute Costabile).

In der zweiten Halbzeit konzentrierten sich die Riehener darauf, die drei Punkte zu sichern, zumal die Gäste ab der 45. Minute nach einer gelb-roten Karte gegen Frei nur noch zu zehnt agierten. Nichtsdestotrotz hatte das Team aus Riehen noch weitere gute Angriffe zu verbuchen. So scheiterte wiederum Schirinzi in der 50. und 65. Minute am glänzend reagierenden Gästetorwart. Demiroglu wurde zu Unrecht in der 73. Minute alleine vor Konrad vom Schiedsrichter zurückgepfiffen.

Einen Rückschlag erlebten die Riehener zumindest resultatmässig vorgestern Mittwoch in Birsfelden. Trotz guter Leistung verloren sie die Partie durch ein Penaltytor in der 90. Minute mit 4:3. Zum Penaltypfiff kam es, nachdem sich Hueter im eigenen Strafraum zu einer Tätlichkeit hatte hinreissen lassen, die ihm auch gleich die rote Karte eintrug.

Sie versuchten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, das Spiel noch zu kehren und einen Sieg zu landen. In der 66. Minute riskierte Simon dann noch mehr und brachte anstelle des Verteidigers Reinau den zusätzlichen Stürmer von Wartburg. In der 71. Minute hatten die Riehener mit ihren vermehrten Offensivbemühungen Erfolg und konnten, nach einem klaren Foul an Degiorgi im Strafraum, den verdienten Ausgleich per Penalty erzielen.

Zu mehr reichte es jedoch nicht mehr, liessen doch einerseits die Kräfte einiger Riehener Spieler nach und wehrten sich doch andererseits die Gäste nach dem Ausgleich heftiger. Sie wollten nicht noch den einen Punkt aus den Händen geben.

Mit diesem 1:1-Unentschieden erreichte der FC Amicitia Riehen sicher nicht das Resultat, das man sich eigentlich erhofft hatte. Gerade gegen den VfR Kleinhüningen ist es besonders schön zu gewinnen, verbinden doch die beiden Vereine mehrere Banden und eine schon Jahre währende Rivalität auf dem Fussballplatz.

Nun beträgt der Abstand auf den Tabellenersten, den überraschend sicher auftretenden BSC Old Boys, bereits drei Punkte. In den nächsten drei Spielen haben die Riehener nun die Chance die drei Tabellenersten zurückzubinden, spielen sie doch genau gegen diese Mannschaften. Danach werden die Spieler und die Verantwortlichen wissen, ob das Saisonziel, bis ans Ende um den Aufstieg mitreden zu können, noch realistisch ist oder bereits frühzeitig begraben werden muss. Den Auftakt bildet die Heimpartie gegen US Bottecchia (Sonntag, 1. Oktober, 10.15 Uhr, Grendelmatte).

FC Amicitia – VfR Kleinhüningen 1:1 (0:1)

Grendelmatte. – Tore: 20. Caselle 0:1, 71. Thomas 1:1. – FC Amicitia: Baumgartner; Pfister; Kasper Plattner, Thoma, Reinau (66. von Wartburg); Thomas Plattner, Petrovic (46. Remo Gugger), Helde, Tomaschett; Degiorgi, Puntel.

3. Liga, Gruppe 2, Tabelle:
1. BSC Old Boys 5/13 (19:10), 2. US Bottecchia 5/12 (12:5), 3. CD Coruña-Napoli 5/12 (9:5), 4. FC Amicitia 5/10 (11:5), 5. FC Türkücü 5/9 (8:11), 6. VfR Kleinhüningen 5/8 (12:8), 7. AS Timau 5/6 (10:10), 8. FC Polizei 5/5 (11:13), 9. FC Alkar 5/4 (6:11), 10. US Olympia 5/3 (5:9), 11. SC Steinen/Breite-St. Clara 5/2 (7:13), 12. FC Alemannia 5/0 (5:15).



Angelo Schirinzi (Mitte) schieisst das 1:0 gegen Liestal. Foto: Philippe Jaquet

Die Birsfelder hatten in der ersten Halbzeit aus ihren wenigen Chancen zwei Tore gemacht. Demiroglu hatte zum 1:1 ausgeglichen. Kurz nach der Pause hatten die Birsfelder auf 3:1 erhöht, doch dann gelang es den pausenlos angreifenden Riehernern durch Schirinzi und Demiroglu zum 3:3 gleichzuziehen. Trotz der Niederlage war Spielertrainer Angelo Schirinzi vor allem mit der zweiten Halbzeit sehr zufrieden.

FC Riehen – FC Liestal 1:0 (1:0)

Grendelmatte – 100 Zuschauer. – Tor: 11. Schirinzi 1:0. – FC Riehen: Mastroianni; Micienzi; Genasci, Kocanovic (60. Monteiro); Saydam (78. Mehovic), Hueter, Chiarelli, Gugger; Schirinzi; Dzinic, Demiroglu. – Verwarnungen: 38. Frei (Reklamieren), 53. Kocanovic (Foul), 90. Demiroglu (Unsportlichkeit), 93. Chisrelli (Foul). – Platzverweis: 45. Frei (Liestal, gelb-rote Karte nach Foul).

2. Liga Regional, Tabelle:
1. SC Dornach 6/18 (27:4), 2. SC Binningen 6/16 (18:3), 3. FC Laufen 6/13 (19:7), 4. FC Rheinfelden 6/10 (12:10), 5. FC Black-Stars 5/9 (6:7), 6. SC Baudepartement 6/9 (18:15), 7. FC Riehen 7/9 (13:17), 8. FC Aesch 6/7 (12:20), 9. FC Birsfelden 6/7 (10:19), 10. FC Liestal 6/4 (2:9), 11. FC Breitenbach 6/2 (8:14), 12. FC Arlesheim 6/0 (6:26).

DIE PARTEIEN ZU DEN WAHLEN

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (CVP)

Ja zum UNO-Beitritt – Bekenntnis zur Staatengemeinschaft

Der Beitritt zur UNO wäre ein klares Signal der Zuwendung der Schweiz zur Staatengemeinschaft und ihrer Öffnung gegenüber der Welt. Die UNO ist heute eine globale Organisation, in der über 99 Prozent der Weltbevölkerung vertreten sind. Die Schweiz ist ein engagiertes Mitglied der Staatengemeinschaft: wirtschaftlich, politisch und kulturell. Im Falle eines Beitritts zur UNO könnte die Schweiz ihre Stimme bei allen Abstimmungen und Wahlen innerhalb des UNO-Systems abgeben und sich in alle Organe der UNO, insbesondere auch in den Wirtschafts- und Sozialrat oder den Sicherheitsrat, wählen lassen. Ebenfalls könnte sie in der UNO-Generalversammlung sowie in ihren Kommissionen, die zu den Nervenzentren der Weltpolitik gehören, uneingeschränkt das Wort ergreifen, ihren Einfluss spürbar machen und zu sämtlichen Fragen, die die UNO behandelt, Stellung nehmen. Ausserdem könnten wir unsere politischen, finanziellen und personellen Vorstellungen im UNO-System besser vertreten und somit bestünde auch die grössere Möglichkeit, Schweizer/innen zu wichtigen Stellungen im UNO-System zu verhelfen.

Als friedliebender, zukunftsgerichteter Staat begrüsst die Schweiz eine leistungsorientierte UNO, als wichtiger Beitragszahler verlangt sie den effizienteren Einsatz ihrer Mittel und als zweitwichtigster UNO-Sitzstaat profitieren Genf und die ganze Schweiz vom Wohl-

ergehen der Organisation. Als Mitglied hätte die Schweiz aber endlich auch ein Stimmrecht und somit könnte sie noch besser an der UNO-Reform mitarbeiten.

Die Schweiz müsste sich an keinen kriegerischen Aktionen beteiligen und ihre Neutralität, Unabhängigkeit und Souveränität nicht aufgeben. Sie müsste keine Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme) stellen. Diese werden unter den Staaten rekrutiert auf der Basis der freiwilligen Kontingente. Die Schweiz müsste nicht von der UNO mandatierte kriegerische Massnahmen unter nationalen Fahnen mitfinanzieren. Diese werden finanziert von den Staaten, die die Aktion tragen. Die UNO ist eine Organisation der kollektiven Sicherheit. Das bedeutet, dass die Sicherheitsrats-Entscheide zur Sicherung des Weltfriedens (v.a. Wirtschaftssanktionen) bindend sind. Rechtsvereinheitlichungen, militärische Verpflichtungen oder andere die Souveränität beeinträchtigende Verpflichtungen entstehen nicht.

Die Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat, Wohlfahrt, der Abbau sozialer Gegensätze und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind die aussenpolitischen Ziele der Schweiz. Unser Land unterstützt die UNO im Bereich der Friedensförderung und wirkt so auf die Erfüllung der meisten dieser Ziele hin.

Marlies Jenni-Egger,

Grossratskandidatin CVP Riehen

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

Immer eine «Nasenlänge» voraus

Das Basler Schulsystem muss unbedingt verbessert werden. Darum hat die Basler SVP die Schulinitiative «Für eine bessere Schule – unseren Kindern zuliebe» lanciert. Auslöser ist die grosse Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger gewesen bezüglich des Schulsystems, das uns die traditionellen bürgerlichen Parteien sowie das linke Parteienspektrum eingebracht haben.

Eigenartig ist: Seit der Einreichung der SVP-Initiative versuchen sowohl die Linke als auch die traditionellen Bürgerlichen das Thema Schulen wieder an sich zu reißen. Auch sie müssen nun zugeben, dass die sogenannte «Neue Schule», wie sie ihr jetziges Schulsystem nennen, ein Fehlschlag war.

Die Hauptkritikpunkte am jetzigen Schulsystem

Aus zahlreichen Gesprächen mit Eltern, Lehrern, Vertretern der Wirtschaft sowie mit Schülern selbst gehen unter anderem immer wieder die folgenden Kritikpunkte hervor:

- Die Schüler werden nicht mehr optimal auf die nachfolgende Berufswelt vorbereitet.
- Die Leistungen der Basler Schüler sind im gesamtschweizerischen Vergleich mehr als ungenügend. Das schmälert ihre Chancen bei der nachfolgenden Suche einer Lehrstelle.
- Die Schüler wollen wieder Noten. Noten sind keine Strafe, sondern eine Belohnung und ein Anreiz.

Was wollen wir?

Die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

- 1. Noten ab dem dritten Primarschuljahr.
- 2. Gliederung der OS in zwei Züge und Verkürzung auf zwei Jahre.
- 3. Gliederung der WBS in drei Züge und Verlängerung auf drei Jahre.
- 4. Gliederung des Gymnasiums in eine Unterstufe von zwei und in eine Oberstufe von vier Jahren.

Vorteile der SVP-Schulinitiative

Bei entsprechender Leistung können die Schüler bis ins zehnte Schuljahr den Sprung ins Gymnasium schaffen. Durch Noten werden die Schüler zu guten Leistungen angespornt. Die Schüler werden wieder vermehrt entsprechend ihren Talenten, Begabungen und Fähigkeiten gefördert. Die Vorbereitung auf die Berufswelt erfolgt wesentlich zielgerichteter. Die Basler Schulabgänger erhalten bei der Suche einer Lehrstelle wieder Chancengleichheit.

Das jetzige Schulsystem ist durch «Flickschusterei» nicht zu retten. Die Probleme sind an der Wurzel zu packen.

Basler SVP

JUNGES BASEL

Lieber direkt als alles und gar nichts

Die Wahlunterlagen sind verschickt und die Zeitungen voll mit Inseraten der politischen Parteien. Auch die überparteiliche Grossratsliste Junges Basel beteiligt sich am Buhlen um Ihre Stimme – mit bescheidenen finanziellen Mitteln und ohne lustigen Slogan.

Einheitsbrei im Wahlkampf

Denn die Sprüche der Parteien gleichen sich ohnehin aufs Haar: Eine Partei möchte unsere Gemeinde im Kanton kompetent vertreten, eine andere mehr wert sein für Riehen. Das will Junges Basel auch. Eine Partei stellt «Menschen für Menschen» auf. Etwas anderes wäre ja auch kaum angebracht. Eine weitere Partei ruft uns auf, wählerisch zu sein. Was denn sonst? Die gleiche Partei will «mit der Jugend an der

Zukunft bauen». Ist damit Junges Basel gemeint? Auf jeden Fall gehören wir zur Jugend und würden gerne auch an der Zukunft bauen. Eine andere Partei fordert ebenfalls nachgerade dazu auf, Junges Basel zu wählen: «Lieber mit – als über junge Menschen reden.» Das finden wir auch!

Ohne Sprüche zu klopfen

Die Sprüche der Parteien sagen alles und gar nichts. Da sind wir lieber gleich direkt und sagen nur: Junges Basel in den Grossen Rat!

Unsere Ansichten zu wichtigen Problemen des Kantons können Sie im Interview in dieser Riehener Zeitung lesen, mehr erfahren Sie auf www.junges-basel.ch.

Mathis Hafner, Dominique Widmer

GRÜNE/BASTA!/FRAUENLISTE BASEL

Der «EuroAirport» und ein Versuch zur Schadensbegrenzung

Aus Sorge um unsere Umwelt engagieren sich die Grünen Riehen und die Grünen Basel-Stadt seit Jahren aktiv in der Verkehrspolitik unseres Kantons. In diesem Zusammenhang hat die Basler Grossrätin Kathrin Giovannone (Grüne) dem Grossen Rat kürzlich die Motion zur Plafonierung der Flugbewegungen auf dem «EuroAirport» vorgelegt. Danach soll der Regierungsrat beauftragt werden, sich im Flughafen-Verwaltungsrat und bei den Bundesbehörden dafür einzusetzen, dass mit den französischen Behörden in Ergänzung des französisch-schweizerischen Staatsvertrages vom 4. Juni 1949 eine Begrenzung der Anzahl der jährlichen Flugbewegungen auf den Stand von Ende 1999 unter Bevorzugung der am wenigsten lauten und der abgasärmsten Flugzeuge vereinbart wird.

Warum diese Motion? Die Antwort liegt gerade auch für uns, die wir in Riehen wohnen, auf der Hand: Nicht nur fahren immer mehr grosse, lärmige und stinkende Lastwagen auf der Aeusseren Baselstrasse, auch über unseren Köpfen hat der Lärm gerade in den letzten paar Wochen spürbar zugenommen, und zwar oft bis in die späten Nachtstunden hinein.

§ 13 Abs. 5 des Umweltschutzgesetzes verpflichtet den Kanton Basel-Stadt, sich dafür einzusetzen, dass die Umweltbelastungen durch den Flugverkehr möglichst tief gehalten werden. Im Rahmen der Volksabstimmung über die

Ausbaukredite im Juni 1999 haben uns sowohl die Regierungen der beiden Basel als auch die Verantwortlichen des Flughafens versichert, es gehe ihnen auf keinen Fall darum, aus dem «EuroAirport» einen grossen nationalen Flughafen zu machen; was man wolle, sei nur ein regionaler Flughafen, der den Bedürfnissen der Regio gerecht werde.

Bereits heute zeigt sich aber, dass das diesen Voten schon damals entgegengebrachte Misstrauen berechtigt gewesen war. Tatsache ist nämlich, dass der «EuroAirport» seither ungebremsst wächst und davon auszugehen ist, dass sich der Flugverkehr bis in zehn Jahren verdoppeln wird.

Noch bevor der zweite Ausbauschritt überhaupt realisiert ist, denken die Flughafen-Verantwortlichen schon laut über den dritten nach. Geht es heute zumindest vordergründig noch um die sogenannt bessere und fairere Verteilung des Fluglärms – was grundsätzlich richtig ist, sollen doch nicht nur vor allem Allschwil, das Neubadquartier und das Elsass unter den vielen Flugbewegungen leiden –, wird der gut ausgebaute EuroAirport einfach dazuführen, dass der Flugverkehr mittelfristig wachsen kann und langfristig wir alle mehr Fluglärm als heute ertragen werden müssen.

Entgegen den von vielen Seiten immer wieder geäusserten Vorwürfen geht es uns Grünen nicht darum, den «EuroAirport» mitsamt dem ganzen Flugver-

kehr zu verteufeln. Auch wir nehmen zur Kenntnis, dass unsere Region den Flughafen braucht, wenn sie heute wirtschaftlich bestehen und sich entwickeln will. Wir wissen aber auch, dass wir uns alle, wenn wir für uns und unsere Kinder noch eine Zukunft haben wollen, ein grenzenloses Wachstum des Flugverkehrs ganz einfach nicht leisten können. Die Stickoxide tragen massgeblich zu einer hohen Ozonbelastung und zu der heute leider von vielen noch immer nicht ernst genug genommen globalen Klimaerwärmung bei.

Hinzu kommt, dass der durch den Flugverkehr verursachte Lärm unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität weit mehr beeinträchtigt, als die Verantwortlichen, die schliesslich Profite machen wollen, zugeben wollen. Am Beispiel Zürich-Kloten können wir mitverfolgen, was passiert, wenn diejenigen, die es sich leisten können, aus der Flughafenregion wegziehen und die andern, die bleiben müssen, krank werden.

Im Sinne einer Schadensbegrenzung erachten die Grünen die Plafonierung des Flugverkehrs auf dem Stand von Ende 1999 (103'000 Flugbewegungen) als geeigneten Kompromiss zwischen dem Bedürfnis nach wirtschaftlicher Expansion und dem existenziellen Bedürfnis, uns und den nächsten Generationen eine möglichst gute Lebens- und Wohnqualität zu erhalten.

Rita Alteratt,

Einwohnerrätin Grüne,

DEMOKRATISCH-SOZIALE PARTEI (DSP)

Keine Verkehrsbehinderungspolitik

Eines der beliebtesten Wahlkampfthemen der letzten Jahre ist bestimmt die Verkehrspolitik. Auch in diesem Jahr könnten wir die alten Zeitungsartikel mit unseren Forderungen fast beliebig wieder hervorholen. Daraus nun abzuleiten, dass in der Zwischenzeit in Sachen Verkehr nichts geschehen ist, wäre jedoch falsch. Immerhin hatten wir ja ein «nur» dreijähriges Verkehrschaos an der Grossbaustelle der Aeusseren Baselstrasse. In jeder anderen Stadt hätte man entsprechende Bauarbeiten dank neuester Bautechniken wohl kaum zur Kenntnis genommen.

Auch an dieser oder jener anderen Stelle in unserem Strassennetz wurde in den vergangenen Jahren fleissig gearbeitet. Und wenn es nur um die Erneuerung des Belages einer Bushaltestelle oder um deren Neubemalung gegangen ist. Frei nach dem Motto: «Hauptsache, der Individualverkehr kann behindert werden.»

Selbstverständlich ist auch aus der Sicht der DSP in erster Linie der öffentliche Verkehr zu fördern. Mit einer Verkehrsbehinderungspolitik lassen sich die Probleme allerdings nicht lösen. Mit

dem vorliegenden Verkehrsplan 2000 sollen sie nun immerhin wirksam angegangen werden. Dem Grossen Rat kommt die wichtige Aufgabe zu, das umfassende Werk zu analysieren und zu diskutieren. Ob es allerdings richtig ist, dass der Verkehrsplan noch vorgängig in der Bevölkerung besprochen werden muss, ist zu bezweifeln. Dies umso mehr, als sich die Verkehrsverbände ja geweigert haben, an diesen «JeKaMi-Veranstaltungen» mitzumachen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, wenn wir nicht in vier Jahren wieder dieselben Zeitungsartikel lesen wollen. Folgende Massnahmen sind aus der Sicht der DSP so schnell wie möglich umzusetzen:

- Fertigstellung des restlichen Teils der Zollfreistrasse. Die Zollfreistrasse ist bis auf den kleinen Teil, der über den Riehener Bann führt, seit dem vergangenen Jahr fertiggestellt. Damit die schweren Brummer endlich von unserem Dorfkern ferngehalten werden und die Anwohnerschaft der Hauptverkehrsachse entlastet wird, ist die Fertigstellung der Zollfreistrasse dringend notwendig. Gleichzeitig kann der Neubau des

Gartenbades realisiert werden.

- Beseitigung der Gefahrenzonen auf der Achse Aeussere Baselstrasse–Baselstrasse–Lörracherstrasse und Erstellen eines Trottoirs für die Inzlingerstrasse: Seit Jahren wird der Riehener Bevölkerung die Erledigung dieser Arbeiten in Aussicht gestellt. Der Beginn wird vom Kanton aber immer wieder hinausgeschoben. Offenbar wird davon ausgegangen, dass Riehen die entstehenden Kosten übernehmen wird, obwohl es sich um Kantonsstrassen handelt.
- Schaffung von Park & Ride-Parkplätzen für Pendler im Grenzgebiet und Anwohnerparkkarten: Die Schaffung von Anwohnerparkkarten in der Quartieren der Stadt hat sich als wirksame Massnahme gegen die Dauerbelegung der Parkplätze durch Pendler erwiesen. Mit der Einführung von Anwohnerparkkarten und Parkplätzen in der Nähe der öffentlichen Verkehrsmittel (Regio-S-Bahn) soll das Parkplatzproblem auch in Riehen in Griff bekommen werden. *Christian Heim, Präsident DSPSektion Riehen/Bettingen*

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI (FDP)

Für die Erhaltung des bewährten Riehener Spitals

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe Keller betreffend Akutbettenabbau der Basler Chefarztspitäler wurde anlässlich einer Podiumsdiskussion vergangener Woche präsentiert. Wird dieser als solches für die definitive gemeinsame Spitalliste BS/BL 2003 angenommen, ist die Zukunft des Gemeindespitals Riehen gesichert.

Das weitere Geschehen im Gesundheitswesen von Riehen hängt somit auch sehr davon ab, inwieweit wir uns am Puls des Geschehens befinden, denn so sind wir gewappnet für die Zukunft und können die weitere Existenz des Gemeindespitals und somit eine gute medizinische Grundversorgung für die Riehener Bevölkerung garantieren.

Am Puls des Geschehens im Gesundheitswesen

In den vergangenen drei Jahren hat sich erwiesen, dass die Präsenz an vorderster Front für das weitere Bestehen des Gemeindespitals Riehen als Akutspital äusserst wichtig ist. Gemäss erarbeiteten Vorschlag der Arbeitsgruppe Keller wird der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt für das Gemeindespital eine marktgerechte Umwandlung von

12 Akutbetten in 10 Geriatriebetten vorsehen. Der ursprünglich geplante und wirtschaftlich nicht tragbare Abbau auf 30 Akutbetten im Gemeindespital konnte vermieden werden.

Dank erfolgreicher geführter Verhandlungen auf politischer Ebene kann das Gemeindespital weiterhin als Akutspital bestehen.

Gewappnet für die Zukunft

Hauptsächlich wollen wir uns für eine sehr gute medizinische Grundversorgung in Riehen einsetzen. Um dies garantieren zu können, müssen wir auf die künftigen Anforderungen des Gesundheitsmarktes agieren und nicht nur reagieren. Es steht uns zum Beispiel die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes bevor, die das Gesundheitswesen von Riehen ebenfalls tangieren wird. Ausserdem setzen wir uns für eine wettbewerbsorientierte Gesundheitspolitik ein. Zudem möchten wir, dass das Gemeindespital in der kantonalen Spitallandschaft fest verankert ist. Dies können wir erreichen, wenn das Gemeindespital Riehen sinnvolle Zusammenarbeit mit anderen Institutionen eingeht.

Netzwerk der Chefarztspitäler

Das Netzwerk (Kantonsspital, St. Claraspital, Gemeindespital Riehen) ist ein Hilfsmittel für eine marktgerechte Angebotsstruktur. Die drei beteiligten Chefarztspitäler wollen durch den Verbund einen Beitrag zu einer sinnvollen und wirtschaftlichen Gesundheitspolitik leisten. Ziel ist es, Doppelspurigkeiten abzubauen und sinnvolle Synergien zu schaffen. Gemeinsam bieten sie eine umfassende stationäre und tageschirurgische Versorgung der Akutpatientinnen und -patienten aller Versorgungsstufen an.

Fazit

Aufgrund des Vorschlags des Regierungsrates und dass sich das Gemeindespital nahezu drei Jahre als selbständiges Unternehmen bewährt hat, möchten wir, dass die Gemeinde Riehen bei der Verabschiedung des Globalkredites in diesem Herbst für die nächsten drei Jahre das Gemeindespital im bestehenden Rahmen weiterhin unterstützt.

Wir werden uns also dafür einsetzen, dass die Riehenerinnen und Riehener nach wie vor auf ihr bewährtes Spital zählen können.

Matthias Spielmann, FDP Riehen

DIE PARTEIEN ZU DEN WAHLEN

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SP)

Für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Seit drei Wochen benutzen viele Riehenerinnen und Riehener eine neue Direktverbindung in die Stadt: Die Fahrt auf der verlängerten Buslinie 34 von der Bettingerstrasse bis in die Stadtmitte (Schifflande) dauert gerade mal zwanzig Minuten.

Dieses kleine, aber aktuelle Beispiel für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs liegt ganz auf der Linie sozialdemokratischer Verkehrspolitik: Nachdem der Kanton Basel-Stadt mit dem Bau der Nordtangente in den letzten Jahren hohe Investitionen zu Gunsten des motorisierten Individualverkehrs getätigt hat, besteht nun ein erheblicher Nachholbedarf beim öffentlichen Verkehr.

Die SP setzt sich dafür ein, dass der öffentliche Verkehr, aber auch andere umweltschonende Verkehrsarten wie das Zu-Fuss-Gehen und das Velofahren gefördert werden.

- Konkret heisst dies:
- Zügige Realisierung der Regio-S-Bahn
 - Netzoptimierungen (z. B. Verlängerung der Tramlinien 3, 6, 8 und 11 über die Landesgrenze hinaus)
 - 10-Minuten-Takt am Abend
 - Vereinfachung der Einstiegsmöglichkeiten für ältere Menschen, Behinderte und Kinderwagen
 - Ausbau und Sicherung von Fussgängerwegen, grosszügige Fussgängerzonen
 - Ausbau von Velowegen und -abstellplätzen.

Es gilt aber auch, vernünftige Lösungen für den motorisierten Individualverkehr zu realisieren.

Die SP unterstützt diesbezüglich:

- Bau von Quartierparkings, um mehr Platz für die Menschen zu schaffen
- Parkings an der Peripherie der Stadt, um im (vom öffentlichen Verkehr bestens erschlossenen) Zentrum den Verkehrsinfarkt zu verhindern
- Parkleitsysteme
- Park-and-ride-Anlagen, zum Beispiel für das Umsteigen der Pendler.

Das zurzeit wichtigste verkehrspolitische Papier unseres Kantons ist der Entwurf des Verkehrsplans. Die SP unterstützt die darin postulierte Nachhaltigkeit in der Verkehrsplanung, das Fördern der stadtgerechten Mobilität, die Aufwertung des Fuss- und Veloverkehrs, den Vorrang für den öffentlichen Verkehr, die Reduktion der negativen Auswirkungen des Motorfahrzeugverkehrs sowie das Umdenken weg vom nachfrageorientierten Ansatz in der Verkehrsplanung.

Das gegenwärtige Geplänkel um den Verkehrsplan, also die wahlkampfge-rechte Forderung nach einer Sondersitzung, kommt von denselben bürgerlichen Kreisen, die es noch unlängst als unter der Würde des Grossen Rates bezeichnet haben, sich über einen Entwurf (und ein solcher ist der Verkehrsplan nach wie vor) zu äussern. Auch passt dieser Aktivismus schlecht zu der Tatsache, dass der Verkehrsplan auch ohne Sondersitzung traktandiert worden wäre. Aber in Wahlzeiten ist politische Vernunft ein rarer Artikel.

Christian Klemm,
Grossrat SP, Riehen

ZIVILSTAND

Geburten

Hecht, Julian Simon, Sohn des Rich-terich, Peter Jim, von Laufen-Stadt BL, und der Hecht, Cornelia, von Willisau Stadt LU, in Riehen, Sperberweg 9.

Tempini, Roxana, Tochter des Tem-pini, Andreas, von Basel, und der Tem-pini geb. Marti, Christine, von Basel, Kallnach BE und Bussy-Chardonnay VD, in Riehen, Tiefweg 24.

Hadjistamov, Alexander, Sohn des Hadjistamov, Dimiter, von Basel, und der Hadjistamov geb. Petkova, Emilia, von Basel, in Riehen, Helvetierstrasse 15.

Stoecklin, Jennifer Leoni, Tochter des Stoecklin, Patrick Oliver, von Basel und Biel-Benken BL, und der Stoecklin geb. Schuster, Michaela Annelore, deut-sche Staatsangehörige, geboren in Lör-rach (Baden-Württemberg), in Riehen, Baselstrasse 11.

Todesfälle

Rufer-Jehle, Franz, geb. 1912, von Zuzwil BE, in Riehen, Talweg 28.

Werndli-Bardet, Raymonde, geb. 1910, von und in Riehen, Unterm Schel-lenberg 104.

Junker, Emil, geb. 1918, von St. Gal-len, in Riehen, Pfaffenlohweg 31.

Christe-Schweizer, René, geb. 1924, von und in Riehen, In den Neumatten 46.

Mühlebach, Martina, geb. 1974, von Horw LU, in Riehen, Erlensträsschen 62.

Wepf-Zuber, Ruth, geb. 1911, von und in Riehen, Kornfeldstr. 5.

Schmocker-Basler, Alfred, geb. 1912, von und in Riehen, Bettingerstr. 279.

Hänzi-Salvisberg, Robert, geb. 1921, von Meisiberg BE, in Riehen, Im Baum-garten 22.

Biedermann-Roser, Heinrich, geb. 1909, von Basel, in Riehen, Inzlinger-str. 50.

Wildi, Frieda, Diakonisse, geb. 1900, von Schafisheim AG, in Bettingen, Chrischonarain 135.

KANTONSBLATT

Grundbuch

Riehen, S D P 134, 522,5 m², Wohn-haus und Garagegebäude Pfaffenloh-weg 23. Eigentum bisher: Peter Helf-mann, in Weil am Rhein (D) (Erwerb 29. 10. 1968). Eigentum zu gesamter Hand nun: Jost Lorenz und Monika Göbl-Iltner, in Riehen.

Riehen, S B P 62, 154 m², Wohnhaus Lörracherstrasse 131. Eigentum bisher: Monica Frieda Dunz-Herzog, in Riehen (Erwerb 1. 6. 1999). Eigentum zu ge-samter Hand nun: Marcel und Monica Frieda Dunz-Herzog, in Riehen.

Riehen, S D P 2980, 390,5 m², La-chenweg. Eigentum bisher: Robert und Evelyne Anne Marie Notegen-Frund, in Riehen (Erwerb 29. 4. 1988). Eigentum zu gesamter Hand nun: Peter und Anna Katharina Pantli-Haldemann, in Rie-hen.

IN KÜRZE

Beitritt zur UNO

jf. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt befürwortet den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO). Die mit einer Mitgliedschaft verbundene verbesserte Rechtsstellung würde die Schweiz in die Lage versetzen, an wichtigen internationalen Entscheidungen mitbestimmend teilzu-nehmen. Dadurch könne unser Land seine aktive Präsenz auf globaler Ebene endlich so zum Ausdruck bringen, wie es seiner eigentlichen internationalen Bedeutung entspricht, begründet der Regierungsrat seine Ansicht in einer Medienmitteilung.

Nicht nur die Schweiz, sondern auch der Kanton Basel-Stadt habe aufgrund seiner vielfältigen internationalen Bezüge ein vitales Interesse an einem UNO-Beitritt. Insbesondere grenze er an die UNO-Mitgliederstaaten Frankreich und Deutschland und als Universitätskanton sei Basel-Stadt seit je international aus-gerichtet.

Leitfaden für das Bestattungswesen

jf. Neu erschienen ist die Broschüre «Wegleitung», ein Leitfaden für das Be-stattungswesen in Basel. Angehörige von Verstorbenen werden darin unter anderem ausführlich informiert, was zu beachten ist, wenn jemand gestorben ist und wie sie richtig vorzugehen haben. Erhältlich ist diese Broschüre beim Bau-departement des Kantons Basel-Stadt.

Der Herbst lässt grüssen



Ein untrügliches Zeichen dafür, dass der Herbst auch in Riehen Einzug gehalten hat, ist das traditionelle Erntedankfest des Landpfundhauses und des Alters- und Pflegeheimes «Haus zum Wendelin». Dieses konnte am vergangenen Samstag bei prachtvollem Wetter und angenehmen Temperaturen gefeiert werden. Neben kulinarischen Spezialitäten frisch vom Bauernhof wurde auch ein buntes Unterhaltungsprogramm geboten. So konnten sich zum Beispiel die jüngsten Festgäste am Schminkstand «verschönern» lassen und die Trachtengruppe Riehen sorgte mit Volkstänzen für einen folkloristischen Farbtupfer. Fotos: Philippe Jaquet

VEREIN. EVANG. WÄHLERINNEN UND WÄHLER (VEW)

Medizinische Grundversorgung in Riehen muss erhalten bleiben!

Die VEW nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass das Gemeindespital un-gefährdet in die Zukunft gehen kann! Mit der Umwandlung von 12 Akutbetten in Reha-B und Tageschirurgiebetten ist der Verbleib auf der Spitalliste und somit die Weiterexistenz des Gemeindepitals gesichert. Gute Verhandlungen zwischen Gemeinde und Kanton haben zu diesem erfreulichen Ergebnis ge-führt. Mit den Fachbereichen Chirurgie, Medizin und Geriatrie, aber auch Not-fall-Ambulatorium, medizinische Spezi-aldienste und Pflegeheim steht das Ge-meindespital den Riehener und Bettin-ger Einwohnern als «Gesundheitszen-trum» zur Verfügung.

Spitex und Schulzahnpflege

Die Gemeinde Riehen ist neben dem Gemeindespital auch für weitere Ge-sundheitsdienste direkt verantwortlich. Dazu gehören die Spitex, die Schulzahn-pflege und die Beiträge an die Pflege zu Hause. Riehen nimmt diese Aufgaben

kompetent und verantwortungsvoll wahr und entlastet den Kanton von sei-nen Gesundheitsaufgaben.

Alterspflege und Psychiatrie

Private Leistungserbringer wie die Alters- und Pflegeheime, die Hausärzte, aber auch Apotheken und therapeuti-sche Einrichtungen ergänzen das Ange-bot. Die Klinik «Sonnenhalde» leistet im stationären, ambulanten und neu teil-stationären Bereich (Tagesklinik) einen wichtigen Beitrag zur psychiatrischen Grundversorgung in Riehen und der ganzen Region.

Der VEW setzt sich dafür ein, dass diese umfassende medizinische Grund-versorgung mit einer breiten Angebots-kette auch in Zukunft weitergeführt werden kann. Der Bevölkerung von Rie-hen sollen qualitativ hochstehende Lei-stungen angeboten werden. Dass diese auch etwas kosten, versteht sich von selbst. Zsolt Kubecska, VEW

Verwalter Klinik Sonnenhalde

LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (LDP)

Stärkung des Einwohnerrates

Die einwohnerrätliche LDP-Fraktion stellt fest, dass ihr oft geeignete Instru-mente fehlen, um genügend Einfluss in wichtige Bereiche nehmen zu können. Nach dem neuen Bau- und Planungsge-setz ist ab dem 1. Januar 2001 neu die Gemeinde für die Richt- und Nutzungs-planung zuständig. Aufgrund der her-kömmlichen Rechtslage ist die Pla-nungskommission immer noch dem Ge-meinderat unterstellt. Auch mit den parlamentarischen Instrumenten wie «Kleine Anfrage», «Anzug» und der «In-terpellation» stehen dem Einwohnerrat wenig verbindliche Mittel zur Durchset-zung politischer Anliegen zur Verfü-gung.

Ab nächstem Jahr kann Riehen auf-grund des neuen Bau- und Planungsge-setzes selbst über das Erscheinungsbild der Gemeinde mitentscheiden. Deshalb fordern die Liberalen, dass die bis anhin dem Gemeinderat unterstellte Pla-nungskommission zu einer einwohner-rätlichen Kommission wird. Somit hat die Planungskommission nicht mehr nur eine beratende Funktion, sondern kann direkt dem Einwohnerrat verbind-

liche Anträge stellen. Aus demokrati-scher Sicht darf die alleinige Entschei-dungskompetenz nicht mehr bei der Exekutive sein, sondern muss unbeding-t dem Einwohnerrat übertragen werden. Die LDP Riehen wird sich in den kommenden Monaten mit allen po-litischen Mitteln für diesen dringend nötigen Demokratisierungsprozess ein-setzen.

Um den Einwohnerrat weiter zu stärken, fordern die Liberalen zudem die Einführung der Motion als zusätz-liches politisches Instrument. Die Parla-mentarier können somit ohne lange Kommissionssitzungen den Gemeinderat verbindlich zu aktuellen Themen oder Sachgebieten zum Handeln auffo-dern.

Dieses schnelle politische Instru-ment garantiert in Riehen einen fle-xibleren Einwohner- und Gemeinderat. Brennende Themen verschwinden nicht in einer Verwaltungsschublade, son-dern können von einzelnen Einwoh-nerräten sofort zur Sprache gebracht werden.

Peter Zinkernagel, LDP Riehen

LESERBRIEFE

Ein Affront gegen Riehen

Endlich ist die Katze aus dem Sack. Nachdem die Kantonsregierung auf meine Interpellation hin noch vor den Sommerferien eine Antwort versprochen hat, verschiebt sie den Entscheid für den Bau des Schulhauses «Hinter Gärten» nochmals um ein halbes Jahr. Ob dies wohl der letzte Akt des Hinausschiebens darstellt – oder soll das Projekt dann ganz sterben? Drückt sich die Kantonsregierung hier um einen unpopulären Entscheid, so kurz vor den Wahlen?

Unterdessen wächst nun die Barackenstadt auf 20 an und überschreitet die Grenze des Zumutbaren eindeutig. Wieviel bei dieser «Sparaktion» gewonnen wird, ist sowieso fragwürdig. Der Auf- und Abbau dieser Provisorien, die Planung und die Umzüge verschlingen Geld, das bei einem früheren Bezug des Schulhauses gespart werden könnte.

Bei dieser Hinhalteteknik geht es aber wahrscheinlich wieder um das selbe alte Lied: Riehen soll wieder zur Kasse gebeten werden. Neben dem jährlichen Finanzausgleich von 5 Millionen Franken sollen wir nun noch an die Investitionskosten für das Schulhaus beitragen, obwohl die Verantwortung für die Schulen noch immer beim Kanton liegt und er damit verpflichtet ist, die notwendigen Schulräume zur Verfügung zu stellen.

Da trösten die netten Worte wenig, dass man «künftig die Mitbestimmung der beiden Landgemeinden bei Planungen und Entscheiden, welche die Schulen von Riehen und Bettingen betreffen, verstärken wolle». Im Fall des geplanten Schulhauses haben der Gemeinde- und Einwohnerrat mit dem Kauf des Landes ein klares Zeichen gesetzt. Nehmen wir die Basler Regierung beim Wort!

Die Riehener Schulkinder brauchen ein rechtes Dach über dem Kopf. Ich möchte endlich Taten sehen und nicht Worte hören!

Annemarie Pfeifer-Eggenberger
Einwohnerrätin VEW

Unbefriedigende Parkplatzsituation

In seinem treffenden Leserbrief vom 15. September beklagt sich Heinz A. Suter völlig zu Recht über die unbefriedigende Parkplatzsituation in der näheren Umgebung des Gemeindespitals. Leider haben schon viele Patienten und Besucher vor ihm ähnliche Erfahrungen machen müssen.

Als Mitglied der Verkehrskommission des Riehener Einwohnerrates habe ich das Problem auch schon bei einer der letzten Sitzungen traktandiert. Ich habe ebenfalls den Vorschlag gemacht, die bestehenden Parkplätze zur Verringerung des Unfallrisikos auf die Seite des Spitals zu verlegen und die blaue Zone in Parkfelder mit Parkuhren umzuwandeln. Da aber die Gemeinde das Parkplatzzkonzept in Riehen als Ganzes im Rahmen des Verkehrskonzeptes ändern möchte, ist bis jetzt noch nichts Konkretes unternommen worden, obwohl auch schon die Spitalleitung Kontakt mit der Gemeindeverwaltung aufgenommen hat.

Zum Thema Toleranz der Polizei möchte ich ebenfalls etwas sagen. Bei Notfällen und in Härtefällen haben wir jeweils vom Spital aus eine schriftliche Erklärung und Bestätigung mit dem Bussenzettel an den Polizeiposten in Riehen zurückgeschickt, sofern uns die betroffenen Patienten darüber informiert haben. In allen mir bekannten Fällen war die Polizei sehr tolerant und hat die Bussen ohne Diskussionen zurückgenommen. Den entsprechenden Polizeibeamten gehört also auch ein entsprechendes Dankeschön!

Sehr schade finde ich abschliessend, dass es vor Jahren aus politischen Gründen nicht möglich war, unter dem Neubau des Treibhauses am Spittlerwegli eine Tiefgarage zu bauen. Damit wäre das Parkplatzproblem um das Gemeindespital mit einem Schlag auf Jahre hinaus gelöst gewesen. Bleibt zu hoffen, dass bei der Planung und Umsetzung des Verkehrs- und Parkplatzzkonzeptes in Zukunft die besonderen Bedürfnisse der Patienten genügend

berücksichtigt werden. Kranke und operierte Patienten können nun einmal nicht immer mit dem Velo oder zu Fuss ins Spital in die Sprechstunde oder in die Physiotherapie kommen und sind bis zur Genesung notgedrungen auf das Auto angewiesen. Deshalb ist es für unser Spital von grosser Bedeutung, genügend Kurzzeitparkplätze anbieten zu können.

Dr. med. Rolf von Aarburg,
Einwohnerrat CVP, Riehen

Herzlichen Dank!

Der Hellring führt von der Bettingerstrasse am südöstlichen Rand des Wenkenparks entlang zum Schnitterweg. Bis zur Liegenschaft Nr. 50 besteht er in einer geteerten und beleuchteten Strasse, welche dann dort in einem Kehrplatz endet. Die Weiterführung bis zum Schnitterweg ist als Fussweg ausgestattet und mit einem Naturbelag versehen.

Rechtzeitig auf den Beginn der dunkleren Jahreszeit ist dieser Fussweg beleuchtet worden. Damit ist ein altes Anliegen von Anwohnern erfüllt. Die Zeiten des manchmal fast blinden Herumtappens auf diesem stockdunklen Weg unter mächtigen Rotbuchen gehören nun der Vergangenheit an!

Den Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung sei dafür herzlich gedankt.

Urs Willi, Riehen

Ein warmherziger Mensch

Ich habe den Werdegang von Hans Martin Tschudi seit vielen Jahren – seit seiner Ausbildungszeit – verfolgen können und ihn als klar denkenden und warmherzigen Menschen kennen gelernt. Er steht zu seiner Meinung und, ist er von einer Sache überzeugt, so setzt er sich ruhig und konsequent für deren Verwirklichung ein.

Als Vater eines schulpflichtigen Sohnes liegt es ihm auch am Herzen, wie jene Kinder aufwachsen, welche mit sozialen Problemen zu kämpfen haben und in unserer Stadt zur Schule gehen.

Seine Erfolge als Jugendpolitiker in der Schulsozialarbeit und mit diversen Jugendprojekten zeugen dafür. Sein soziales Engagement und seine Einstellung sind nötig und wichtig für unseren Kanton.

Deshalb wähle ich Dr. Hans Martin Tschudi wieder in unsere Regierung.

Dr. Eberhard Weiss,
alt Staatsschreiber, Riehen

Beliebter Arbeitsplatz

Justizdirektor Hans Martin Tschudi ist Chef von rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Keine leichte Aufgabe. Doch er ist sich seiner Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern genau so bewusst wie gegenüber seinem Team. So ist seine Bilanz als Arbeitgeber durchwegs positiv: Das Justizdepartement verfügt über das treueste Personal der kantonalen Verwaltung. Mehr sogar: Das Justizdepartement ist als Arbeitsplatz beliebt. Dies zeigt eine kürzlich veröffentlichte Statistik des Zentralen Personaldienstes.

Ein gutes Zeugnis also für Hans Martin Tschudi.

Peter Bochsler, Basel

Witwen mit Kindern nicht schlechter stellen

Ein Teil der 11. AHV-Revision sieht vor, die Witwenrente der Witwerrente anzupassen: Die Witwenrente für Frauen mit Kindern soll gestrichen werden, falls das jüngste Kind vor ihrem 50. Geburtstag 18 Jahre alt ist.

Vidua Schweiz, mit Sitz in Riehen, setzt sich dafür ein, dass die Witwen mit Kindern nicht noch schlechter gestellt werden. Was als Fortschritt zugunsten der Familien gedacht war, soll sich nun mit der 11. AHV-Revision gegen die Frauen und gegen die Jugendlichen auswirken, zu einer Zeit, wo sie vom Schicksal hart getroffen sind.

Es ist eine Tatsache, dass unsere Gesellschaft nicht den wünschbaren Vor-

stellungen der Gleichberechtigung entspricht und die Familienarbeit und Erwerbsarbeit noch nicht mit den gleichen Ellen gemessen wird. Es darf auch nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass die Familienarbeit in der Schweiz noch lange nicht partnerschaftlich geregelt ist. Als Konzession an die noch meist gelebte traditionelle Rolle soll zumindest Witwen, deren jüngstes Kind erst volljährig wird, wenn die Mutter das 50. Altersjahr bereits vollendet hat, die Witwenrente bis zum AHV-Alter weiterbezahlt werden. Aus Gleichstellungsgründen soll dies auch für Witwer gelten.

Verwitwete haben ihr Los nicht selbst gewählt. Den meisten Witwen ist es nicht möglich, plötzlich den gleichen Lohn entsprechend dem Gehalt des verstorbenen Partners zu erhalten, die familiären Pflichten und Aufgaben alleine zu meistern, den schweren Verlust des Partners und Vaters mit den Kindern zu verarbeiten und ihnen einen vernünftigen Start für die Zukunft zu ermöglichen. Der Zustupf der Witwenrente ist in dieser Situation eine Hilfe und darf für verwitwete Frauen mit Kindern nicht gestrichen werden, ausser, die Verwitwete selbst habe ein Lebensstandardsicherndes bzw. besitzerhaltendes Gehalt. Dass Frauen ohne Betreuungsaufgaben heute berufstätig sind, ist ein guter Anfang und ein erster Schritt in Richtung Gleichstellung. Die Struktur der Gesellschaft muss auf allen Ebenen angepasst sein.

In der Regel ist der Mann älter als die Frau; das Alter von 32 Jahren bei der Geburt des jüngsten Kindes ist rascher erfüllt, was somit eine Begünstigung für Witwer ist, und zudem unterläuft dieser Vorschlag das neue Eherecht, das den Partnern die freie Wahl der Rollen innerhalb der Gemeinschaft lässt und Familien- und Berufsarbeit als gleichwertig bezeichnet.

Verwitweten Frauen mit Kindern die Rente zu entziehen, ist äusserst asozial und ist strukturelle Gewalt.

Helen Burkhalter-Kiefer,
Präsidentin Vidua Schweiz, Riehen

PUBLI-REPORTAGE

HANDWERK Ausstellungsraum, Fachgeschäft und Beratung in Riehen

Friedlin AG: Badezimmersausstattungen vom Fachmann



Ursula Humberset, Filialleiterin.

Seit mehr als zwanzig Jahren ist Ursula Humberset bei der Friedlin AG Riehen im Fachgeschäft an der Baselstrasse 55. Sie leitet diese Beratungs- und Verkaufsstelle mit grossem Engagement und verfügt dank ihrer langjährigen Erfahrung über bedeutende Fachkenntnisse im Zusammenhang mit allem, was auf dem Gebiet der Sanitär-Installation anfallen kann. Unzählige Badezimmerausstattungen in Riehen und Umgebung tragen den Stempel des stilsicheren Ge-

schmacks von Ursula Humberset. Viele ihrer Kundinnen und Kunden schauen immer wieder gerne im Geschäft vorbei, um sich die neuen Modelle von Accessoires zeigen zu lassen und sich Ideen zu holen für die Gestaltung ihres Badezimmers. Wir haben Ursula Humberset im Verkaufsgeschäft in Riehen getroffen und gebeten, uns mehr über die Möglichkeiten einer ansprechenden Badezimmergestaltung zu erzählen sowie über die Dienstleistungen, die Friedlin AG Riehen sonst noch bietet.

Was bieten Sie im Fachgeschäft an?

Ursula Humberset: Unsere Firma ist seit über 100 Jahren hier in Riehen als Spenglerei aktiv und bekannt. Neben den vielen Aufgaben, die ein solcher Handwerksbetrieb erfüllt, hat sich die Ausstattung von Badezimmern als besondere Spezialität herausgebildet. Wir beraten unsere Kunden bei der Einrichtung und führen in unserem Sortiment entsprechende attraktive Artikel wie Garnituren, Brausen, Teppiche, Frotteewäsche, auch Küchenartikel usw. Selbstverständlich erhalten Sie bei uns auch Dichtungen, Ersatzteile der verschiedensten Art und eigentlich das Wichtigste: unsere fachmännische Beratung für Stil, Materialien, Montagean-

leitung usw. Ausserdem bieten wir im Unterschied zum Selbstbedienungsge-

Ist Modernisierung des Bades allein durch Accessoires möglich?

Der Badezimmer- und WC-Bereich hat in einem Haus oder einer Wohnung neben der eigentlichen Funktion auch eine repräsentative Aufgabe zu erfüllen. So richtig wohl und wonnig fühlt man sich erst in einem stilvoll eingerichteten Bad. Da können Accessoires wie adäquate Möbel, Teppiche und farblich abgestimmte Frotteewäsche wahre Wunder bewirken. Meine Kundinnen stauen oft, wenn ich ihnen hier im Geschäft die Möglichkeiten erklären und zeigen kann. Aber auch für eine totale Neueinrichtung des Badezimmerbereichs sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.

Wie umständlich ist ein Badezimmer-Neueinbau?

Das A und O dieser baulichen Massnahme ist die Planung, Koordination und Kontrolle. Dazu braucht es viel Erfahrung und gute Verbindungen zu Handwerkern wie Maurern, Malern, Gipsern, Elektrikern. Die Friedlin AG Riehen steht unter gleicher Führung wie der renommierte Sanitär-Installateurbetrieb Schaub AG Basel, mit dem sie sehr eng zusammenarbeitet. Wir unterstützen uns gegenseitig und sind in der Lage, auch grosse Projekte termin- und kostengerecht zu realisieren. Dabei übernehmen wir die Verantwortung als Generalunternehmer. Der Kunde handelt also nur mit uns. So können wir einen kompletten Badezimmer-Neueinbau in zwei Wochen realisieren und zwar «schlüsselfertig» und sauber. Das ist unsere Stärke.

Wohin tendiert die aktuelle Stilrichtung im Bad?

Das hängt sehr vom individuellen

Ästhetikempfinden der einzelnen Personen ab. Sehr begehrt sind heute natürliche Materialien wie Marmor oder andere schöne Natursteine, in Verbindung mit klaren funktionellen Formen bei Armaturen, Möbeln und Einrichtungen. Dazu kommt natürlich die farbliche Ab-

stimmung der Accessoires. Zusammengefasst: Es gibt viele Geschmacksrichtungen, aber wir bieten bei Friedlin AG Riehen auch entsprechend zahlreiche Möglichkeiten und Ideen.

Ein Besuch in unserem Fachgeschäft lohnt sich auf jeden Fall.



Ihr neues Traumbadezimmer in 14 Tagen

Friedlin AG Riehen

Baselstr. 55/57 · 4125 Riehen
Telefon 061-641 15 71

vom Sanitär-Installateur in Riehen
Design- und Fachberatung für saubere und unkomplizierte Ausführung:

Telefon 641 15 71

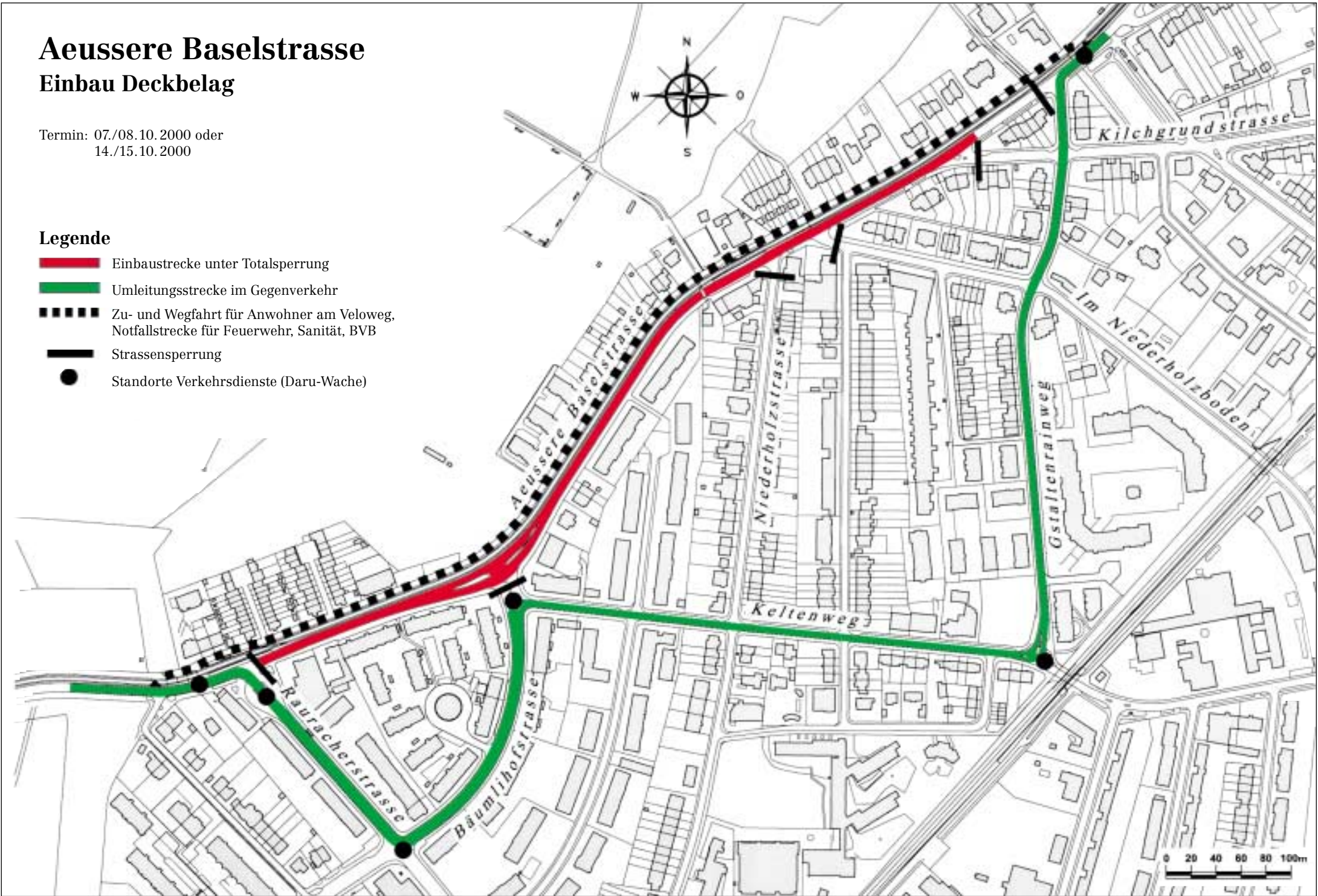
zertifiziert nach ISO 9002
Telefax 061-641 21 15

Sanitäre Installationen · Spenglerei · Kanal- und Rohrreinigung
Kunststoffbedachungen/Schwarzdächer · Reparaturservice

www.friedlin.ch
team@friedlin.ch

TIEFBAU Baustelle Aeussere Baselstrasse

Totalsperrung wegen Einbaus des Deckbelages



Am Wochenende vom 7. und 8. Oktober 2000 findet in der Aeusseren Baselstrasse, Abschnitt Rauracherstrasse bis Kilchgrundstrasse, der Einbau des Deckbelages statt. Während dieser Zeit ist die Strasse für jeglichen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird umgeleitet durch die Rauracherstrasse – Bäumlhofstrasse – Keltenweg – Gstaltnrainweg. Diese Massnahme gewährt, dass die Arbeiten in kurzer Zeit unfallsicher und in bester Qualität ausgeführt werden können. Das Einbaudatum wurde auf ein Wochenende in den Herbstferien gelegt, wo keine Kinder auf dem Schulweg sind und der Verkehr, vor allem der Lastwagenverkehr, geringer ist. Der Gemeinderat hat deshalb dem Vorschlag, der von der Tiefbauabteilung der Gemeindeverwaltung Riehen im Einvernehmen mit dem Tiefbauamt des Baudepartements Basel-Stadt sowie der Verkehrsabteilung ausgearbeitet worden ist, zugestimmt.

- Ablauf der Arbeiten**
 - Bis Freitag, 6. Oktober, Abschluss der Vorbereitungsarbeiten.
 - Samstag, 7. Oktober, ab 5.30 Uhr Totalsperrung, Belageeinbau.
 - Sonntag, 8. Oktober, Auskühlung des Belages und Strassenmarkierungen, ab 17 Uhr Aufhebung der Totalsper-

- rung.
- Ab Montag, 9. Oktober, bis Freitag, 20. Oktober, Versetzen der Schachdeckel. Diese Arbeiten werden unter Verkehr und mit Hilfe des Verkehrsdienstes der Daru-Wache ausgeführt.

Verschiebedatum
Der Einbau des Deckbelages kann nur bei trockenem Wetter erfolgen. Sollte infolge schlechten Wetters der Einbau des Deckbelages am Samstag, 7. Oktober, nicht möglich sein, so wird er um einen Tag, also auf den Sonntag, 8. Oktober, verschoben. Dann wird der Verkehr am Montag, 9. Oktober, 5.30 Uhr auf der Aeusseren Baselstrasse freigegeben. Die Markierungsarbeiten und das Versetzen der Deckel werden ab Montag, 9. Oktober, unter Verkehr ausgeführt.
Ein weiteres Verschiebedatum ist eine Woche später, Samstag/Sonntag, 14./15. Oktober. Haben wir auch an diesem Wochenende Wetterpech, so wird der Einbau des Deckbelages der Aeusseren Baselstrasse endgültig auf das Jahr 2001 verschoben.

Umleitung durch Tempo-30-Zone
Der Verkehr wird am Samstag, 7. Oktober, 5.30 Uhr bis Sonntag, 8. Okto-

ber, 17 Uhr durch die Rauracherstrasse – Bäumlhofstrasse – Keltenweg – Gstaltnrainweg im Gegenverkehr umgeleitet. In den Strassen Keltenweg und Gstaltnrainweg ist absolutes Parkverbot (auch in den Parknischen). Die Kosten für das Abschleppen von Fahrzeugen gehen zu Lasten des Besitzers (Achtung, Ferienzeit!). Die Zufahrt zu den Liegenschaften und Garagen ist jederzeit möglich. Auch gilt in den Strassen Keltenweg und Gstaltnrainweg Tempo 30. Die Verkehrsampeln an den Kreuzungen und Fussgängerstreifen werden auf Blinken gestellt. Bei den neuralgischen Punkten (siehe Übersichtsplan) wird der Verkehr durch den Verkehrsdienst der Daru-Wache geregelt.

Veloweg als Notfallroute
Ebenfalls von Samstag, 7. Oktober, ab 5.30 Uhr bis Sonntag, 8. Oktober, 17 Uhr wird der Veloweg zwischen der BVB-Haltestelle Habermatten und der Burgstrasse für die Polizei, Sanität, Feuerwehr und BVB als Notfallroute reserviert. Auch auf diesem Streckenabschnitt ist während dieser Zeit absolutes Parkverbot. Die Kosten für das Abschleppen von Fahrzeugen gehen zu Lasten des Besitzers (Achtung, Ferienzeit!). Die Zufahrt zu den Liegenschaften und Garagen ist jederzeit möglich.

Signalisation und Sperrung von Strassen
In den Strassen Keltenweg, Gstaltnrainweg und auf der Notfallroute werden ab 29. September die Parkverbotsampeln installiert. Während der Umleitung werden zusätzlich im Keltenweg und Gstaltnrainweg Tempo-30-Tafeln aufgestellt.
In den folgenden Strassen muss von Samstag, 7. Oktober, ab 5.30 Uhr bis Sonntag, 8. Oktober, 17 Uhr mit folgenden Verkehrseinschränkungen gerechnet werden:

Aeussere Baselstrasse, Abschnitt Rauracherstrasse bis Kilchgrundstrasse: Die Strasse ist für jeglichen Verkehr gesperrt. Die Zu- und Wegfahrt zu den Liegenschaften und Garagen ist während dieser Zeit nicht möglich. Die Zufahrten zu den gewerbetreibenden Geschäften können via die Seitenstrassen erfolgen.
Kilchgrundstrasse: Bei der Kreuzung Kilchgrundstrasse/Gstaltnrainweg wird die Stoppstrasse umgekehrt. Die Einmündung der Kilchgrundstrasse in die Aeussere Baselstrasse ist gesperrt. Der Abschnitt Gstaltnrainweg bis Einmündung Aeussere Baselstrasse ist Sackgasse, die Zufahrt für Anwohner ist gestattet.

Im Niederholzboden: Die Einmündung Im Niederholzboden in die Aeussere Baselstrasse ist gesperrt.
Niederholzstrasse: Der Abschnitt Keltenweg bis Aeussere Baselstrasse wird als Sackgasse gekennzeichnet und ist im Gegenverkehr befahrbar. Die Ausfahrt von der Niederholzstrasse in die Aeussere Baselstrasse ist gesperrt.
Bäumlhofstrasse: Die Einmündung der Bäumlhofstrasse in die Aeussere Baselstrasse ist gesperrt.
Veloweg: Die Zufahrt zu den Liegenschaften am Veloweg zwischen der Burgstrasse und der BVB-Haltestelle Habermatten ist von beiden Seiten her möglich. Hingegen ist das Parkieren auf dem Veloweg strengstens verboten.

Dank an alle im Voraus
Die Tiefbauabteilung der Gemeindeverwaltung Riehen dankt der Bevölkerung, im Speziellen den direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern an der Aeusseren Baselstrasse und an der Umleitungsroute, für das Verständnis dieser Arbeiten. Alle Beteiligten werden sich dafür einsetzen, dass auch der letzte Arbeitseinsatz der Grossbaustelle speditiv und unfallfrei über die Bühne gehen wird.
Gemeindeverwaltung Riehen, Abteilung Tiefbau



Mit dem Einbringen des Deckbelages geht die langwierige Bauzeit an der Aeusseren Baselstrasse – hier ein Bild von Ende Juni dieses Jahres – zu Ende. Danach soll der Verkehr endlich wieder ohne Behinderungen und Staus rollen. Foto: RZ-Archiv

Grossratswahlen vom 20. bis 22. Oktober 2000

Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) Liste 1



Gabrielle Bodenschatz-Schmid, 1959, Juristin



Helen Burkhalter, 1937, selbstständig



Christine Goetschy, 1964, Juristin, Einwohnerrätin



Walter Grosche, 1964, Eidg. dipl. Bankfachmann



Christine Locher-Hoch, 1947, Krankenschwester



Bruno Mazzotti, 1942, Unternehmer



Urs Mumenthaler, 1960, Wirt, Präsident VRD



Thomas Schneider=Marfels, 1944, Musiker



René Schmidlin, 1948, dipl. Ing. ETH, bisher



Marcel Schweizer, 1960, Gärtnermeister, Einwohnerrat



Matthias Spielmann, 1962, Verwalter Gemeindespital



Susanne Thoma, 1962, Chemikerin



Fritz Weissenberger, 1938, dipl. Ing. ETH, Gemeinderat, bisher

Liberal-Demokratische Partei (LDP) Liste 3



Bartolino Biondi, 1958, lic. rer. pol., Präs. Verkehrsverein



Peter Blome, 1948, Prof. Dr. phil., Direktor Antikenmuseum



Ruth Bürgenmeier, 1968, Sekretärin



Simone Forcart, 1945, Einwohnerrätin, Bürgerrätin



Maria Iselin-Löffler, 1946, Juristin, Gemeinderätin, bisher



Christine Krebs, 1947, selbstständige Grafikerin



Laurenz Schmid, 1940, Spezialarzt FMH



Claudia Schultheiss, 1965, Juristin, Familienfrau



Cornelia Schultze, 1958, Juristin, parteilos



Gaston Schweizer, 1955, Schreinermeister



Theo Seckinger, 1940, Bauunternehmer, Einwohnerrat, bisher



Thomas Strahm, 1957, Bankkaufmann, Präsident LDP Riehen



Peter Zinkernagel, 1942, dipl. Architekt ETH/SIA, bisher

Verein. evang. Wählerinnen und Wähler (VEW) Liste 4



Katrin Amstutz-Betschart, 1967, Sprachlehrerin, Junge VEW



Christine Kaufmann, 1968, Dr. vet., Junge VEW, bisher



Elisabeth Zahnd-Beck, 1958, Kinderkrankenschwester



Margret Oeri, 1951, Leiterin Tagesheim «zum Wendelin»



Willy Graf, 1961, dipl. Hotelier SIU



Kaspar Gut, 1933, alt Gemeindeförster, bisher



Claude Kaiser, 1971, kaufm. Angestellter, Junge VEW



Zsolt Kubecska, 1966, Verwalter Klinik «Sonnenhalde»



Angelika Lütolf, 1954, Psychologin/Supervisorin



David Moor, 1967, Kaufmann, Junge VEW



Annemarie Pfeifer, 1954, Publizistin, Einwohnerrätin



Matthias Schmutz, 1955, Betriebsökonom, Einwohnerrat



Roland Stettler, 1959, Dr. med., Internist/Psychiater

Sozialdemokratische Partei (SP) Liste 5



Yolanda Cadalbert, 1947, Journalistin, bisher



Roland Engeler-Ohnemus, 1956, Berufsschullehrer



Irene Fischer, 1946, Primarlehrerin, Präsidentin Einwohnerrat



Oliver Jenni, 1971, Finanzcontroller



Maria Jurkovic, 1969, Historikerin, Sozialberaterin



Christian Klemm, 1970, Kleinunternehmer, bisher



Roland Lötscher, 1956, Historiker, Gymnasiallehrer



Michael Martig, 1962, Physiotherapeut, Einwohnerrat



Ruth Schuler, 1952, Aktivierungstherapeutin



Ursula Stucki, 1957, Juristin, Verfassungsrätin, Einwohnerrätin



Niggi Tamm, 1956, Jurist/Advokat, Gemeinderat, bisher



Lilian Tobler, 1977, Studentin



Guido Vogel, 1962, Dr. phil. Nat., Biosicherheitsinspektor

Junges Basel (JB) Liste 6



Stefanie Baumann, 1980, Direktionssekretärin



Conradin Cramer, 1979, Jus-Student



Arnaud de Montmolin, 1978, Wirtschaftsstudent



Magdalena Filipowicz, 1979, Medizinstudentin



Marc Flückiger, 1981, Schüler



Andreas Forcart, 1979, Schreiner parteilos



Barbara Gloor, 1977, Jus-Studentin, parteilos



Mathis Hafner, 1976, Jus-Student/Lehrer, parteilos



Valentin Handschin, 1977, Wirtschaftsstudent, parteilos



Moritz Näf, 1973, Jurist



Benjamin Thoma, 1979, Elektromonteur



Philipp Voellmy, 1981, Schüler



Dominique Widmer, 1976, Polizeibeamter

RZ-WAHLJOURNAL

Die Riehener Kandidatinnen und Kandidaten

Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) Liste 7



Antonia Biedermann, 1952, Autofahrlehrerin



Beatrice Brenneisen, 1951, Richterin Strafgericht



Beat Fankhauser, 1956, dipl. Steuerexperte, Einwohnerrat



Marie-Thérèse Füglistner, 1951, Damenschneiderin



Kurt Haller, 1948, Personalberater RAV



René Hug, 1960, dipl. Spenglermeister



Marlis Jenni-Egger, 1957, Fachlehrerin



Peter Keller, 1952, dipl. Hochbautechniker, Einwohnerrat



Marlis Meyer-Betschart, 1948, Krankenschwester



Beat Nyffenegger, 1956, Elektroingenieur HTL



Esther Nyffenegger, 1958, Mitarbeiterin der G.A.W.



Jürg Toffol, 1958, dipl. Architekt ETH/SIA



Rolf von Aarburg, 1953, Arzt

Grüne/BastA!/Frauenliste Basel Liste 8



Rita Altermatt, 1961, Juristin, Einwohnerin Grüne



Priska Arnold, 1960, Physiotherapeutin, Frauenliste



Markus Diefenbach, 1968, dipl. Lebensmittellingen., Grüne



Inge Diethelm, 1932, Mineralogin, Frauenliste



Marianne Hazenkamp-von Arx, 1969, Chemikerin, Grüne



Ruedi Herbst, 1949, dipl. Erwachsenenbildner, parteilos



Madeleine Imhof, 1960, Geografin, Frauenliste



Margrit Jungen, 1934, parteilos



Elisabeth Rodriguez-Rohner, 1939, Frauenliste



Hans Schäppi, 1942, Gewerkschaftssekretär, BastA!



Robert Strittmatter, 1945, Dr. phil., BastA!



Fabienne Thomas, 1979, Studentin, Grüne



Markus Weber, 1957, Sozialarbeiter, BastA!

Demokratisch-Soziale Partei (DSP) Liste 11



Hans Bigler, 1957, Revisor Zollverwaltung



Markus Bittel, 1951, Dr. med., Kinderchirurg, Einwohnerrat



Herbert Büchler, 1958, Grenzwächter



Christian Heim, 1958, Grundbuchverwalter



Daniel Kummer, 1960, Polizeibeamter



Mark Kupferschmid, 1933, Pensionär



Hansruedi Lüthi, 1943, Grenzwachtabschnittschef, bisher



Walter Maeschli, 1944, Ökonom



Susanne Merkel, 1967, Verkaufsleiterin



Robert Saladin, 1936, alt Gemeindeweibel



Susanne Trächslin, 1960, Kinderkrankenschwester



Christine Zacher, 1960, Hausfrau



Berta Zuber, 1953, kaufm. Angestellte

Schweizer Demokraten (SD) Liste 9



Marco Lang, 1977, Elektromechaniker, parteilos



Peter Schmid, 1938, Chefmonteur, parteilos



Paul Tschudin, 1927, pens. Laborant, parteilos



Paul Wolpert, 1934, pens. Lehrer

Schweizerische Volkspartei (SVP) Liste 12



Oliver Egger, Informatiker/Journalist 1972



Alexander Köhli, 1955, Sektionschef Kreiskommando



Marc Meyer, 1954, Lehrer, Volkswirtschaftler



Rolli Moser-Thoma, 1942, Chemiker



Daniela Schmidlin-Wirth, 1955, Medizin. Praxisassistentin



Jürg Schmidlin, 1948, Zahntechniker

Wahljournal der Riehener-Zeitung

Nicht weniger als 114 Kandidatinnen und Kandidaten auf 10 Parteilisten bewerben sich bei den kommenden Grossratswahlen vom 20. bis 22. Oktober um einen der 13 Sitze des Wahlkreises Riehen im Kantonsparlament. Auf dieser Doppelseite stellt Ihnen die Riehener-Zeitung sämtliche Bewerberinnen und Bewerber nach Parteien geordnet mit Bild und einer Kurzbiografie vor.

Um einen der 7 Sitze in der baselstädtischen Exekutive bewerben sich 13 Kandidatinnen und Kandidaten, darunter alle bisherigen Amtsinhaberinnen und -inhaber. In einer ersten Interviewserie – die zweite folgt in der RZ-Ausgabe vom kommenden Freitag – nehmen 7 Regierungsratskandidatinnen und -kandidaten zu wichtigen politischen Fragen Stellung (Seiten 20/21/22/23). Ebenfalls in dieser RZ-Ausgabe (Seiten 23/24/25/26) finden Sie ein Kurzinterview mit je einem Repräsentanten bzw. einer Repräsentantin aller Riehener Parteien.

Zudem stellen wir Ihnen mit dem bisherigen Grossrat Hanspeter Kiefer (VEW) und seinem Gegenkandidaten Stefan Hofer von der PdA die beiden Kandidaten für den einzigen Bettinger Sitz im Kantonsparlament vor (Seite 26). Die Rubrik «Die Parteien zu den Wahlen» (Seiten 12/13) ergänzt das umfangreiche RZ-Wahljournal.

Der siebenköpfige baselstädtische Regierungsrat wird im Majorzverfahren, der Grosse Rat im Proporzverfahren gewählt.

Ein allfälliger zweiter Regierungsrats-Wahlgang – und ein solcher ist sehr wahrscheinlich – findet am Wochenende vom 24.–26. November statt.

Jörg Schild, FDP, bisher



Jörg Schild (*1946), Schulen in Basel und Liestal, Studium der Jurisprudenz; 1979–89 Staatsanwalt Basel-Stadt, ab 1982 Leiter des Betäubungsmitteldezernates; 1989–92 Leiter Zentralstelle der Bundesanwaltschaft, Bern; 1992 Wahl in den Regierungsrat.

RZ: Herr Schild, wie sieht Ihre persönliche Bilanz der vergangenen vier Jahre als Polizei- und Militärdirektor aus?

Jörg Schild: Positiv beurteile ich die Entwicklung in der kantonalen Ausländerpolitik mit der Erarbeitung unseres Integrationsleitbildes, das nach anfänglicher Skepsis heute auch in liberal denkenden bürgerlichen Kreisen als sinnvoll und notwendig anerkannt wird. Jetzt geht es darum, dieses Leitbild umzusetzen, was aber ein längerer Prozess sein wird. Ich habe durchaus Verständnis für die Skepsis von Teilen der Kleinbasler Bevölkerung hinsichtlich der Wirksamkeit des Leitbildes und der damit verbundenen Massnahmen. Deshalb müssen wir noch stärker kommunizieren, dass Integration erstens keine Einbahnstrasse, sondern ein Geben und ein Nehmen ist, und dass wir zweitens jene Zugezogenen, die sich partout nicht an unsere gesellschaftlichen Spielregeln

halten wollen, wirklich wieder weg-schicken. Dass wir davor nicht zurückscheuen, können wir im Übrigen mit Zahlen belegen.

Erfreut bin ich weiter über die Abschaffung der Billettsteuer, wofür ich mich persönlich sehr engagiert habe und was für den Standort Basel ein wichtiger Schritt war. Weiter haben wir departementsintern das Konzept «4plus» mit der Neugestaltung der Bezirkswache Kleinbasel, dem Umbau des Polizeipostens Horburg und der Einführung des «Community Policing» erfolgreich umgesetzt.

Belastend waren für mich hingegen die Konflikte zwischen Polizeikommando und Polizeikorps. Immerhin ergab sich so die Gelegenheit, die Führungsstruktur und das Führungsverhalten innerhalb der Polizei einmal genau unter die Lupe zu nehmen. Hingegen ist es uns bedauerlicherweise noch nicht gelungen, die Löhne vor allem der jüngeren Polizistinnen und Polizisten auf ein im interkantonalen Vergleich konkurrenzfähiges Niveau anzuheben.

Eine Enttäuschung für mich war schliesslich die Art und Weise, wie der negative Entscheid des Gesamtregierungsrates zur Sanierung des Schiessplatzes Allschwilerweiher zustande gekommen ist.

Wie beurteilen Sie die Sicherheitslage im Kanton Basel-Stadt und inwiefern hat sich die Situation in den letzten Jahren positiv oder negativ verändert?

Im Vergleich mit anderen Städten leben wir hier in Basel sicher. Das sage ich nicht nur als Polizeidirektor, sondern auch als ehemaliger Staatsanwalt. Es besteht aber eine auffällige Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Situation und deren subjektiver Wahrnehmung in Teilen der Bevölkerung. Allerdings sind zum Beispiel vor etwa zwei Jahren die Sicherheitsprobleme im Kleinbasel masslos übertrieben dargestellt worden. Das wird mir immer wieder auch von Leuten bestätigt, die schon seit vielen Jahren dort leben. Die sicher ernst zu nehmenden Ängste in der Be-

völkerung wurden und werden von gewissen politischen Kreisen immer wieder geschickt geschürt. Dass im Kleinbasel in gewissen Bereichen immer noch ein Sicherheitsdefizit besteht, ist mir durchaus bewusst. Und ebenso klar ist, dass wir in einigen Quartieren punkto Sauberkeit nicht eben eine Vorzeigestadt sind. Ich möchte aber davor warnen, immer dann nach der Polizei zu rufen, wenn man in der Politik nicht mehr weiter weiss.

Wo sehen Sie im Bereich «Sicherheit» derzeit den grössten Handlungsbedarf?

Mit der bereits in Angriff genommenen personellen Verstärkung des Polizeikorps werden wir mittel- und längerfristig unsere Präsenz in den Quartieren verbessern können, was sich sicher positiv auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auswirken wird. Voraussetzung ist allerdings, dass wir die vom Ausmass her tatsächlich alarmierende Abwanderung in Polizeikorps anderer Kantone mit konkurrenzfähigen Löhnen stoppen können. Eine unabhängige Expertengruppe arbeitet derzeit an einer entsprechenden Studie, deren Ergebnisse bis Ende dieses Jahres vorliegen sollten.

Auch in Riehen hört man immer wieder Klagen über eine mangelnde Polizeipräsenz und darüber, dass gewisse Aufgaben wie etwa regelmässige Geschwindigkeitskontrollen oder die Kontrolle des ruhenden Verkehrs nur ungenügend wahrgenommen würden. Wäre es für Sie denkbar, gewisse polizeiliche Aufgaben zu kommunalisieren oder gar im Auftragsverhältnis zu privatisieren?

Es ist mir ein Anliegen, möglichst viele Aufgaben, für deren Erfüllung kein ausgebildetes Polizeipersonal nötig ist, zu delegieren. Dabei gibt es aber natürlich gewisse Grenzen, etwa in jenen Bereichen, bei denen hoheitliches Handeln vorgeschrieben ist. Falls aber in anderen Gemeinden positive Erfahrungen mit solchen Aufgabendelegationen gemacht werden, wäre ich für einen Versuch durchaus zu haben. Es stellt sich allerdings schon die Frage, wie es um die Akzeptanz einer solchen Massnah-

me innerhalb der Bevölkerung bestellt ist, wenn zum Beispiel Bussenzettelnicht mehr von Polizeiangehörigen verteilt werden. Denn eine Nichtakzeptanz würde mit Sicherheit die ohnehin schon zahlreichen Einsprachen gegen das Bussenregime nochmals deutlich erhöhen. Insofern ist dies ein zweischneidiges Schwert.

Was halten Sie von einer Privatisierung des Strafvollzuges?

Das kann ich mir hingegen sehr gut vorstellen, natürlich verbunden mit einem klaren Leistungsauftrag.

Trotz zahlreichen Bemühungen des Regierungsrates hält der Bevölkerungsschwund im Kanton Basel-Stadt unvermindert an. Glauben Sie, dass sich mit Massnahmen wie dem Integrationsleitbild, der «Werkstadt Basel», dem Projekt «5000 Wohnungen für Basel» usw. die Abwanderung mittel- und längerfristig stoppen lässt?

Ich gehe nicht davon aus, dass der Kanton Basel-Stadt in absehbarer Zeit wieder fast eine Viertelmillion Einwohnerinnen und Einwohner zählen wird. Ich glaube aber schon, dass wir mit den nun eingeleiteten Massnahmen Leute zurückholen oder zum Bleiben im Kanton motivieren können – vor allem Personen, die einst wegen ihrer Kinder aus der Stadt weggezogen sind und jetzt – da ihre Kinder ausgeflogen sind – die Attraktivität der Stadt wieder neu zu schätzen wissen. An einer Tatsache kommen wir allerdings nicht vorbei, auch wenn wir noch so lange in der «Werkstadt Basel» werkeln. Unser Kanton ist nun mal nur 37 Quadratkilometer gross. Und in diesen engen Grenzen bedeutet der Wunsch nach einem Wohnort im Grünen im Gegensatz zu anderen Schweizer Städten fast automatisch einen Kantonswechsel. Ich glaube, dass sich die Bevölkerungszahl in unserem Kanton langfristig irgendwo zwischen 180'000 und 200'000 einpendeln wird.

Grundsätzlich müssen wir die Rahmenbedingungen – etwa in den Bereichen Verkehr und Sauberkeit – so verbessern, dass Hauseigentümer insbesondere im Kleinbasel motiviert werden, in die Erhaltung ihrer Liegenschaften zu investieren und wir somit in den

Problemquartieren wieder eine bessere Durchmischung von einheimischer und zugezogener Bevölkerung erreichen.

Die Umsetzung des Integrationsleitbildes und damit eine Trendwende bei der Abwanderung kann aber nicht nur Sache des Polizeidepartementes sein. Eine ganz wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt der Erziehungs- und Schulbereich. Wenn sich zum Beispiel die Verfechter des obligatorischen Deutschunterrichtes darüber aufregen, dass türkische Kinder in der Schule teilweise in ihre Muttersprache unterrichtet werden sollen, dann muss ich denen entgegenhalten: Es ist zwar sicher richtig, dass diese Kinder richtig Deutsch lernen. Aber die Fachleute sind sich ebenso einig, dass ein Kind, das eine Fremdsprache erlernen soll, zuerst die eigene Muttersprache beherrschen muss.

Insbesondere die Basler SVP übt immer wieder scharfe Kritik am Integrationsleitbild. Könnten Sie sich unter dieser Voraussetzung eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem SVP-Regierungsratskandidaten Thomas Bucheli überhaupt vorstellen?

Ich kenne Herrn Bucheli nicht persönlich. Angesichts seines beruflichen Werdegangs wäre ich allerdings erstaunt, wenn ihm nicht an einer guten Integrationspolitik gelegen wäre.

Die Beteuerungen des Regierungsrates, wie wichtig ihm die Autonomie der beiden Landgemeinden sei, wird in Riehen und Bettingen oft als blosses Lippenbekenntnis empfunden. Wie stark gewichten Sie selbst bei Ihren Entscheidungen den Aspekt der Gemeindeautonomie?

Im Laufe meiner Regierungstätigkeit hat sich mein Blickwinkel in dieser Frage sicher verändert. In meinem Departement bin ich allerdings weniger von Fragen im Zusammenhang mit der Gemeindeautonomie betroffen als einige meiner Regierungsratskolleginnen und -kollegen. Was aber zum Beispiel den Umbau des Riehener Polizeipostens betrifft, so denke ich, dass wir hier im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft mit der Gemeinde eine gute Lösung gefunden haben.

Interview: Dieter Wüthrich

Barbara Schneider, SP, bisher



Barbara Schneider (*1953), Schulen in Basel, Studium der Jurisprudenz; 1982–87 Beratungsstelle «Neustart»; 1987–92 Adjunktin Erziehungsdepartement Abteilung Kultur; 1992–97 Leiterin Abteilung «Städtische Aufgaben» Christoph Merian Stiftung; 1980–88 Grossrätin; 1996 Wahl in den Regierungsrat.

RZ: Frau Schneider, welches sind die wichtigsten Ziele, die Sie in den vergangenen vier Jahren erreicht haben und welches sind die wichtigsten Punkte auf Ihrer Pendenzenliste?

Barbara Schneider: Meine bisherige Amtszeit war zunächst einmal geprägt von grossen Bauvorhaben wie etwa die Nordtangente oder das «Euroville»-Projekt beim Bahnhof. Ich bin befriedigt und auch dankbar, dass alle diese Projekte bisher sowohl zeitlich als auch kostenmässig im vorgegebenen Rahmen liegen. Das ist bei so grossen Vorhaben nicht unbedingt selbstverständlich.

Weiter konnten in der zu Ende gehenden Legislaturperiode drei wichtige Gesetzesvorlagen verabschiedet werden: zum einen das wegweisende Energiegesetz, das den bisherigen fortschrittlichen Kurs unseres Kantons im Energiebereich weiter fortgeschrieben.

Zum zweiten möchte ich das neue Bau- und Planungsgesetz nennen, das sowohl für die Bauherrschaft wie für die Verwaltung wichtige neue Grundlagen und Eckpfeiler bringt. Und schliesslich konnten wir auch das neue Beschaffungsgesetz, das mit Blick auf den internationalen Wettbewerb wichtige Neuerungen bringt, ebenfalls ohne Referendum durchbringen. Mit dem «Aktionsprogramm Stadtentwicklung» konnten wir schliesslich aufzeigen, wie wir zusammen mit der Bevölkerung eine Verbesserung des Wohnumfeldes erreichen wollen.

Schwieriger war der Umgang mit konzeptionellen, programmatischen Projekten wie etwa dem Verkehrsplan. Es ist uns noch nicht optimal gelungen, die Ziele einer solchen zukunftsgerichteten Verkehrspolitik gegenüber der Bevölkerung und verschiedenen Interessengruppen so zu kommunizieren, wie ich mir das eigentlich gewünscht hätte.

Was würden Sie angesichts der teilweise lautstark geäusserten Kritik am Verkehrsplan im Rückblick anders machen?

Ich würde versuchen, zuerst die Ziele des Verkehrsplans in einem kleinen, definierten Kreis von Verkehrsexpertinnen und -experten zu erarbeiten, bevor dann die konkreten Massnahmen in einer breiten öffentlichen Vernehmlassung diskutiert werden. Gerade von jenen Verbänden, die den Verkehrsplan am heftigsten kritisieren, hätte ich mir allerdings eine fachlich fundiertere Beteiligung am Vernehmlassungsverfahren gewünscht als nur gerade eine Stellungnahme auf einem A4-Blatt. Im Gegensatz dazu hat sich mancher kleine Quartierverein mit einer mehrseitigen differenzierten Stellungnahme und mit einer oft erstaunlichen Fachkompetenz in Verkehrsfragen an der Diskussion beteiligt.

Sie gehören einer Partei an, die sich einst kritisch und ablehnend zum Bau der Nordtangente geäussert hat. Haben Sie selbst Ihre Haltung zu diesem Projekt geändert?

Ich stehe dazu, dass ich eine Gegne-

rin der Nordtangente war. Heute gehört es aber zu meinen Aufgaben, einen Volksentscheid, der vor meiner Regierungszeit gefällt worden ist, auszuführen. Jetzt geht es vor allem darum, die gegenüber der betroffenen Quartierbevölkerung im Kleinbasel und im St. Johann gemachten Versprechungen in Bezug auf die Verkehrsentslastung ohne Abstriche einzulösen. Ich bin allerdings nach wie vor der Meinung, dass der Bau der Nordtangente einige hundert Meter rheinabwärts wesentlich einfacher, günstiger und mit geringeren Belastungen für die Anwohnerschaft hätte realisiert werden können.

Ein Strassenbauprojekt, das vor allem die Gemüter in Riehen bewegt, ist die Zollfreistrasse. Ist deren Bau aus Ihrer Sicht tatsächlich nur noch eine Frage der Zeit?

Ja, davon bin ich überzeugt. Ich gehe aber mit dem Riehener Gemeinderat einig, der in seinem kürzlich veröffentlichten Leitbild eine möglichst umweltschonende Linienführung der Zollfreistrasse fordert. Im Baudepartement sind wir im Moment daran, das letzte Bauprojekt aus den 90er-Jahren nochmals zu prüfen. Die Kompetenz für den Bau der Strasse liegt aber bekanntlich bei unseren deutschen Nachbarn. Wir erwarten allerdings, dass der umstrittene Anschluss Hammerstrasse auf deutscher Seite tatsächlich gebaut wird. Die deutsche Seite hat uns zugesichert, dass sie diesen Anschluss bauen wird. Ob er allerdings genau dort zu liegen kommt, wo er ursprünglich geplant war, steht meines Wissens noch nicht definitiv fest.

Nach wie vor und trotz verschiedenen Bemühungen im Bereich «Stadtentwicklung» leidet unser Kanton an einer Bevölkerungsabwanderung. Glauben Sie, dass dieser Entwicklung mit den in der zu Ende gehenden Legislaturperiode ergriffenen Massnahmen Einhalt geboten werden kann?

Die baulichen Stadtentwicklungsmassnahmen sind das eine, um aufzuzeigen, dass der Kanton Basel-Stadt mit seinen beiden Landgemeinden ein attraktiver Lebens- und Arbeitsort ist. Und ich bin davon überzeugt, dass diese Massnahmen greifen werden. Im Ge-

gensatz zu anderen Schweizer Städten haben wir aber in unserem Kanton das Handicap, dass unsere geografischen Grenzen nicht unserer Lebenswirklichkeit entsprechen. Es wird deshalb in Zukunft darum gehen, unter anderem mit dem Projekt «Trinationale Agglomeration Basel» die Planung zum Beispiel in den Bereichen Städtebau, Verkehr und Infrastruktur mit unseren Nachbarn dies- und jenseits der Landesgrenze zu koordinieren.

Im Übrigen war ich immer eine Anhängerin der Wiedervereinigung mit Baselland. Eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Kantone ist aus meiner Sicht für beide Seiten lebensnotwendig. Und ich bin davon überzeugt, dass wir unsere kleinräumige Aufteilung in Stadtkanton und Landkanton noch zu unseren Lebzeiten überwinden werden.

In den letzten Jahren ist von gewissen politischen Kreisen immer wieder die Forderung nach einer teilweisen oder vollständigen Privatisierung von staatlichen Betrieben erhoben worden: Welche Vor- und Nachteile hätte zum Beispiel eine Privatisierung der IWB?

Meine Aufgabe ist es, zusammen mit den IWB-Verantwortlichen auf eine neue Herausforderung, die Liberalisierung des Strommarktes, zu reagieren. Die Frage ist doch, ob die IWB als städtische und regionale Energieversorger auf der heutigen, finanziell gesunden Basis im europäischen Energieversorgungsmarkt bestehen können. Im Moment sind wir – nicht zuletzt aufgrund einer entsprechenden Motion im Grossen Rat – daran, abzuklären, welche Rechtsform – ob öffentlich-rechtliche Anstalt oder privatrechtliche Aktiengesellschaft – für die IWB am sinnvollsten ist. Ich lehne eine Privatisierung sicher nicht a priori ab, aber dass ein solcher Schritt nicht unproblematisch ist, haben wir ja am negativen Beispiel der Zentralwäscherei erlebt.

In den beiden Landgemeinden ist immer wieder einmal das Unbehagen zu spüren, dass Riehen und Bettingen von Regierungsrat und Grosse Rat als «quantité négligeable» behandelt werden. Welchen Stellenwert messen Sie in Ihrer täglichen Departements-

arbeit der Autonomie der beiden Landgemeinden bei?

Ich kann mich voll und ganz hinter das neue Bau- und Planungsgesetz stellen, mit dessen Inkrafttreten per 1. Januar 2001 die Gemeindeautonomie von Riehen und Bettingen in einem ganz wesentlichen Bereich gestärkt wird. Und ich bekenne mich ebenso klar zur Stauraumautonomie der beiden Landgemeinden. Zwischen meinem Departement und der Gemeinde Riehen gab es in dieser Legislaturperiode einen Konfliktpunkt um das zusätzliche Spielfeld auf dem Sportplatz Grendelmatte. Grundsätzlich sehe ich durchaus die Notwendigkeit eines solchen zusätzlichen Spielfeldes, aber in diesem konkreten Fall mussten wir dem Schutz des Grundwassers eine höhere Priorität einräumen. Ich denke aber, dass es in Riehen durchaus noch andere Standorte für ein solches zusätzliches Spielfeld gibt. Ich registriere zwar hin und wieder, dass die Riehener Delegation im Grossen Rat das Verhalten des Kantons als obrigkeitlich empfindet. Ich persönlich allerdings erlebe die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und seinen Landgemeinden als vorbildhaft.

In diesem Zusammenhang möchte ich doch auch auf das neue Leitbild der Gemeinde Riehen hinweisen, das ja Ausdruck eines durchaus gesunden Selbstbewusstseins ist.

Wie haben Sie in den letzten vier Jahren die Zusammenarbeit im Regierungsrat erlebt?

Die Zusammenarbeit war sehr erfreulich, zumal die parteipolitisch gefärbte Auseinandersetzung in der Regierungsratsarbeit ja kein zentrales Element ist. Ich würde gerne in dieser Zusammensetzung weiterarbeiten.

Möchten Sie im Fall Ihrer Wiederwahl das Baudepartement behalten oder liebäugeln Sie mit einem Departementswechsel?

Ich will sehr gerne meine Arbeit im Baudepartement weiterführen. Denn zum einen sind vier Jahre eine kurze Zeit und zum anderen gibt es für das Baudepartement insbesondere im Bereich Stadtentwicklung noch viel zu tun.

Interview: Dieter Wüthrich

RZ-Wahljournal

Christoph Eymann, LDP



Geboren 1951; Jurist. Seit 1984 Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt; 1984–95 Grossrat; seit 1991 Nationalrat; Präsident «Brot für alle», 2 Kinder, verheiratet.

RZ: Herr Eymann, welches waren Ihre Beweggründe, sich nach Jahren in der nationalen Politik jetzt als Regierungsratskandidat zur Verfügung zu stellen?

Christoph Eymann: Die 16 Jahre Erfahrung mit und für das Gewerbe in Basel, Riehen und Bettingen waren für mich eine phantastische Lehrzeit. Daneben sitze ich nun seit 9 Jahren im Nationalrat und habe in dieser Zeit erlebt, dass immer mehr Gesetze in den Kantonen und Gemeinden vollzogen werden müssen, die auf Bundesebene beschlossen wurden oder sogar auf supranationale Verpflichtungen zurückgehen. Es reizt mich sehr, meine beruflichen und parlamentarischen Erfahrungen nun auf ein Exekutivamt im Kanton zu konzentrieren.

Ihre Nomination ist ja in bürgerlichen Kreisen und insbesondere in der Schwesterpartei FDP nicht nur mit Begeisterung aufgenommen worden. Sie seien zu wenig bürgerlich, lautete

eine Kritik. Was sagen Sie zu diesen Vorbehalten und wie definieren Sie selbst den Begriff «bürgerliche Politik»?

Diese Kritik kam von einigen wenigen Personen, die eben eine andere Vorstellung von bürgerlicher Politik haben. Vielleicht haben diese Leute auch zu wenig bedacht, dass es nach 1989 mit dem Zusammenbruch des einen grossen Machtblocks im Osten notwendig geworden ist, unsere Politik neu zu definieren. Stark verkürzt ausgedrückt muss man als Politiker doch dafür sorgen, dass es den Menschen wohl ist. So betrachtet teile ich zwar alle Grundwerte meiner bürgerlichen Partei. Das heisst aber noch lange nicht, dass ich mich als bürgerlicher Politiker nicht für die Umwelt oder für eine intakte Sozialpartnerschaft engagieren soll. Zudem haben viele Leute gerade auch aus der FDP mir gegenüber erklärt, es sei ihnen peinlich, wie gegen mich vorgegangen wurde.

Wie schätzen Sie als Mann der Wirtschaft die aktuelle Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt ein?

Die Wirtschaftskraft von Basel-Stadt schätze ich als sehr hoch ein. Und zwar nicht nur jene der Grossunternehmen, sondern gerade auch jene der Klein- und Mittelbetriebe. Im Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs geht es jetzt zunächst darum, die angeschlagenen und teilweise gänzlich aufgebrauchten Reserven – sprich das Eigenkapital der Firmen – wieder aufzufüllen. Weiter bedarf es einer sorgfältigen Vorbereitung auf die konkreten Auswirkungen der bilateralen Verträge. Gerade dort zeigt sich die völlig identische Haltung von Arbeitgebern und Gewerkschaften hinsichtlich der notwendigen flankierenden Massnahmen wie etwa die Festsetzung von Mindestlöhnen. Denn ohne solche Massnahmen sind die Schweizer Unternehmen im Vergleich mit ausländischen Firmen nicht mehr konkurrenzfähig. Und davon wären Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen betroffen. Jede Fir-

ma muss jetzt für sich individuell ihre Absatz- und Beschaffungsmärkte überprüfen. Und die Behörden müssen insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen noch stärker mit Informationen über die künftigen Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen in einem Europa der offenen Grenzen versorgen.

Was halten Sie von der vor allem von bürgerlichen Kreisen erhobenen Forderung nach einer Privatisierung staatlicher Betriebe?

Privatisierung darf nie Selbstzweck, sondern muss immer Mittel zum Zweck sein. Privatisierung ist ja wie Deregulierung und Liberalisierung zu einem leider allzuoft unreflektiert nachgebeteten Schlagwort geworden. Die Frage einer Privatisierung muss für jeden Staatsbetrieb individuell und unter dem Aspekt künftiger Herausforderungen im gesamtwirtschaftlichen Umfeld geprüft werden. Es gibt genügend Beispiele, dass die Privatisierung zu grossen Problemen führen kann. Nehmen wir doch die Privatisierung und Aufgliederung der ehemaligen PTT. Dieser Schritt hat zwar einerseits zu günstigeren Telefongebühren, andererseits aber auch zu einem unübersichtlichen und viele Kunden überfordernden Tarifdschungel geführt. Kommt dazu, dass die Post trotz immer schlechter werdenden Dienstleistungen ihre Tarife erhöhen muss. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass eine privatwirtschaftliche Leistung nicht in jedem Fall besser oder schneller als von einem Staatsbetrieb erbracht werden kann.

Mit der verbesserten Finanzlage im Kanton Basel-Stadt werden schnell neue Begehrlichkeiten vor allem im steuerlichen Bereich angemeldet. Befürworten Sie eine Senkung der Einkommenssteuer?

Unsere Steuersituation ist in hohem Masse davon abhängig, was in den übrigen Kantonen passiert. Es ist natürlich problematisch, wenn eine Baselbieter Gemeinde nach der anderen ihre Steuern senkt und so markante Unterschiede zur Steuerbelastung im Kanton Basel-Stadt geschaffen werden. So gesehen ist eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt sicher kein Thema, auch

nicht in Riehen und Bettingen. Zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Kantonen muss also eine Steuersenkung zumindest ernsthaft geprüft werden. Das geht aber wohl nicht ohne den obligaten Verteilungskampf zwischen unteren, mittleren und oberen Einkommensklassen ab.

Welche Einkommensschichten müssten denn aus Ihrer Sicht in erster Linie steuerlich entlastet werden?

Mit Sicherheit muss der Mittelstand entlastet werden. Ebenso legitim ist jedoch die Sorge um die Steuerpflichtigen mit einem sehr hohen Einkommen. Denn bei diesen hat der Kanton Basel-Stadt gegenüber den Nachbarkantonen viel Terrain eingebüsst, während bei den unteren Einkommensklassen die Konkurrenzfähigkeit durchaus noch gegeben ist.

Zur Diskussion steht ja auch eine Abschaffung der Erbschaftssteuer zumindest für direkte Nachkommen...

Auch da müssen wir zunächst einmal ganz pragmatisch die Situation in unserem Kanton mit jener in Baselland und in anderen Kantonen vergleichen. Mit der knappen Ablehnung eines entsprechenden Postulats im Baselbieter Landrat haben wir in Basel-Stadt in dieser Frage ebenfalls wieder etwas Zeit gewonnen.

In der Diskussion um eine Steuersenkung gilt es aber zu beachten, dass man jetzt, wo sich die Finanzlage etwas entspannt hat, auch an einen Schuldenabbau denken sollte. Denn es kann ja nicht sein, dass wir sämtliche Altlasten, die sich durch unser jahrelanges Leben über den Verhältnissen angehäuft haben, einfach den nachfolgenden Generationen aufbürden.

Die baselstädtische Schulreform hat – vor allem bei der für die Wirtschaft wichtigen WBS – die hochgesteckten Erwartungen noch nicht erfüllt. Woran krankt das Basler Schulsystem und welche Medizin würden Sie ihm verschreiben?

Ein Problem ist sicher die mangelnde Kompatibilität mit den umliegenden Kantonen, die im Übrigen bei der einen oder anderen Familie mit Kindern auch

den Entschluss zum Wegzug aus Basel-Stadt begünstigt haben dürfte. Ein weiteres Problem, das wir aber emotionslos angehen sollten, ist der hohe Anteil an ausländischen Schülerinnen und Schülern in einigen Schulhäusern.

Was speziell die WBS betrifft, so fallen die teilweise erheblichen Niveauunterschiede zwischen einzelnen Schulhäusern auf. Das hängt teilweise auch damit zusammen, dass die Lehrkräfte an einigen Standorten sehr stark absorbiert werden durch die Stoffvermittlung an Schülerinnen und Schüler, die mit der deutschen Sprache nicht so gut vertraut sind. Um dieses Manko zu beheben, sind weiterhin grosse Anstrengungen im Integrationsbereich notwendig.

Im Hinblick auf das Berufsleben müssen gerade in der WBS die Bereiche Leistung und Leistungsdruck vermehrt thematisiert werden. Ich bin allerdings zu wenig Fachmann, um zu beurteilen, ob Noten dafür das geeignete Mittel sind. Handkehrum gilt es positiv festzustellen, dass sich Teamfähigkeit und soziale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler im neuen Schulsystem stark verbessert haben.

Eine Verbesserung des Schulsystems kann nur mit und nie gegen die Lehrerschaft erzielt werden. Ich glaube, dass wir jetzt mit den vom Erziehungsdepartement eingeleiteten Korrekturmassnahmen auf dem richtigen Weg sind.

Bildungspolitischen Zündstoff liefert ja auch die künftige Ausrichtung der Basler Universität: In welcher Richtung sollte sich diese entwickeln?

Zum einen ist eine verstärkte Kooperation mit anderen Universitäten, wie sie uns vom Bund bei den Fachhochschulen bereits aufgezwungen wurde, dringend notwendig. Grundsätzlich begrüsse ich zwar die Beibehaltung eines möglichst breiten Angebots in der universitären Ausbildung, wobei sich aber natürlich je länger, desto mehr die Frage nach der finanziellen Machbarkeit stellt. In diesem Zusammenhang wäre auch eine Beteiligung der Privatwirtschaft bei der Finanzierung von Lehrstühlen im Sinne einer Win-Win-Situation durchaus prüfenswert.

Interview: Dieter Wüthrich

Ralph Lewin, SP, bisher



Ralph Lewin (*1953), Studium der Soziologie und Nationalökonomie in Basel (lic. rer. pol.), Praktika in Maribor und Den Haag, Dissertation «Arbeitsmarkt und Lohnstruktur» im Rahmen eines Nationalfondsprojektes, 1981–84 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Nationalbank, 1984–86 Mitglied der Schweizer Delegation bei der OECD in Paris, 1986–97 Direktor der ÖKK Basel, seit 1997 Regierungsrat, verheiratet, zwei Kinder.

RZ: Herr Lewin. Sie stellen sich als amtierender Vorsteher des WSD zur Wiederwahl. Was sind für Sie die wichtigsten Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode?

Ralph Lewin: Gegen Ende dieser Legislaturperiode haben wir begonnen mit einer Reihe grosser Stadtentwicklungsprojekte. Wir wollen die Stadt noch attraktiver machen beziehungsweise ihre Stärken, die sie schon hat, bekannter machen. In diesem Rahmen möchten wir das Aktionsprogramm Stadtentwicklung weiter umsetzen, wir wollen das Kleinbasel als Stadtteil mit grossem Potential integral aufwerten, wir betreiben Stadtmarketing.

Sie reden nun explizit von «Stadtentwicklung». Der Kanton besteht

aber nicht nur aus der Stadt Basel. Wo haben da die beiden Landgemeinden Platz?

«Stadt» ist hier eine Metapher. «Stadt» ist nicht einfach «Stadt». Mit dem Standort Basel meinen wir natürlich im Grunde genommen die ganze Region. Einer unserer grossen Schwerpunkte ist das kulturelle Angebot. Und das Beyeler-Museum, das ja auf Riehen Boden steht, ist selbstverständlich da ein Pluspunkt, den wir nach aussen herausstreichen.

Welche weiteren Schwerpunkte sehen Sie im Moment?

Ein weiteres Projekt – nicht departementsbezogen – ist die Kampagne «5000 neue Wohnungen für Basel». Das ist ein enorm ambitioniertes Ziel und umfasst die Entwicklung verschiedener Gebiete wie zum Beispiel das DB-Areal.

Sehen Sie noch andere Bereiche, auf die man ein Schwergewicht legen müsste?

Ja, die Integration der Ausländerinnen und Ausländer. Wir haben ja ein Integrationsleitbild erarbeitet und verabschiedet. Nun ist die Regierung daran, entsprechende Massnahmen zu konkretisieren. Es muss zu einem Geben und Nehmen kommen. Man muss das Potential der Migrantinnen und Migranten nutzen und die Migrationsbevölkerung mehr als Chance denn als Gefahr wahrnehmen. Wir haben 160 Nationalitäten in Basel, das dokumentiert ja unsere Anziehungskraft, deshalb sind wir nicht Provinz und das hat viele Vorteile bezüglich Arbeitskräfte, Internationalität und so weiter. Gegen die Nachteile – Integration in der Schule, Sprachschwierigkeiten – müssen wir etwas tun.

Was sagen Sie zur Forderung, man solle nur noch hochqualifizierte Ausländer in die Schweiz lassen?

Das ist ein schwieriger Punkt, der sofort moralische Fragen aufwirft. Man muss auch sehen, dass wir nun die bilateralen Verträge haben. Diese geben jedem EU-Bürger das Recht, in der Schweiz zu arbeiten, Punkt. Selbstverständlich kom-

men diese nicht alle. Wir wissen aber auch, dass die Einwanderung stark dadurch bestimmt wird, wie hoch die Chance ist, hier einen Arbeitsplatz zu finden. Und inzwischen ist bekannt, dass die Arbeitslosigkeit vor allem bei den unqualifizierten Ausländerinnen und Ausländern relativ hoch ist. Wir haben halt doch nicht so viele Arbeitsplätze, die nicht so hohe Qualifikationen benötigen. Das Problem entsteht meiner Meinung nach mehr durch das Institut des Familiennachzuges, den ich aber nicht in Frage stellen will, denn hier handelt es sich um ein Menschenrecht. Wenn ich mir als Arbeitgeber jemanden aussuche, dann soll der auch das Recht haben, seine Familie nachzuziehen.

Etwas anderes: Wir haben ja einen erfreulichen Rückgang bei der Arbeitslosigkeit, aber es gibt nach wie vor Menschen, die schon lange Zeit arbeitslos sind und den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben kaum mehr aus eigener Kraft schaffen. Diesen Menschen wollen wir eine gezielte Begleitung anbieten, mit welcher massgeschneiderte Lösungen möglich sind. Darüber hinaus sollen als Einstieg und Trainingsfeld Einsatzplätze beim Kanton und in der Privatwirtschaft bereitgestellt werden. In Zusammenarbeit mit der Sozialhilfe soll beim KIGA eine besondere Vermittlungsstelle dafür aufgebaut werden, und es sollen Einarbeitungszuschüsse ausgerichtet werden.

Wie sehen Sie die kommende Entwicklung auf dem Gebiet Verkehr?

Der Aufbau der Regio-S-Bahn wird ein Schwerpunkt sein, speziell die grenzüberschreitenden Linien. Und gerade hier ist die Materie komplex, weil verschiedenste Stellen involviert sind. Wir haben das schon lange im Investitionsprogramm. Ein weiterer Ast ist die Verdichtung des Taktes ins Baseltbiet mit der Blauen Linie, die das Laufental via Basel mit Olten verbindet. Im Kern geht es darum, den Nah- und Fernverkehr zu vernetzen in der Verkehrsdrehscheibe Basel.

Steht für Sie beim öffentlichen Verkehr die Bahn im Mittelpunkt?

Nein. Schon allein vom Finanzvolumen her sind im Nahverkehrsbereich

die BVB und die BLT am wichtigsten. Der kontinuierliche Weiterausbau des Ortsverkehrs geschieht ja weitgehend unter der Regie der BVB und da können wir jetzt die Früchte ernten. Wir haben zum Beispiel neues Rollmaterial bestellt, das ab Ende Jahr sukzessive eintreffen wird, um ein durchgehendes Niederflrangebot einführen zu können. Wir sind auch daran, bessere Verbindungen zum Flughafen zu schaffen.

Wie sehen Sie die Perspektiven des Kantons Basel-Stadt als Wirtschaftsstandort? Soll man sich weiter auf die Chemie konzentrieren oder sehen Sie andere Möglichkeiten?

Ich bin grundsätzlich optimistisch. Wir haben eine sehr starke Wirtschaft und ein überdurchschnittlich hohes Volkseinkommen. Die öffentliche Hand kann nicht einfach bestimmen, welche Branchen dominieren sollen und welche nicht. Hinter den Fassaden der Chemie verbergen sich schon lange hochwertige Aktivitäten nicht zuletzt im Forschungsbereich. Wir sind in den letzten Jahrzehnten sehr gut gefahren mit diesem Schwerpunkt. Das heisst nicht, dass man Diversifizierungen nicht unterstützen sollte, dort, wo sie sich aufdrängen. Wir wissen, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen und wir hatten ja im Chemiebereich auch einen ziemlich starken Abbau bezüglich Arbeitsplätze, nicht aber bezüglich Beitrag zum Volkseinkommen. Wir sind der Meinung, dass man auch andere Branchen ansiedeln sollte. Schwerpunkte sehen wir in den Bereichen Energieeffizienz und Informationstechnologie.

Wie sehen Sie die Finanzsituation im Kanton Basel-Stadt?

Diese ist grundsätzlich erfreulich. Schneller, als wir es uns vorgenommen hatten, haben wir wieder eine ausgeglichene Rechnung erreicht. Die Situation ist aber fragil, denn wir haben ja keine riesigen Überschüsse und wir befinden uns im Moment in einer hervorragenden Wirtschaftsperiode. Es ist eine Zeit, in der wir etwas auf die hohe Kante legen sollten. Prioritäten zu setzen ist schwierig, denn sehr vieles ist gegeben durch laufende Kosten. Wir müssen auch Mittel frei machen für Neues, zum Beispiel

für ein Stadtmarketing. Wir dürfen nicht einfach nur bewahren. Ähnliches gilt für Investitionen. Auch dort haben wir uns einen Plafond gesetzt, nur hier kann man im Unterschied zu den laufenden Kosten besser Schwerpunkte bilden. Wir müssen Projekte forcieren, die uns Platz geben für Wohnzwecke.

Wie sehen Sie die Stellung der Landgemeinden, Autonomie, Aufgabenverteilung im Hinblick auf die bevorstehende Verfassungsrevision?

Ich möchte dem nicht vorgreifen. Wir sind in der Schweiz der extremste Stadtkanton mit nur 15 Prozent der Bevölkerung in den Landgemeinden und nur drei Gemeinden überhaupt. Ich denke, wir sollten auf keinen Fall aus der Stadt Basel eine Gemeinde Basel machen. Das gäbe zu viele Schnittstellen und Kompetenzfragen zwischen Kanton und Gemeinde. Ich denke, unser Modell, das ja nun auch in Genf diskutiert wird, hat sich im Grossen und Ganzen bewährt, aber man muss sich immer überlegen, wo die Kompetenzen der Gemeinde genau abgegrenzt sind. Ich denke, jene Aufgaben, die die Landgemeinden gut übernehmen können, sollen sie auch übernehmen.

Wie sehen Sie die Gesundheitspolitik?

Ein Schwerpunkt ist sicher, das Problem der Universitäts-Kinderklinik beider Basel zu lösen. Generell haben wir ein Überangebot in weiten Teilen der Medizin. Ich denke, im stationären Bereich sind wir auf einem guten Weg. Mühe haben wir leider, und da sind wir in guter Gesellschaft, im ambulanten Bereich, wo es immer mehr Leistungserbringer gibt. Die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich, das hat sich nun gezeigt, spart nicht einfach Mittel, wenn man keine Steuerungsinstrumente hat. Wir haben uns ja als Basler Regierung dafür ausgesprochen, dass die Krankenkassen nicht mit jedem Leistungserbringer einen Vertrag abschliessen müssen. Ich denke, die Zusammenarbeit mit Baselland hat in vielen Bereichen eben erst begonnen. Und ich denke, dass gerade im Gesundheitsbereich die Zusammenarbeit intensiviert werden muss.

Interview: Rolf Spriessler

Carlo Conti, CVP, bisher



Carlo Conti (*1954), Studium der Jurisprudenz in Basel. Lic. iur., Anwaltpatent, Doktorat. 1982–1985 Advokaturtätigkeit, 1985 Eintritt in F. Hoffmann-La Roche AG: 1985–1993 Rechtsabteilung, 1994–1997 Leiter Öffentlichkeitsarbeit, 1997–2000 stellvertretender Leiter Rechtsabteilung. 1987–Geschäftsführer CVP Basel, 1983–1992 und 1997–2000 Grossrat, 1991–1999 Präsident CVP Basel-Stadt. März 2000 Wahl zum Regierungsrat Basel-Stadt. Verheiratet, drei Kinder.

RZ: Herr Conti, Sie sind seit dem 1. Mai 2000 Gesundheitsminister des Kantons Basel-Stadt. Wie gesund ist das Basler Gesundheitssystem?

Carlo Conti: Wir verfügen über eine hochstehende Gesundheitsversorgung. Daneben haben wir allerdings auch das Problem der steigenden Kosten und damit das Problem der steigenden Krankenkassenprämien. Dieses Problem ist aber nicht spezifisch für Basel, sondern zeigt sich im Schweizer Gesundheitssystem generell. Im Kanton Basel-Stadt konnten wir die Kosten in den Spitälern unter grosser Anstrengung des Personals stabilisieren. Im ambulanten Bereich sind sie hingegen übermässig stark angestiegen.

Diese Verschiebung der Kosten von den Spitälern in den ambulanten Bereich war von Kritikern der Spitalliste vorausgesagt worden. Sie ist nun also eingetroffen?

Bis zu einem gewissen Grad war diese Verschiebung auch gewollt. Denn gesamthaft betrachtet ist die ambulante Behandlung günstiger als die stationäre. Nur, die Verlagerung ist nun viel grösser als erwartet. Im ambulanten Bereich ist offensichtlich eine grosse zusätzliche Nachfrage entstanden. Die Leute klagen zwar über zu hohe Krankenkassenprämien, wollen aber bei der eigenen Gesundheit nicht sparen. Es fehlt immer noch an Anreizen, um im ambulanten Bereich zu sparen.

Können und wollen Sie solche schaffen?

Grundsätzlich ist dafür der Bund zuständig. Wichtig in der ganzen Diskussion ist, dass die Menge der medizinischen Leistungen stabilisiert wird, sonst können wir keine Kosten sparen. Mögliche Wege sind die Aufhebung des Kontrahierungszwanges und die Bedürfnisklausel. Der Bundesrat hat sich nun allerdings gegen die Aufhebung des Kontrahierungszwanges ausgesprochen. Im Gegensatz dazu war die Basler Regierung in der Vernehmlassung für die Aufhebung des Kontrahierungszwanges. Indem die Leistungen von niedergelassenen Ärzten nicht mehr automatisch von den Krankenkassen vergütet werden, könnten die medizinischen Angebote beschränkt und damit Kosten eingespart werden. Ich halte diesen Weg für effektiv und korrekt.

Skeptisch bin ich hingegen bei der Bedürfnisklausel. Ich finde es nicht richtig, wenn man beispielsweise jungen, gut ausgebildeten Ärztinnen und Ärzten den Zugang zum Markt verbietet.

Weiter setze ich mich im Vorstand der Sanitätsdirektorenkonferenz dafür ein, dass die Krankenkassenprämien regional ausgestaltet werden.

Wird man in Zukunft medizinische Leistungen rationieren müssen?

Niemand will eine Rationierung.

Notwendig sind aber weitere Rationalisierungen.

Man wird also nie jemandem eine medizinisch notwendige Leistung vorenthalten?

Nein, es darf nicht sein, dass man im Einzelfall eine medizinische Leistung rationiert. Aber es muss erlaubt sein, darüber nachzudenken, wie wir mit stabilisierten Kosten gesamthaft die medizinisch notwendige Versorgung sicherstellen können. Parallel dazu muss eine gesellschaftspolitische Diskussion einsetzen. Die Fragen lauten: Was ist uns die Gesundheit wert? Und was sind wir bereit, dafür auszugeben? Aber solche Fragen müssen von der Gesellschaft als Ganzes beantwortet werden und dürfen nicht im Einzelfall entschieden werden.

Die Gesundheitskommission des Grossen Rates sagt nun aber: «Es gibt Anzeichen dafür, dass in den Basler Spitälern bereits rationiert wird.» Was sagen Sie dazu?

Diese Vorwürfe muss ich entscheiden zurückweisen. Rationierung gibt es in den Basler Spitälern nicht. Wir werden aber nicht um Rationalisierungen und die gesellschaftspolitische Diskussion herumkommen.

Wie erklären Sie sich dann die Vorwürfe?

Wer solche Vorwürfe formuliert, geht unsorgfältig mit dem Begriff «Rationierung» um. Gemeint ist «Rationalisierung» und nicht «Rationierung».

In den beiden Basel müssen bis Ende 2002 in einem zweiten Schritt Akutbetten abgebaut werden. Muss auch das Gemeindespital Riehen weitere Akutbetten abbauen?

Die Arbeitsgruppe «Keller» hat für die drei Chefarztspitäler Gemeindespital Riehen, St. Claraspital und Kantonsspital einen Vorschlag ausgearbeitet. Der Vorschlag sieht vor, dass alle drei Spitäler Akutbetten abbauen müssen. Teilweise können diese Betten durch andere ersetzt werden. Im Gemeindespital Riehen sollen 12 Akutbetten abgebaut und dafür 10 Geriatrie-Spitalbetten geschaffen werden. Zudem sollen sich die drei Chefarztspitäler vernetzen.

zahlung der Kindererziehung. Diese Diskussion lief in den 60er- und 70er-Jahren und war damals sehr wichtig. In unserer Gesellschaft muss Gratisarbeit geleistet werden. Doch die Gratisarbeit und die Erwerbsarbeit müssen gerecht auf die Geschlechter verteilt werden.

Sind Sie für eine Quotenregelung?

Ja. Ich mag das dumme Ammenmärchen, es gebe zu wenig qualifizierte Frauen, nicht mehr hören. Man kann ja auch geeignete Strukturen schaffen. So muss ein Verwaltungsrat nicht unbedingt aus acht Männern bestehen. Man kann ihn auch mit einer Frau und einem Mann besetzen und dann ist es kein Problem, Frauen zu finden.

Bei den Quoten denke ich radikal. Nehmen wir an, wir haben die Wahl zwischen einer SVP-Bundesrätin und einem Bundesrat der Grünen. Solange die Geschlechter im Bundesrat nicht gerecht vertreten sind, würde ich der SVP-Bundesrätin den Vorzug geben, obwohl ich mich von den Grünen politisch viel besser vertreten fühle.

Als einen Ihrer Schwerpunkte bezeichnen Sie die Bildungspolitik. Wie beurteilen Sie den Zustand der Basler Schulen? Was wollen Sie ändern?

Ich stehe hinter der neuen Schule. Leider ist der Ruf der Weiterbildungsschule schlecht. Das Konzept ist aber gut. Weil der Ruf der Weiterbildungsschule schlecht ist, wollen die Eltern ihr Kind nicht in diese Schule schicken, sondern bevorzugen das Gymnasium. Ich begreife diese Eltern in Anbetracht der Tatsache, dass die gymnasiale Bildung in unserer Gesellschaft so viel wert ist. Es ist also ein gesellschaftliches Problem. Wir müssen uns fragen: «Wieso bewerten wir eine Berufslehre als so viel schlechter als das Gymnasium?» «Wieso brauchen wir heute für fast alle Berufe eine Matura?» – Bei solchen Fragen müssen wir ansetzen.

Was sagen Sie zur Forderung, die Leistung der Lehrerinnen und Lehrer sollte von Eltern, von Schülerinnen und Schülern, von der Schulpflege bewertet werden? Was sagen Sie zu einem Leistungslohn?

Diese Forderung ist absolut unhalt-

Damit ist das Weiterbestehen des Gemeindespitals garantiert. Ich stehe hinter der Lösung, und zwar sowohl als Regierungsrat als auch als in Riehen wohnende Privatperson.

Die Federführung für die Drogenpolitik liegt seit 1999 beim Sanitätsdepartement. Was haben Sie vor?

Wir halten an der Vier-Säulen-Politik fest. Hingegen machen wir eine Bestandsaufnahme mit dem Ziel einer Optimierung.

Meine Vorstellung ist folgende: Nebst der berechtigten Hilfe der Drogensüchtigen muss auch auf die berechtigten Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner in den betroffenen Quartieren eingegangen werden, denn diese sind von den Auswirkungen des Drogenkonsums im öffentlichen Raum besonders belastet. Unseren Fachleuten und mir schwebt eine Auffang- und Rückführungsstelle vor. Bisher gab es keine Möglichkeiten, Drogenkonsumenten, die zu viel Drogen konsumiert hatten, an einen Ort zu bringen. Sie lagen auf der Strasse. Deshalb möchte ich eine Auffang- und Rückführstelle schaffen. Dort könnten die Drogenabhängigen zuerst einmal aufgefangen, medizinisch betreut und dann ins bestehende Therapieangebot zurück geführt werden.

Dieses Angebot soll aber nur für Baselstädter und Baselbieter gelten. Für Drogenkonsumenten aus anderen Kantonen müssten die entsprechenden Stellen in diesen Kantonen zuständig sein. Man würde die Drogenkonsumenten also, wie der Name Rückführstelle sagt, in ihre Kantone zurückführen.

Zum zweiten müssen die Öffnungszeiten der Gassenzimmer verbessert werden. Bisher waren sie nachmittags geschlossen, neu sollen sie durchgehend geöffnet sein. Und neu sollen sie von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam betrieben werden.

Gegner kritisieren, dass in Zukunft härter gegen Drogenabhängige vorgegangen werden soll und dass man die offene Drogenszene in den Untergrund verbannen will. Befürchtet wird, dass Basel eine ähnlich restriktive Drogenpolitik wie Zürich und Bern anstrebt.

Davon kann nicht die Rede sein. Ich stehe wie gesagt voll und ganz hinter unserer Vier-Säulen-Politik. Es ist eine exzellente Politik, die sich bewährt hat. Nochmals, wir werden sie beibehalten.

Auch die Bevölkerung steht hinter dieser Drogenpolitik. Und gerade deshalb müssen wir auch das Bedürfnis der Bevölkerung im Auge behalten. Wenn wir dieses Bedürfnis nicht ernst nehmen, wird plötzlich die Akzeptanz der Vier-Säulen-Politik sinken.

Für die Drogenabhängigen soll sich in der Hilfe also nichts ändern?

Nein, das ist nicht beabsichtigt. Nochmals, wir wollen die Politik der vier Säulen nicht verlassen. Aber wir wollen die sichtbaren Auswirkungen des Drogenkonsums im öffentlichen Raum unter Kontrolle haben. Wir wollen nicht, dass in Parks neue offene Szenen entstehen. Dafür haben wir Gassenzimmer.

Zu Ihrer Kandidatur. Sie kandidieren auf einem Viererticket. Wie grenzen Sie sich von Ihren drei bürgerlichen Mitkandidaten ab?

Als Mitglied der CVP ist mir die Familienpolitik und Familiensteuerpolitik tendenziell ein grösseres Anliegen als meinen Mitkandidaten. Daraus ergibt sich, dass ich den Mittelstand fördern will. Denn diejenigen, die in traditionellen familiären Strukturen leben, sind auch diejenigen, die im mittleren Einkommensbereich zu finden sind. Zudem setze ich mich dafür ein, dass Basel ein wirtschaftliches und kulturelles und damit auch sportliches Zentrum bleibt.

Eine persönliche Frage zum Schluss: Vor Ihrer Wahl haben Sie gesagt, dass Ihnen Ihre Familie das Allerwichtigste sei. Lässt Ihnen das Regierungsam genügend Zeit, Ihren Familienpflichten nachzukommen?

Ich gebe zu, dass es nicht immer einfach ist. Ich bin darauf angewiesen, dass meine Frau zu Hause einen grossen Teil der Arbeit übernimmt. Aber es gelingt mir, Freiräume für die Familie zu schaffen.

Interview: Judith Fischer

Martina Bernasconi, Frauenliste



Martina Bernasconi (*1965), Studium der Philosophie, Germanistik und Medienwissenschaften in Basel, lic. phil. I, 1992–1995 Promotionsstipendium an der Freien Universität Berlin, 1995 Forschungsassistentin an der New School for Social Research in New York. Seit 1996 Lehrbeauftragte an der Universität Basel und an der Fachhochschule beider Basel FHBB. 1992 Beitritt zur Frauenliste, 1996–1997 Vorstandsfrau der Frauenliste, 1997–1999 Grossrätin, seit 1999 Verfassungsrätin.

RZ: Frau Bernasconi, Sie kandidieren für die Frauenliste und vertreten damit die Anliegen der Frauen. Wieso soll eine Frau, verheiratet, 40-jährig, Mutter von einer Tochter und einem Sohn, Sie wählen?

Martina Bernasconi: Natürlich vertrete ich die Frauen. Aber nicht nur. Ich vertrete auch die Männer. Ich vertrete also die Geschlechter und trete ein für eine Geschlechtergerechtigkeit. Die Situation ist heute immer noch so, dass in der Mehrheit der Fälle die Männer die Machtpositionen innehaben. Ich möchte die Sensibilität der Männer gewinnen, möchte, dass sie sich über ihr Geschlecht und ihre Geschlechtlichkeit Gedanken machen. Die unterschiedliche

Stellung der Geschlechter zeigt sich beispielsweise bei Müttern und Vätern. Bei einem Mann, der Vater wird, hat dieses Ereignis keine Folgen für seine Karriere, bei einer Frau, die Mutter wird, aber sehr wohl. Für ihre weitere Karriere bedeutet die Familie eine Last. Ein Mann muss lernen, dass Vatersein etwas Schönes ist und dass es eine Bereicherung für sein Leben und auch für seinen Beruf ist.

Die Frauenbewegung der letzten 30 Jahre hat versucht, die Stellung der Frauen ohne Einbezug der Männer zu verbessern. Jetzt ist es an der Zeit, auch die Männer miteinzubeziehen. Ich möchte von Männern gewählt werden. Von Männern, die gerne eine Familie hätten und gerne Vater sein möchten. Damit sie das können, müssen sie die Strukturen in der Arbeitswelt verändern. Die Strukturen müssen nicht nur wegen der Frauen geändert werden, sondern auch wegen der Männer. Die Frauen haben genügend getan. Jetzt sind die Männer dran.

Zurück zum Anfangsbeispiel. Wieso soll die 40-jährige Frau Sie wählen? Was würde sich für sie ändern?

Nochmals, mich sollen Frauen und Männer wählen. Wenn ich gewählt würde, könnte ich vielleicht Vorbild für die Tochter dieser Frau sein. Sie könnte sehen, dass Frausein und politisches Amt sich nicht ausschliessen. Ich hatte solche Vorbilder als Jugendliche nicht.

Ich würde die Frau dazu anregen, sich zu überlegen, wie viel sie arbeitet und wie viel sie dabei verdient und ob sie damit zufrieden sei. Wenn jede Frau dies für sich aufschlüsseln würde, würde sich viel ändern.

Was würde sich für den Mann ändern?

Genau das Gleiche. Er müsste sich überlegen, wieso er fast nichts im Haushalt tut und wieso er für seine Arbeit so viel verdient.

Sie plädieren für die Bezahlung der Hausarbeit?

Nein. Ich bin gegen eine bezahlte Hausarbeit. Ich bin auch gegen die Be-

rung hat, die delegieren kann und sich schnell in komplizierte Sachverhalte einlesen kann. Und ich bin entscheidungsfreudig. Diese Eigenschaften erachte ich als elementar für ein Regierungsratsmandat.

Welches Departement möchten Sie übernehmen?

Von meiner Ausbildung her liegt mir das Erziehungsdepartement nahe. Sehr reizen würde mich aber auch das Finanzdepartement. Geld ist ein Machtfaktor. Den Frauen wird der Umgang mit Geld und Zahlen nicht zugetraut. Ich liebe Zahlen. Das Finanzdepartement wäre für mich eine grosse Herausforderung.

Wie unterscheiden Sie sich von den anderen Kandidaten Ihrer Liste Jürg Müller (Grüne) und Urs Stöcklin (BastA)?

Unsere Grundeinstellungen sind deckungsgleich. Wir haben die gleichen Ziele, aber andere Schwerpunkte. Mein Schwerpunkt ist die Gleichstellung der Geschlechter.

Wie unterscheiden Sie sich von den amtierenden Regierungsrätinnen Veronica Schaller und Barbara Schneider?

Ich nehme an, dass ich noch viel mehr Visionen habe als die amtierenden Regierungsrätinnen, weil ich noch nicht so sehr in die Realpolitik eingebunden bin. Und ich habe bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter einen viel radikaleren Ansatz und würde diesen in der Regierung vehement vertreten.

Die Realpolitik kann also Visionen zerstören. Glauben Sie, dass Sie Ihre Visionen als Regierungsrätin aufrechterhalten könnten?

Ich werde mein Möglichstes geben. Ich bin aber auch sehr realistisch. Gewisse Visionen werden nicht umsetzbar sein. Ich werde sie aber nicht aufgeben.

Welche Vision geben Sie nie auf?

Die Vision, dass Erwerbs- und Gratarbeit geschlechtsneutral verteilt ist.

Interview: Judith Fischer

RZ-WAHLJOURNAL

Markus Borner, SD



Markus Borner (*1955), Schulen in Hägendorf und Wangen bei Olten, Maurerlehre in Olten, Handelsschuldiplom in Olten, 1979–82 Kaufmännischer Angestellter in Genf, 1982–85 Ausbildung zum Hörgeräteakustiker in Basel, 1985–94 Hörgeräteakustiker in der Hörmittel-Zentrale Basel, seit 1994 Geschäftsleiter der Hörhilfe Borner AG, Basel. Gründer und 1984–93 Präsident der Schweizer Demokraten des Kantons Solothurn, seit 1996 Präsident der SD Basel-Stadt, 1996 Umzug nach Basel, seit 1997 Mitglied des Grossen Rates, seit Ende 1999 Verfassungsrat, ledig.

RZ: Herr Borner, zu den Gesamterneuerungswahlen treten alle bisherigen Regierungsmitglieder wieder an. Sie kandidieren für ein Regierungsamt. Was macht die Regierung falsch?

Ich präsentiere mich als Alternative. Ich denke, man darf es den Bisherigen nicht so einfach machen. Ich verfolge sicher andere politische Ziele als die Bisherigen. Ein wichtiger Punkt ist das Verhältnis zur EU. Ich bin sicher für die nächsten dreissig Jahre gegen einen EU-Beitritt, wobei ich nicht sage, dass wir nie beitreten sollten. Aber die EU müsste sich massiv verändern, muss föderalistischer werden. Die Basler Regierung politisiert etwas im Turm oben und

viele Leute bekommen es nicht mit. Es wäre für mich auch eine Aufgabe, näher an die Leute heranzugehen, vielleicht im Restaurant mit den Leuten am runden Tisch zu diskutieren.

Sie sind Inhaber eines Fachgeschäftes für Hörhilfen. Als Politiker in einem Exekutivamt haben Sie keine Erfahrung. Welche Eigenschaften befähigen Sie in besonderem Masse für ein Regierungsamt?

Ich bin Kleinunternehmer. Ob ich jetzt ein kleines Unternehmen habe oder eine grosse Firma hätte, als Geschäftsleiter oder Regierungsrat muss man sicher den Überblick und ein gutes politisches Gespür haben, man muss delegieren können, Fachleute zuziehen können, Vertrauen haben in seine Mitarbeiter.

Welche politischen Themen stehen bei Ihnen zuoberst auf der Liste?

Als Schweizer Demokrat ist klar, dass mir die Heimat am Herzen liegt. Ich sage, die Einwanderung kann nicht einfach so weitergehen wie in den letzten 30 Jahren. Das Problem ist, dass viele Schweizer abwandern. Basel-Stadt hatte einmal über 230'000 Einwohner, jetzt sind wir unter 200'000. Und mit dieser Abwanderung haben wir ein Problem. Hier würde ich andere Akzente setzen als die gegenwärtige Regierung.

Ein anderer Punkt ist die öffentliche Sicherheit. Es tut mir weh, wenn Polizeikommandant Markus Mohler sagt, er wolle Basler Polizisten in den Kosovo senden, um das Übel an der Wurzel zu packen. Ich meine: Basler Polizisten nach Basel! Wir haben jetzt schon zu wenig Polizisten. Noch schlimmer ist, dass Basel-Stadt Polizisten ausbildet, die dann in die Landschaft abwandern, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden.

Ein weiterer Punkt ist die Schule. Da hat es nun zum Glück diese Sondersitzung im Grossen Rat gegeben. Die Linke, die sich sonst sehr gerne artikuliert, hat gesagt, es sei alles bestens, doch die Bürgerlichen stellten fest, dass es so nicht weitergehen kann und auch wir, die Schweizer Demokraten, haben zwei Vorstösse lanciert, nämlich betreffend

Hochbegabtenförderung und betreffend bessere Durchmischung von Schulklassen. Ich finde es nicht gut, wenn es zum Beispiel im Kleinbasel Klassen gibt, in denen 90 oder 95 Prozent Ausländerkinder sind und der Rest Schweizer. Nur bei einer besseren Durchmischung wäre eine Integration der Ausländerkinder möglich und die Schweizer Kinder würden nicht zu Indianern in der Schweiz. Ich denke, dass dann auch die Qualität des Unterrichtes steigen würde. Es fehlt natürlich auch an anderen Dingen: Man muss die Grundlagenfächer ausbauen und die Position der Lehrer stärken.

Sie haben die Integrationspolitik bereits angesprochen. Was könnte man denn im Kanton unternehmen, um die Situation zu verbessern?

Wir haben ja nun diesen Integrationsbericht auf den Tisch bekommen. Ich denke, das ist ein Skandalbericht. Ich finde es darüber hinaus unfair, dass das Kantonsparlament nie über diesen Bericht hat diskutieren können. Die Regierung hat das von sich aus lanciert.

Was ist für Sie so skandalös?

Zum Beispiel steht drin, man wolle den Ausländerkindern die Möglichkeit bieten, dass sie zuerst ihre Muttersprache lernen. Deutsch würde für sie Zweitsprache. Das würde bedingen, dass ausländische Lehrkräfte an Basler Schulen unterrichten würden. Des weitern dürften sie laut dem Bericht auch ihre Kultur präsentieren. Ich sehe da Schwierigkeiten. Es geht ja nicht um deutsche Staatsbürger oder Franzosen, sondern um Leute zum Beispiel aus der Türkei oder dem Kosovo, so dass da auch politische Ideen einfließen würden, die unerwünscht sind. Ich bin für das Territorialprinzip. Wenn jemand nach Basel kommt, muss er Deutsch lernen.

Ein anderer Punkt ist, dass Ausländer die Grundausbildung nachholen können sollen. Das muss man sich einmal überlegen! Ich meine, Ausnahmefälle gibt es immer, zum Beispiel wenn jemand nach einem Unfall über IV und über Sozialversicherung wieder einen Beruf ergreifen würde. Aber allgemein würde das heissen, dass Ausländer ohne Berufsausbildung in die Schweiz einwandern und diese dann ausgebildet

werden müssten zu ich weiss nicht was, wobei man doch immer sagt, man wolle hochqualifizierte Ausländer. Krönung des Berichtes wäre dann, dass man den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht gäbe auf kantonaler Ebene.

Ein weiterer Themenkreis umfasst Naturschutz, Umweltpolitik, Energiepolitik. Wo besteht für Sie in diesen Bereichen Handlungsbedarf?

Da wäre einmal der Verkehrsreich. Die einen sagen, man müsse ein Roadpricing einführen. Das würde bedeuten, dass alle Auswärtigen, die nach Basel hinein fahren, eine Abgabe entrichten müssten. Da bin ich strikt dagegen. Natürlich muss man dem Verkehr beikommen und ich bin auch für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dabei muss man aber auch sehen, dass in der Region Basel schon sehr viel getan worden ist. Und: Je besser der öffentliche Verkehr ausgebaut ist, desto eher sagt sich ein Basler, er geht zum Beispiel nach Frenkendorf oder Therwil, denn er ist ja mit dem öffentlichen Verkehrsmittel sehr schnell in Basel, wo er dann arbeitet, aber nicht mehr wohnt.

Ich bin der Meinung, dass die Stadt für Autos zugänglich sein muss. Von mir aus nicht für alle, nicht für den Durchgangsverkehr, aber für Kunden. Wenn das nicht mehr gewährleistet ist, ver kümmert die Innerstadt.

Dass man den Strommarkt Richtung Sonnenenergie umstellt, dagegen bin ich nicht verschlossen. Ich höre allerdings auch immer wieder: Ja wenn man jetzt diese Sonnenkollektoren überall auf die Dächer montiert, was sagt dann die Stadtbildkommission dazu? Das ent stellt doch das Stadtbild! Da muss man gewisse Kompromisse machen.

Stark in Bewegung ist seit Jahren die Gesundheitspolitik – Stichworte sind Spitalliste, steigende Krankenkassenprämien, Kinderspitalstandort. Wie sollte sich der Kanton in diesem Bereich verhalten?

Ich würde im Prinzip unterstützen, dass man dem Kantonsspital eine gewisse Eigenständigkeit zugesteht. Die politische Linke will das Kantonsspital jedoch unter den Fittichen des Staates behalten, weil sie Angst hat, dass die Arbeitsbe-

dingungen der Arbeitnehmer schlechter würden. Aber ich denke, das Kantonsspital muss auch besser mit anderen Spitälern zusammenarbeiten können.

Eine weitere ganz heisse Sache ist das Kinderspital. Ich war ja mit dabei im Grossen Rat, als man diese Fehlleistung beging, ein Kinderspital an zwei Standorten. Aber auch wir mussten zähneknirschend ja sagen. Offensichtlich funktioniert das aber nicht. Jetzt will man das Kinderspital an einem Ort, was ich vehement unterstütze. Allerdings möchte ich mich nicht festlegen, an welchem Ort.

Wie sehen Sie Basel als Kulturstadt? Stimmen für Sie Angebot und Finanzierung?

Das Angebot ist sicher umfangreich. Aber wer bezahlt das alles am Schluss? Ich habe persönlich zum Beispiel etwas Mühe, wenn man ein Theater in steigendem Umfang unterstützt, während die Zuschauerzahlen zurückgehen. Nun ist es ja undenkbar, dass man sagt, die Auswärtigen müssten mehr Eintritt bezahlen. Also müsste man speziell mit den Vertretern des Baselbietes an einen Tisch sitzen und das diskutieren. Im Baselbiet spielt sich Kultur in erster Linie in den Gemeinden ab, auf einer tieferen Ebene. Wir in Basel haben natürlich auch Kultur auf höchster Ebene, wo man sich mit anderen europäischen Städten messen kann.

Als Regierungsmitglied des Kantons Basel-Stadt wären Sie auch zuständig für die Geschicke der beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen. Wie sehen Sie deren Stellung?

Das ist eine Frage, mit der sich der Verfassungsrat, dem ich angehöre, befassen muss. Ich komme aus dem solothurnischen Hägendorf und war schon dort für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, zwischen den Bezirken und mit der Regierung. Im Hinblick auf die neue Verfassung bin ich vehement dafür, dass man gewisse Autonomierechte festlegt, zum Beispiel im Schulwesen oder bei den Steuern. Von mir aus gesehen müsste in Basel-Stadt nicht in allen Kommunen derselbe Steuersatz angewendet werden.

Interview: Rolf Spriessler

Die Riehener Parteien nehmen Stellung

Die RZ hat sämtliche Parteien, die im Wahlkreis Riehen mit einer eigenen Liste für die Grossratswahlen kandidieren, um eine Stellungnahme zu den drei folgenden Fragen gebeten:

1. Auch in der kommenden Legislaturperiode werden die folgenden sechs Themenbereiche die aktuelle Tagespolitik im Kanton Basel-Stadt wohl entscheidend mitprägen:

a) Belastung bei Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer

b) Migration und Integration

c) Sicherung und Förderung des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt

d) Verkehrs- und Umweltpolitik

e) Steigerung der Wohn- und Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt

f) Bildungspolitik

Welche Fragen und Probleme stellen sich in den genannten Themenbereichen für unseren Kanton und welche konkreten Lösungsansätze hat Ihre Partei zu bieten?

2. In welchen dieser sechs Themenbereichen will Ihre Partei sich in den kommenden vier Jahren besonders engagieren und weshalb?

3. Welche spezifischen Anliegen der beiden Landgemeinden will Ihre Partei in den kommenden vier Jahren im Grossen Rat vertreten?

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI (FDP)

Zum Standort Basel Sorge tragen

1a) Durch die starke Steuerbelastung im Vergleich mit den Wohnorten in der Agglomeration verliert Basel im finanziellen Bereich an Attraktivität. Familien- und Vermögenssteuern müssen kurzfristig an das Niveau der Nachbarschaftsgemeinden angeglichen werden. Erbschafts-, Schenkungs- und Grundstücksgewinnsteuern müssen mittelfristig aufgehoben werden. Die Sanierung der Staatsfinanzen, trotz partiellen Steuersenkungen, muss bis zur Tilgung der Schulden weitergeführt werden.

1b) Für jene, welche sich unserer Lebensart anschliessen wollen, hat Basel immer offene Türen. Ein Ausländerstimmrecht ist der falsche Weg zur Integration. Wer mitreden will, kann sich einbürgern lassen.

1c) Wir müssen zum Arbeits- und Forschungsplatz Basel Sorge tragen. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung ist weiter zu fördern. Das Gewerbe darf nicht mit neuen Abgaben und Gebühren belastet werden und muss beim administrativen Aufwand entlastet werden. KMUs sollen bei der Schaffung von Lehrstellen durch Bund und Kanton unterstützt werden.

1d) Basel ist das Zentrum einer ganzen Region und ein trinationaler Treffpunkt von Wissenschaft und Wirtschaft. Der Wirtschaftsverkehr gehört zum täglichen Leben, ohne diesen läuft gar nichts. Ein gut funktionierendes Strassen- und Schienennetz ist für alle Verkehrsteilnehmer eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung der Mobilitätsprobleme und zur Entlastung von Wohnquartieren.

1e) Basel hat seinen Nimbus als attraktive und saubere Vorzeigestadt eingebüsst. In einigen Quartieren sind die Voraussetzungen zu Slums bereits vor-

handen. Sprayereien müssen entfernt und ihre Verursacher härter angefasst werden. Die Erstellung von Wohnraum – Stichwort 5000 Wohnungen für Basel – soll gefördert und nicht durch Partialinteressen verhindert werden.

1f) Wissen ist unser wichtigster Rohstoff. Deshalb muss unser Schulsystem mit jenen der Nachbarkantone koordiniert werden und Weiterbildungsprogramme für alle gefördert werden.

2) **Bildung und Arbeit:** Für die Zukunft unserer Jugend und der kommenden Generationen.

Steuern und Soziales: Um auch gute Steuerzahler in Basel zu halten, soll die Eigenverantwortung und das soziale Engagement belohnt werden.

Integration heisst, mit uns reden können. Die sprachliche und kulturelle Integration soll intensiv gefördert werden.

Staat: Die Ansprüche an den Staat müssen beschränkt werden, um diesen schlanker und effizienter werden zu lassen. Das Kundenbewusstsein in der Verwaltung muss gefördert werden.

Verkehr ist ein Teil der Mobilität welche heute zum täglichen Leben gehört. Es gilt, die daraus entstehenden Probleme vernetzt zu betrachten und zu lösen.

Landgemeinden: Riehen und Bettingen sind wichtige Ergänzungen zur Stadt. Eine Partnerschaft auf Vertrauensbasis ist oberstes Gebot.

3) Riehen leistet mit seiner kommunalen Infrastruktur und insbesondere mit seinen Einwohnerinnen und Einwohnern wichtige Beiträge für das Funktionieren des Kantons.

Die innerkantonale Partnerschaft verträge keine erzwungenen Kraftproben durch die stimmenmässige Übermacht der Stadt gegenüber den beiden Landgemeinden.

LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (LDP)

«Stopp der Steuerspirale»

1a) Unsere Steuern sollten so niedrig wie möglich und nötig sein, damit sie (noch) als gerecht empfunden werden und für die Tätigkeit des Einzelnen oder eines Unternehmens oder Gewerbebetriebes keine demotivierende Wirkung haben. Deshalb unterstützen wir mit Nachdruck die Initiativen «Stopp der Steuerspirale» und «Für eine familienfreundliche Erbschaftssteuer».

1b) Wir stehen voll hinter dem Integrationsleitbild der Regierung, sind aber klar gegen das aktive Stimm- und Wahlrecht der ausländischen Bevölkerung auf Gemeinde- und Kantonsebene. Konsequenterweise sind wir für die erleichterte Einbürgerung der hier aufgewachsenen zweiten und dritten Generation.

1c) Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Basel-Stadt zu fördern, müssen Konkurrenz Nachteile gegenüber anderen Kantonen beseitigt und Standortvorteile geschaffen werden. Insbesondere heisst dies für uns: Förderung von Unternehmensgründungen durch Erleichterung der Eigenkapitalfinanzierung, Reduktion der viel zu hohen Vermögenssteuer, Abschaffung der unnötigen Kapitalsteuer bei juristischen Personen, gezielte Steuersenkungen für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen und ein grundsätzliches Überdenken der Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit.

1d) **Verkehr:** Der vom Baudepartement vorgelegte Entwurf zum Verkehrsplan ist unausgewogen. Die Verkehrsplanung muss verstärkt auf die Bedürfnisse des Detailhandels und des Gewerbes Rücksicht nehmen. Umweltverträgliche Mobilität, wirtschaftliche Entwicklung und Verbesserung der Lebensqualität müssen in Einklang gebracht werden.

Umweltpolitik: Wir stehen für eine verantwortungsbewusste Umweltpoli-

tik, die gleichermassen ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigt.

1e) Wir stehen hinter der «Werkstadt Basel», weil hier im Dialog zwischen den verschiedensten Gruppen Schritte für ein wohllicheres Basel gemacht werden. Dazu gehören insbesondere die «5000 neuen Wohnungen für Basel».

1f) Als Folge der Schulreform hat unser Schulsystem ein Qualitätsproblem. Deshalb haben wir die Sondersitzung des Grossen Rates zum Thema «Schule» initiiert. Wir wollen keine Rückgängigmachung der Schulreform, sondern zielgerichtete Verbesserungsmassnahmen. Deshalb fordern wir die Einführung von Lehrplänen mit weiter nivaudifferenzierten Zielsetzungen. Von besonderer Bedeutung ist die möglichst frühzeitige Integration der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler.

2) In allen diesen sechs Themenbereichen haben sich die Liberalen bereits in der vergangenen Legislaturperiode intensiv engagiert (Liste der parlamentarischen Vorstösse der Legislatur 1997 – 2001 auf www.die-liberalen.bs.ch). Dabei sind für uns die Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Bildungspolitik besonders wichtig. Wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode unsere Politik konsequent weiterverfolgen und den liberalen Standpunkt vertreten. Warum? Mehr Wert für Basel!

3) Wir Liberalen werden uns konsequent gegen Eingriffe in die Gemeindeautonomie zur Wehr setzen. Wie bisher werden wir auch weiterhin dafür kämpfen, dass im Grossen Rat die Anliegen der Landgemeinden wahrgenommen und mit dem gebührenden Ernst behandelt werden. Riehen und Bettingen sind keine Anhängsel der Stadt Basel, sondern vollwertige Gemeinden wie in anderen Kantonen auch. Konsequente Vertretung der Landgemeinden – Mehr Wert für Basel.

Die Riehener Parteien nehmen Stellung



VEREINIGUNG EVANGELISCHER WÄHLERINNEN UND WÄHLER (VEW)

«Riehen darf beim Kanton nicht vergessen gehen»

1a) *Steuern gezielter einsetzen:* Die sinnlosesten Staatsausgaben sind Schuldzinsen. Gegenwärtig verschlingt das Schuldenloch von jedem Steuerfranken einen Zehner. Deshalb: Zuerst die Staatsschulden abbauen, dann sollen Haushalte mit Kindern entlastet und in dritter Priorität Steuern gesenkt werden.

1b) *Zusammenleben verbessern:* Menschen in Not sollen bei uns anständig aufgenommen werden. Zu viele Ausländer erzeugen jedoch Angst und Abwehrreaktionen bei der Bevölkerung. Die VEW unterstützt deshalb das Integrationsleitbild der Regierung, welches das Zusammenleben und die Sicherheit der ganzen Bevölkerung verbessern soll.

1c) *Kleine und mittlere Betriebe fördern:* Neben den globalen Unternehmen leben Riehen und Basel vor allem von unzähligen kleinen und mittleren Betrieben. Diese müssen durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse gefördert werden.

1d) *Menschenfreundliche Verkehrspolitik:* Wir treten ein für eine menschenfreundliche Verkehrspolitik, welche die Anliegen der von Lärm und Luftverschmutzung geplagten Bevölkerung ernst nimmt. Deshalb: Realisierung der Regio-S-Bahn zügig vorantreiben, Lärmschutz (z.B. entlang der Wiesental-

bahn) verbessern, kein Lastwagentransit durch Riehen und Temporeduktionen in Wohnzonen einführen.

1e) *Behagliches Wohnumfeld schaffen:* Wohnen soll in unserem Kanton angenehm sein. Auch Betagte und Kinder sollen sich ohne Angst in der Stadt bewegen können. Deshalb: Mehr Wohn- und Begegnungsstrassen planen, mehr Mitsprache der Quartierbevölkerung bei der Bewilligung von lärmigen Etablissements, mehr kinderfreundliche Freiräume in der Stadt, Quartierstrassen zu Begegnungsräumen ausgestalten.

1f) *Schulen verbessern:* Die VEW ist nicht der Meinung, dass bei den Schulen ein Neubeginn bei Null notwendig sei. Die Schulreform muss nun schlicht und einfach verbessert werden. Deshalb: gezielte Förderung von Starken und Schwachen in der WBS, handwerkliche Berufe aufwerten, den Religionsunterricht erhalten, mit dem Schulhausbau «Hinter Gärten» vorwärts machen, keine weiteren Sparübungen.

2. *Mehr Lebensqualität:* Die nach wie vor ungebremsste Abwanderung der schweizerischen Wohnbevölkerung ist wohl das dringendste Problem. Unser Wahlspruch «Menschen für Menschen» heisst für die VEW konkret: Es ist unser politisches Ziel, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner in Basel wohl fühlen. Die Regierung muss endlich Pri-

oritäten setzen und nicht immer wieder Kompromisse eingehen zugunsten des Individualverkehrs, der Wirtschaft, des Tourismus oder der Messegewaltigen.

Familien fördern: Kinder dürfen kein Luxus sein. Eine Familiengründung sollte auch für mittlere und untere Einkommen tragbar sein. Deshalb befürwortet die VEW die Auszahlung höherer Kinderzulagen und Steuererleichterungen für Familien. Sie setzt sich ein für zahlbare Familienwohnungen.

3. *Riehen nicht vergessen:* Immer wieder gehen die Landgemeinden im Getriebe der kantonalen Politik und Verwaltung vergessen: Die VEW will auch die nächsten Jahre dagegen kämpfen.

Riehen als Standortvorteil: Die Landgemeinden sind ein wesentlicher Standortvorteil für den Kanton: Die VEW will auch weiterhin darauf aufmerksam machen.

Kein systemloses Abschieben von Kosten: Die VEW steht für Gemeindeautonomie und «Schweizkompatibilität» der Landgemeinden. Das darf aber nicht heissen, dass unbesehen und ohne Systematik Aufgaben und vor allem Kostenbeteiligungen hin und her verschoben werden sollen nach dem Motto: Wenn der Kanton auf dem Gebiet der Landgemeinden eine kantonale Aufgabe erfüllt, dann sollen es die Landgemeinden bezahlen.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SP)

Gegen Radikallösungen und idealistische Tagträume

1) Unser Kanton ist in den letzten Jahren zunehmend besser gefahren – immer öfter dank der soliden und solidarischen Politik der SP. Aber zahlreiche ernsthafte Probleme bleiben ungelöst. Wie können wir:

- das stets wachsende Bedürfnis nach Mobilität vereinbaren mit dem Schutz unseres Wohlbefindens und der Umwelt?
- die Schule modernisieren und den Ausbildungsstand verbessern, ohne alle Beteiligten – Schüler, Lehrerinnen, Eltern, Behörden – heillos zu überfordern?
- den Wirtschaftsstandort fördern, ohne die Wohnlichkeit zu opfern?
- das vorbildliche Gesundheitswesen und das ambitiöse Kulturangebot mit einer laufend schrumpfenden Bevölkerung finanzieren?
- den Staat und die Privatwirtschaft fit und konkurrenzfähig erhalten, ohne die soziale Sicherheit aufs Spiel zu setzen?
- mit demjenigen Teil der ausländischen Bevölkerung zusammenleben lernen, der kaum Deutsch spricht?

Patentrezepte gibt es keine, und es helfen weder Radikallösungen noch

idealistische Tagträume weiter. Gefragt sind innovative und konsensfähige Ideen – und viel Geduld und Knochenarbeit bei der Umsetzung.

2) Die SP hat die Politik, die weiterführt:

Attraktives Wohnen und finanzielle Entlastung für Familien: Basel-Stadt hat zu wenig geeignete Wohnungen für Familien. Das Aktionsprogramm Stadtentwicklung der Regierung überzeugt und hat die volle Unterstützung der SP. Seit der Kanton eine positive Rechnung ausweist, besteht wieder eine Chance, finanziell mehr für Familien zu tun. Die Riehener Steuerordnung mit ihren Kinderabzügen kann für den ganzen Kanton als Vorbild dienen.

Noch bessere öffentliche Dienstleistungen: Die SP will einen modernen und leistungsfähigen Staat mit qualifizierten Mitarbeitenden, die auf faire und attraktive Anstellungsbedingungen zählen können.

Integration der ausländischen Wohnbevölkerung – mit Pflichten und Rechten: Die SP unterstützt Sprachkurse für die ausländische Bevölkerung und das Integrationsleitbild der Regie-

rung, das sich an «den Ressourcen und am Potenzial der Zugewanderten» statt an Feindbildern orientiert.

Verkehr mit Zukunft: Lieber Mobilität mit Köpfchen als im Stau stecken bleiben! Die SP unterstützt weiterhin alle umweltschonenden Verkehrsarten (Tram, Bus, Regio-S-Bahn, Ausbau der Velowege und -abstellplätze, Flanier- und Begegnungszonen).

Die Schulreform weiterführen, bestehende Mängel beheben: Die SP steht seit jeher für gute und zeitgemässe Schulen ein und trägt die bereits eingeleiteten Verbesserungen mit.

3) Ein dicker Brocken ist und bleibt die hängige Volksinitiative, die die Reduktion der Steuerunterschiede zwischen den Landgemeinden und dem Stadtgebiet verlangt. Hier müssen die schlimmsten kontraproduktiven Auswirkungen verhindert werden.

Im Schulbereich, Gesundheitswesen und Verkehr: Der Kanton darf die notwendigen Investitionen auf Gemeindegebiet nicht «vergessen» oder verschieben. Hier sind immer wieder rechtzeitige und unüberhörbare Interventionen nötig. Dafür sorgen wir von der SP.

JUNGES BASEL

«Die Steuerbelastung muss gesenkt werden»

1a) Die Steuerbelastung im Kanton Basel-Stadt muss gesenkt werden. Junges Basel setzt sich für weniger Steuern und eine flachere Progressionskurve ein. Basel kann und muss es gelingen, auch steuerlich konkurrenzfähig zu bleiben: sonst wandern besonders junge Familien in die basellandschaftlichen Agglomerationsgemeinden ab.

1b) An der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung führt kein Weg vorbei. Junges Basel steht hinter dem zu Unrecht gescholtenen Integrationsleitbild der Regierung. Selbstverständlich ist für uns, dass wer in der Schweiz lebt, unsere Grundwerte und unsere Lebensart respektieren muss.

1c) Basel-Stadt darf stolz sein auf seine gut funktionierende Wirtschaft. Junges Basel will sich vor allem für einen Abbau der Bürokratie stark machen und damit neuen, unkonventionellen Ideen Steine aus dem Weg räumen. Junge Unternehmer sollen mit Steuererleichterungen und administrativem Entgegenkommen gefördert werden. Die Politik darf nie vergessen, dass ohne ein starkes und gesundes Klein- und Grossgewerbe ein Gemeinwesen nicht überleben kann.

1d) Junges Basel glaubt, dass es möglich ist, die Interessen von Fussgängern, Velo- und Autofahrern unter einen Hut zu bringen. Diese «Naivität» wollen wir uns erhalten: Junges Basel setzt sich für eine velo- und fussgängerfreundliche Stadt ein, genauso sind wir aber überzeugt, dass es dringend mehr Parkplätze in der Innerstadt braucht.

1e) Der Ruf nach einer «Aufwertung des Wohnumfelds» tönt zwar etwas nach Politiker-Slang, meint aber das Richtige. Das Allerwichtigste ist, dass die Menschen dort, wo sie schlafen, arbeiten und ausspannen, auch gerne leben. Junges Basel will hohe Wohnqualität erhalten (z.B. in Riehen) und die Lebensqualität in lange vernachlässigten Quartieren fördern (z.B. im Matthäus-Quartier).

1f) Die Schulreform ist nun einmal da, dies sollte man akzeptieren, indem man nicht nur mit den Zähnen knirscht,

sondern hilft, sie zu verbessern. Denn unsere Schule muss besser werden und dies schnell. Junges Basel will, dass der Niveauunterricht ausgebaut wird. Kein Kind soll beim Lernen gebremst werden, keines darf «unter die Räder» kommen.

Die Schule ist sicher ein wichtiger Ort für Integrationsbemühungen – die Vermittlung von Bildung darf darunter nicht leiden. Ein wichtiges Anliegen von Junges Basel ist, dass die Schulabgänger besser auf das Berufsleben vorbereitet sind: Niemand soll nach der Schule stempeln gehen müssen.

2. Wir wollen uns in allen wichtigen Themen engagieren! Am meisten beschäftigen uns natürlich jene Probleme, von denen wir unmittelbar betroffen sind, zum Beispiel die Bildungspolitik. Viele Kandidierende von Junges Basel stehen selbst noch in der Ausbildung. Wir glauben, mit dieser Perspektive einiges beitragen zu können. Wichtig ist uns auch die Lebensqualität im Kanton: Hier wollen wir als Politiker mithelfen, dass der Staat Rahmenbedingungen für Privatinitiativen bildet, welche zur Steigerung der Wohnqualität beitragen. Basel-Stadt muss als Wohnort für junge, berufstätige Menschen wieder attraktiv werden.

3. Riehen und Bettingen haben immer wieder Mühe, sich in der grossen Stadt Gehör zu verschaffen. Oft werden die Landgemeinden mit einer gehörigen Portion Arroganz bei wichtigen Entscheiden einfach übergangen. Das muss sich ändern. Riehen und Bettingen sind für den Kanton Basel-Stadt von grosser Wichtigkeit (nicht nur finanziell) und dürfen ruhig darauf pochen, ihrer Wichtigkeit entsprechend behandelt zu werden.

Junges Basel will, dass die Landgemeinden, wo immer sie etwas ausführen, auch selbst darüber entscheiden (Gemeindeautonomie). Junges Basel will, dass der Druck auf das tiefere Steuerniveau in den Landgemeinden nachlässt. Junges Basel will ganz allgemein Verständnis für die Anliegen der Landgemeinden gewinnen. Die Stadt soll endlich merken, was sie an Riehen und Bettingen hat.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (CVP)

«Für eine koordinierte und vernetzte Integration»

1a) Wir brauchen eine attraktive Steuergesetzgebung. Die Steuertarife und Sozialabzüge sind grundsätzlich zu überarbeiten, ebenso der Vermögenssteuertarif. Sozialverträgliche Vermögensanalysen sind zu fördern.

1b) Wir brauchen eine Integrationspolitik, die nicht dem Zufall überlassen ist. Wir fordern klare Rahmenbedingungen, die auf allen Ebenen koordiniert sind. Die professionelle und ehrenamtliche Integrationsarbeit ist zu koordinieren und zu vernetzen, damit die vorhandenen Mittel effizient eingesetzt werden können.

1c) Wir brauchen einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Unser Kanton muss wirtschaftlich und touristisch besser verkauft werden. Bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sind Steuerfreibeträge zu gewähren. Die Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind gleich zu gewichten. Wir setzen uns ein für die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle auch in der öffentlichen Verwaltung.

1d) Wir brauchen Ausgewogenheit zwischen öffentlichem und privatem Verkehr. Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Einkauf, Freizeit müssen wieder näher zusammenrücken. Wir brauchen vor allem für Pendler und Touristen ein Parkleitsystem. Die Regio braucht ein integratives Verkehrskonzept, das alle Verkehrsarten berücksichtigt und ökonomisch und ökologisch ausgerichtet ist.

1e) Wir brauchen eine wohnliche Stadt. Wir wollen eine quartierbezogene Stadtplanung. Das Wohneigentum ist zu fördern. Die vorhandenen Wohnraum-

reserven müssen genutzt werden. Die Bewilligungspraxis ist zu vereinfachen. Unnötige Vorschriften sind aufzuheben. Wir unterstützen realistische Lösungen zur Verbesserung der Umweltqualität (Verkehr, Sauberkeit, Ökosteuer).

1f) Wir brauchen eine Schule, die eine gesellschafts- und wirtschaftsorientierte Ausbildung garantiert. Der Lehrplan und die Ausbildung der Lehrkräfte sind den sich verändernden Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft anzupassen. Hochbegabte, Fremdsprachige und Behinderte sollen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Die Inspektionsaufgaben, das heisst die Kompetenzen und Pflichten der Inspektion, sind neu zu regeln.

2) Die CVP setzt sich nebst den in Frage 1 beantworteten Themenbereichen dafür ein, dass die Steuern im Kanton Basel-Stadt gesenkt werden, mit dem Ziel, weiteres Abwandern von sehr gut verdienenden und vermögenden Einwohnerinnen und Einwohnern in die Landkantone zu verhindern. Um konkurrenzfähig zu bleiben, braucht der Kanton Basel-Stadt die steuergünstigen Landgemeinden.

Mit der Wiederaufnahme des WOV-Projektes strebt die CVP an, die Gemeindeverwaltung in den kommenden Jahren zu modernisieren bzw. zu professionalisieren. Mit dem Willen, den Prozess im Dialog mit Gemeinderat, Einwohnerrat, Verwaltung und Bevölkerung zum Wohle der Gemeinde Riehen weiterzuführen.

Im Weiteren ist die CVP Ansprech-

Fortsetzung auf Seite 27

RZ-WAHLJOURNAL

Fortsetzung von Seite 26

- partnerin für:
- bürgerfreundliche Verwaltung mit motivierten Menschen
 - einfachere Gesetze und Verordnungen
 - eine Matura, die etwas bringt
 - gute Berufsaussichten für unsere Jugendlichen
 - funktionierende Hochschulen
 - Theater, Orchester, Museen als Grundbereiche unserer Kultur
 - gesunde und finanzierbare Alters- und Invalidenvorsorge
 - gesunden Staatshaushalt
 - finanzierbare und für alle tragbare Krankenversicherungen

GRÜNE/BASTA!/FRAUENLISTE

«Für gegenseitige Achtung und Toleranz»

1a) In einer Zeit, in welcher der Ruf nach Deregulierung immer lauter und der Graben zwischen Arm und Reich immer breiter wird, ist es besonders wichtig, staatliche Instrumente, die der Gemeinschaft und dem sozialen Ausgleich dienen, zu bewahren bzw. zu schaffen. Die Grüne Partei setzt sich deshalb entschieden gegen die Abschaffung der Erbschaftssteuer für Nachkommen, gegen eine Senkung der Vermögenssteuer und für eine sozialverträgliche Einkommenssteuer ein.

1b) Der Themenbereich ist zu komplex, als dass wir hier in drei Sätzen Lösungen anbieten könnten. Wir kämpfen primär für die gegenseitige Achtung und Toleranz und wünschen zusätzlich eine wirklich professionelle Hilfe in der Auseinandersetzung unserer Kultur mit fremden Kulturen und umgekehrt, so dass ein echter Austausch möglich ist und wir schliesslich – alle um einander bereichert – zusammenleben können.

1c) Die Abhängigkeit Basels von ein paar wenigen Industriemultis hat schon fatale Folgen gezeigt. Die Grüne Partei setzt sich deshalb für kleinere Betriebe ein und ist überzeugt, dass z.B. mit Investitionen im Bereich der Alternativenenergien und Spartechnologien attraktive neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

1d/e) Der motorisierte Verkehr wächst und wächst und ist zu einer wahren Bedrohung geworden. Wir kommen nicht umhin, den öffentlichen Verkehr weiter auszubauen und den Fussgängern, Velofahrern und Trotti- nettlern wieder mehr Platz zu verschaffen. Nur so und durch einen sorgfältigen Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen und einer in die Zukunft weisenden Energiepolitik (dazu gehört z. B. auch der von Jürg Stöckli, Basel, eingereichte Anzug für eine Standesinitiative zur Besteuerung des Flugbenzins) können wir wieder zu einer guten Lebens- und Wohnqualität finden.

3) Die CVP sieht sich als echte und einzige Volkspartei im politischen Sinne. Personen aus allen Schichten sind vertreten. Bedingt durch diese Heterogenität können die bestmöglichen Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden.

In den nächsten vier Jahren will die CVP die Stellung der Landgemeinden Riehen und Bettingen als lebendigen, wirtschaftlichen und kulturellen Wohnort in der Region behaupten. Die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem näheren und weiteren Umland muss verbessert werden. Dies gilt natürlich für die Bereiche Wohnen, Schulen, Forschung, Wissenschaft, Arbeitsplätze, Wirtschaft und Steuern.

1f) Hier droht vielen guten Ideen und Reformen die Sparguillotine. Das ist nicht nur schade, sondern geradezu dumm und gefährlich. Die Bildung, und zwar nicht nur diejenige auf der sog. höheren Stufe, ist unser wichtigstes Startkapital.

Die Grünen sind deshalb gegen Sparübungen in der Bildungspolitik und werden sich insbesondere auch für die bei der WBS dringend notwendigen Reformen einsetzen.

2) Wir Grünen werden uns selbstverständlich weiterhin ganz besonders in der Verkehrs- und Umweltpolitik engagieren, weil wir und unsere Kinder ohne einen sorgsamen Umgang mit den Ressourcen, ohne einen wirksamen Klimaschutz und ohne Entsorgung der vielen Altlasten gar nicht hoffnungsvoll in die Zukunft schauen dürfen. Ebenso engagiert werden wir unsere Kräfte in die Bildungspolitik einbringen und uns für die Integration von Migranten und Migrantinnen einsetzen, weil wir die Herausforderungen der globalisierten Welt nur annehmen können, wenn wir offen und gut ausgebildet sind und – dies vor allem – vom Grundkonzept der Solidarität ausgehen.

3) Es ist erschreckend zu sehen, wie einem Grossteil der BaselstädterInnen nicht bewusst ist, dass der Grosse Rat kein Stadt-, sondern ein Kantonsparlament ist. Die Grünen Riehen werden sich dafür einsetzen, dass das einzigartige und recht abstruse Konstrukt «Kanton – sog. Landgemeinden Riehen und Bettingen – theoretisch nicht existente, aber praktisch omnipräsente Gemeinde Basel» endlich entflochten wird. Es ist uns wichtig, dass die Gemeinde Riehen selbständig und als Lebensraum attraktiv bleibt. In diesem Sinne werden wir für ihre Gemeindeautonomie, das Gemeindespital, den Erhalt der bestehenden Grünflächen und nicht zuletzt für ihre sozialverträgliche Steuerpolitik eintreten.



Die Uhr am Basler Rathaus tickt. Die Zeit des amtierenden Kantonsparlamentes läuft langsam, aber sicher ab. Neue Kandidatinnen und Kandidaten drängen nach und wollen frischen Wind in den Grossratssaal bringen.

Foto: RZ- Archiv

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

«Basel-Stadt braucht eine bürgerliche Alternative»

1a) Bei den natürlichen Personen ist die Belastung von Einkommen und Vermögen in Basel-Stadt, im Vergleich mit den Nordwestschweizer Kantonen, mit Abstand am grössten. Es muss deshalb eine Senkung der Steuern folgen. Aus dem gleichen Grund ist die Nivellierung der Steuern von Basel und Riehen zu verneinen. Eine letzte Schranke des interkantonalen Wettbewerbs würde fallen.

Wir sind auch klar für die Abschaffung der Erbschaftssteuer. Stellen wir uns vor, es gäbe in Basel noch mehr höhere Steuern und keiner ist mehr da, um diese zu bezahlen!

1b) Die SVP ist klar für eine Stabilisierung des Ausländeranteils. Die Integration gehört zu jeder sinnvollen Ausländerpolitik. Sie funktioniert jedoch nur, wenn die Ausländerzahl die Möglichkeit des Aufnahmelandes nicht sprengt. Zudem ist Integration nicht allein Aufgabe des Gastlandes. Sie obliegt auch dem Einwanderer selbst. Andere Länder, andere Sitten!

1c) Damit Basel für die Wirtschaft wieder attraktiver wird, sind vorab Steuerenkungen und der Abbau der Normenflut notwendig. Das Bewilligungsverfahren muss generell schneller und einfacher werden. Mit dem Lärm- und Umweltschutz darf nicht «Schindluderei» getrieben werden. Für die wirtschaftliche Prosperität braucht es ein reichliches Parkplatzangebot.

1d) Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Bedarfsgerechte und leistungsfähige Verkehrsnetze sind Voraussetzung einer positiven Entwicklung aller Wirtschaftsregionen.

Gerade für Riehen tun wir gut daran, uns mit dem Dossier «Zollfreistrasse» intensiv zu beschäftigen. Denken wir an den freien Personenverkehr ab 2003!

e) Ob 5000 Wohnungen – zum Grosse- teil auf Industrie- und Bahnarealen – wirklich der Weisheit letzter Schluss sind für die Ansiedlung guter Steuerzahler, ist mehr als fraglich. Es gibt Wichtigeres zu tun:

- massive Verbesserungen im Schulwesen
- Behebung der Parkplatzmisere
- Abbau der zu hohen Steuern
- Erhöhte Sicherheit für die Bevölkerung

1f) Die links orientierte Schulpolitik hat versagt. Die guten Schüler mangeln an Forderung und Förderung, die schlechten sind überfordert, die Mitte schwimmt. Die Folge ist eine Zweiklassengesellschaft. Die Idee der Chancengleichheit ist zur Chancenlosigkeit verkommen. Wir wollen eine leistungsorientierte Mittelschule.

2) Die SVP ist gegen jede neue Steuer, Abgaben- oder Gebührenerhöhung. Wir können es nicht zulassen, dass wir Jahr für Jahr immer mehr für den Staat arbeiten müssen.

Die SVP verlangt, dass sich die Ausländerpolitik der Stadt Basel inskünftig primär nach den Bedürfnissen der Schweizer Bevölkerung ausrichtet. Integration ist denn auch nicht primär eine Aufgabe der Gesellschaft, sondern eine Pflicht des bleibewilligen Zuwanderers.

Mit der bereits lancierten SVP-Initiative «Für eine bessere Schule – unseren Kindern zuliebe.» Stopp der Abwanderung ganzer Familien wegen der schlechten Basler Schulen. Unsere Kinder müssen wieder ihren Begabungen, Fähigkeiten und Talenten gefördert werden. Die Schüler wollen sich an ihren Leistungen messen, dazu gehören Noten. Wir wollen eine Chancengleichheit für unsere Kinder aus Basel-Stadt, bei der Suche eines Arbeitsplatzes.

3) Im Kanton Basel-Stadt müssen die föderalistischen Werte gepflegt werden. Die Gemeindeautonomie für Riehen darf auf keinen Fall geschwächt, sondern muss im Gegenteil gestärkt werden. Staatliche und private Aufgaben sind dort zu erledigen, wo sie anfallen.

Die kommenden Grossratswahlen bedeuten eine Weichenstellung für die politische Zukunft in Basel. Mit der Basler SVP haben Sie die Garantie, dass die Anliegen, Sorgen und Nöte der Schweizerinnen und Schweizer ernst genommen und im Grossen Rat umgesetzt werden. Wir sind der Überzeugung, dass Basel-Stadt dringend eine bürgerliche Alternative braucht.

IMPRESSUM

Verlag:
A. Schudel & Co. AG
4125 Riehen, Schopfgrässchen 8
Telefon 645 10 00 und 645 10 11
Telefax 645 10 45
Internet www.riehener-zeitung.ch
E-Mail riehenerzeitung@riehener-zeitung.ch
Leitung Christoph Schudel

Redaktion:
Redaktionsleitung: Dieter Wüthrich (wü)
Judith Fischer (fi), Rolf Spriessler (rs)

Freie Mitarbeiter:
Rainer Dobrunz, Philippe Jaquet (Fotos),
Nicolas Jaquet (nj), Marlene Minikus (mm),
Amos Winteler (aw).

Inserate:
Sabine Fehn, Verena Stoll
Telefon 645 10 00, Telefax 645 10 45

Verkauf ausserhalb Verbreitungsgebiet:
Publicitas, 4010 Basel
Telefon 275 41 41, Fax 275 42 42

Abonnementspreise:
Fr. 75.– jährlich (Einzelverkaufspreis Fr. 1.80)
Abo-Bestellung über Telefon 645 10 00
Erscheint wöchentlich im Abonnement
Redaktions- und Anzeigenschluss:
Dienstag, 18 Uhr

Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.
Für unverlangte Zusendungen wird jede Haftung abgelehnt.

DEMOKRATISCH-SOZIALE PARTEI (DSP)

Keine steuerliche Mehrbelastung für die Landgemeinden

1a) Die unglückselige Steuerinitiative ist nach wie vor nicht erledigt. Schon allein aus diesem Grunde wird sich das Parlament unweigerlich mit Steuerfragen auseinander setzen müssen. Zwar schliesst die Rechnung unseres Kantons mit einem Überschuss von etwa 40 Millionen ab. Nicht vergessen dürfen wir dabei, dass wir einen grossen Schuldenberg haben.

Diese Gesamtschuld von 5,7 Mrd. kostet uns jährlich 240 Mio. an Zinsen. Es ist auch zu bedenken, dass unser Kanton in Bezug der Steuerbelastung rund 10 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegt. Unter diesem Aspekt sind in Basel-Stadt die Steuern baldmöglichst auf den schweizerischen Durchschnitt abzusenken. Es wäre auch total falsch und widersprüchlich, die steuerliche Belastung der Bewohner der Landgemeinden zu erhöhen. Die DSP fordert eine gerechte, einkommensunabhängige Steuererleichterung für Familien mit Kindern sowie für Alleinerziehende.

1b) Der Ausländeranteil ist mit etwa 28 Prozent in unserem Kanton unbestritten sehr hoch. Unter solchen Umständen ist es schwierig, Integrationsbestrebungen durchzusetzen. Die Gettoisierung der Quartiere muss verhin-

dert werden. Die DSP ist aber gegen ein Stimmrecht für Ausländer. Vielmehr soll die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern ermöglicht werden.

1c) Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt war schon immer ein Anliegen der DSP. Sie will eine starke, dynamische und erfolgreiche Wirtschaft ohne unnötige Fesseln. Die DSP steht der Erweiterung der Messe Basel und Ausbau eines Containerterminals im Rheinhafen positiv gegenüber.

1d) Eines dieser Probleme ist mit dem Verkehrsplan 2000 bereits eingeleitet. Es gilt nun, dieses umfassende Werk zu analysieren und im Grossen Rat zu diskutieren. Die DSP bekennt sich zu einem umfassenden Schutz von Natur und Umwelt.

1e) Die kantonale Raumplanung muss im Interesse einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur Wohnraum für sämtliche Einkommensschichten und Ansprüche ermöglichen. Es gilt nun, die im Kontext der «Werkstadt Basel» enthaltenen Ideen in die Tat umzusetzen. Gleichzeitig ist aber mit den grünen Landreserven haushälterisch umzugehen. Im Weiteren sind brachliegende Gewerbeliegenschaften einer neuen

Nutzung zuzuführen.

1f) Die DSP befürwortet das Konzept der Neuen Schule, diese hat ohne Zweifel noch gewisse Mängel. Deswegen das ganze Schulsystem schon wieder umzukrempeln, halten wir für verfehlt. Das Schulwesen darf nicht zu einem Zweiklassensystem führen.

2) Die DSP ist aus Tradition sozial eingestellt. Ein grosses Engagement zeigt die DSP deshalb für die Bewahrung der Errungenschaften des Sozialstaates. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wollen wir hier auf ein bedürfnisorientiertes Sozialwesen hinarbeiten.

Im Gesundheitswesen will sich die DSP für eine solide und für die Versicherten zahlbare medizinische Grundversorgung einsetzen. Die DSP fordert einen gesamtschweizerischen Einheits- tarif im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung. Wohnlichkeit und Lebensqualität verlangen nebst einer guten Umgebung auch nach Sicherheit.

Die DSP setzt sich deshalb dafür ein, dass Qualität und Umfang der polizeilichen Dienstleistungen mindestens erhalten bleiben. Die Polizei und die Grenz- wache müssen über genügend

personelle und materielle Mittel verfügen. Die DSP setzt sich ein für die Förderung des öffentlichen Verkehrs durch Steigerung der Attraktivität, ohne die übrigen Verkehrsträger zu behindern. Der Regio-S-Bahn gilt unser besonderes Augenmerk.

3) Die Anliegen für mehr Gemeindeautonomie müssen jetzt im Verfassungsrat eingebracht werden. Bis es aber so weit ist, will sich die DSP für die grösstmögliche Gemeindeautonomie einsetzen. Zusätzlich wollen wir uns vor allem in folgenden Bereichen einsetzen:

— **Schulen:** Hier verlangen wir vom Kanton endlich entschlossenes Handeln. Der Neubau des Schulhauses «Hintergärten» ist für die DSP zwingend nötig.

— **Verkehr:** Seit Jahren leidet ein Teil der Riehener Bevölkerung unter dem starken Durchgangsverkehr. Das bei der Erstellung des Autobahnzollamtes abgegebene Versprechen für den Bau einer Zollfreistrasse ist jetzt einzulösen. Wie wäre mit einem Kreisell an der Kreuzung Lörcherstrasse/Weilstrasse? Die Erstellung eines Trottoirs an der Inzlingerstrasse muss endlich realisiert werden.

Die Riehener Parteien nehmen Stellung



Das Rathaus soll kein politischer Elfenbeinturm sein – auch in den kommenden vier Jahren werden vom Grossen Rat bürgernahe Entscheide erwartet.

SCHWEIZER DEMOKRATEN (SD)

«Ausländer müssen sich unseren Sitten anpassen»

1a) Die politischen Gegebenheiten realistisch betrachten heisst für uns, dass eine grössere Steuersenkung kaum durchzuführen ist. Die Staatsschulden betragen über 5 Milliarden Franken. Hätten wir keine Rückzahlungs- und Zinsverpflichtungen, könnte mit den über 200 Mio. Franken, allein für die Zinsentilgung, einiges im Kanton angepackt werden. In erster Linie gilt heute: Keine roten Zahlen mehr und Schuldenabbau! Eine Aufhebung der Erbschaftsteuer – zumindest für direkte Nachkommen – sollte aus Gerechtigkeitsgründen angestrebt werden.

1b) Wir lehnen den Inhalt des Integrationsberichtes grösstenteils ab. Dass künftig fremdsprachige Primarschüler Deutsch erst als Zweitsprache vermittelt bekommen sollen, rüttelt am bisher in der Schweiz gelebten Grundsatz des Territorialprinzips.

1c) Die Bedingungen für eine wirtschaftsfreundlichere Politik sind im Kanton noch zu optimieren. So muss z.B. das Verkehrsproblem gelöst und auch das Niveau der Basler Schulen angehoben werden, damit Schulabgänger auf dem Arbeitsmarkt – im Vergleich mit ausserkantonalen Mitbewerbern – zumindest einen gleichwertigen «Schulsack» vorweisen können.

1d) Die SD vertreten die Meinung, dass alle Verkehrsteilnehmer einen gemeinsamen Nenner finden müssen, um auf diese Weise ihre verschiedenen In-

teressen in Einklang zu bringen. Es ist zweckmässig, dem öffentlichen Verkehr die Priorität einzuräumen, damit ein Grossteil der Reisenden und Pendler auf die umweltschonendste Weise von A nach B gelangen kann.

1e) Es erscheint uns richtig, dass die Massnahmen gegen Dreck und Schmierereien intensiviert werden, damit unser Kanton wieder sauber wird. Wer trotz staatlicher Intervention und Informationsbemühungen immer noch (fremde) Wände verschmiert, muss hart bestraft werden. Auch Abfallsäcke und Gerümpel gehören nicht während Wochen aufs Trottoir deponiert. Zudem ist die öffentliche Sicherheit zu verbessern!

Steuerliche Entlastungen für Familien mit Kindern sind immer ein Thema, sofern es der Staatshaushalt erlaubt. Kindern soll auch genügend Freiraum (Spielplätze) zur Verfügung gestellt werden.

1f) Das Basler Schulsystem krankt. Die damalige Schulreform erbrachte die gewünschten Resultate bei weitem nicht. Die generelle Wiedereinführung von Noten sowie eine Stärkung der Lehrerposition ist notwendig. Vielen Schülern fehlt es am Wissen in den Grundlagenfächern wie Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen. In zu vielen Klassen ist der Anteil der fremdsprachigen Kinder zu hoch, was sich auf die Lernqualität auswirkt. Eine bessere Durchmischung drängt sich auf. Hoch-

begabte Schüler sind speziell zu fördern.

2) Wie schon erwähnt, lehnen die SD den Integrationsbericht fast vollumfänglich ab, da sich dessen Ziele meist gegen die Interessen der Einheimischen richten. Einzig der Einsatz von «Mediatoren» scheint uns unterstützungswürdig zu sein.

Die SD lehnen es ab, dass in den Basler Schulen beispielsweise türkische und albanische Lehrer unterrichten. Der Regierungsrat beabsichtigt, diese Lehrkräfte gar für «Kulturbrückenangebote» einzusetzen. Und die Krönung des Ganzen – das Stimm- und Wahlrecht soll den Ausländern in Basel-Stadt auch noch zugestanden werden. Ausländer müssen sich unseren hiesigen Sitten und Gewohnheiten anpassen. Wer stimmen und wählen will, soll sich einbürgern lassen und so auch Verantwortung übernehmen!

3) Schweizer Demokraten setzen sich für direkt-demokratische und somit föderalistische Staatsstrukturen ein. Diese Haltung gilt gegenüber auch auf kantonomer Ebene. Den beiden Landgemeinden soll «so viel» Autonomie gewährt werden, wie dies in unserem Kanton verträglich ist. Bei Anliegen, welche die Landgemeinden nicht alleine bewältigen können (z.B. Schulhausbau), soll der Kanton nicht eine Verhinderungspolitik betreiben, sondern den Gemeinden finanziell und fachlich zur Seite stehen.

Grossratswahlen im Wahlkreis Bettingen

Hanspeter Kiefer-Volkart, VEW, bisher



Hanspeter Kiefer-Volkart, VEW, bisher

1a) Durch Sparmassnahmen ist es gelungen, dass der Kanton wieder schwarze Zahlen schreibt. Drei klare Schwerpunkte für die Finanzpolitik zeichnen sich für mich ab:

1. Schuldenabbau
2. Steuersenkungen, damit der Kanton auch gegenüber den umliegenden ausserkantonalen Gemeinden attraktiver wird; es geht aber insbesondere auch darum, einen kantonalen Beitrag an die notwendige Verkleinerung der Steuerdifferenz zu den Landgemeinden zu leisten.
3. Familien entlasten.

1b) Ich begrüsse das Integrationsleitbild von Basel-Stadt. Wir wollen und müssen mit unsern Ausländern zusammenleben und arbeiten. Dazu müssen wir mit ihnen in einen Dialog treten können. Dies bedingt, dass Fremdsprachige Erwachsene baldmöglichst Deutsch lernen sollten, bei den Kindern muss dieser Prozess schon vor dem Kindergarten Eintritt einsetzen. Für in der Schweiz geborene Ausländerinnen und Ausländer befürworte ich eine erleichterte Einbürgerung.

1c) Um sozial sein zu können, braucht der Kanton Einnahmen. Diese sind durch die Sicherung und Förderung des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt einerseits, durch ein angenehmes, sicheres Wohnumfeld – auch für betuchte SteuerzahlerInnen – und durch ge-

rechte Abgeltung der Zentrumsleistungen unseres Kantons durch Kantone und Nachbargemeinden andererseits zu erreichen.

1d/e) Zu einem gesunden Wohnumfeld gehören auch weniger Verkehr, bessere Luft, Wohn- und Flanierstrassen, weniger Staus etc. Der Verkehr muss dafür soweit als möglich umgelagert, eingedämmt und kanalisiert werden. FussgängerInnen und VelofahrerInnen voraus! Ausbau des öffentlichen Verkehrs! Mehr TGV und ICE als Flugzeug! sind ein paar meiner Visionen und Ziele.

1f) Die angefangene Schulreform muss weitergeführt, evaluiert und immer wieder Verbesserungen unterzogen werden. Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Mit von Eltern, Abnehmer-schulen und Wirtschaft attestierter Sozialkompetenz und Selbständigkeit der SchülerInnen hat die Schulreform schon einiges Positives bewirkt. Zur Vermittlung durch die Schule gehören auch ethische Grundwerte, die Besinnung auf unsere christlich-jüdische Tradition. Ich setze mich darum für die Erhaltung des Religionsunterrichts an unseren Schulen ein. Die Schule allein kann aber nicht alles leisten. Deshalb gilt: Zu Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland. Die Eltern sind auch in die Pflicht genommen!

2) Als ehemaliger Dorfschulmeister von Bettingen, der 32 Jahre lang mit

Freude unterrichtet hat und jetziger Konrektor der Landschulen liegen mir vor allem Schulfragen am Herzen. Daneben sind es die Kultur und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sei es mit andern Kantonen oder mit dem nahen Ausland, die mich als Mitglied der grossrätlichen Kultur- und der Regiokommission beschäftigen und für die ich mich weitere vier Jahre einsetzen möchte.

Integration- und Sozialprobleme sind weitere Schwerpunkte meiner parlamentarischen Arbeit.

3) Bettingen steht bekanntlich nur ein Grossratsstz zur Verfügung. Die VEW als Partei der Mitte ist für mich der richtige Platz, um ein möglichst grosses Spektrum der Dorfbewölkerung im kantonalen Parlament zu vertreten. Ich kenne Bettingen seit 1964, weiss, wo der Schuh drückt, und trage zusammen mit meinen MitparlamentarierInnen aus Riehen dazu Sorge, dass die Landgemeinden von der Regierung und dem Parlament nicht übergangen werden. Dort, wo mehr Autonomie möglich ist, muss sie gewährt werden. Eine Stadt mit mehr als 20'000 Einwohnern, in der nicht die ganze Volksschule besucht werden kann (WBS fehlt!) und die über keine Schulhoheit verfügt, ist in unserem Land ein Unikum. Bettingen und Riehen führen ihre Kindergärten ausgezeichnet und bürgernah, weshalb wird ihnen die Führung der Schulen vorenthalten?

Stefan Hofer, PdA



Stefan Hofer, Partei der Arbeit (PdA)

Schon seit meiner Kindheit bin ich engagiert im weltweiten Kampf für Gleichberechtigung, Demokratie, Menschenrechte und Frieden und gegen Privilegien, Ausbeutung und Unterdrückung, Elend und Krieg.

Hier im Kanton Basel-Stadt setze ich mich schon seit Jahrzehnten für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, für soziale Gerechtigkeit sowie für den Schutz unserer Lebensgrundlagen ein. Von 1972 bis 1984 habe ich, damals als einer der jüngsten Grossräte, in der Fraktion der PdA während dreier Amtsperioden dem Grossen Rat angehört. Durch meine Mitarbeit im Grossen Rat

habe ich bewiesen, dass meine Wähler sich auf mich verlassen können. Als Mitglied der PdA-Fraktion habe ich beharrlich, aber nicht stur gefochten für die Interessen der arbeitenden Menschen. Nicht ohne Stolz kann ich sagen, dass wir auch einiges erreicht haben. Obwohl wir eine kleine Fraktion waren, haben wir einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet zu dem, was das soziale Basel genannt wird.

Ich war auch massgeblich beteiligt an den Volksinitiativen, mit welchen die PdA in den letzten 25 Jahren in Basel Politik gemacht hat, so zum Beispiel an den Initiativen, mit denen die Plafonierung des Teuerungsausgleichs des Staatspersonals in den oberen Lohnklassen durchgesetzt worden ist und der Bau von Grossparkings in der Innenstadt (z. B. unter dem Münsterhügel) verhindert worden ist.

Heute und in Zukunft steht unser Kanton vor grossen Herausforderungen (Bevölkerungsschwund, Ausländerproblem), zu deren Bewältigung ich im Grossen Rat beitragen möchte.

Seit 1944 ist die PdA ununterbrochen im Grossen Rat vertreten. Sie hat sich bewährt als verlässliche Kraft im Kampf für ein soziales und Wohnliches Basel.

Die PdA gehört zur politischen Landschaft in diesem Kanton und soll deshalb auch weiterhin im Grossen Rat vertreten sein, zumal wir die einzige Linkspartei sind, die klar dagegen ist, dass die Schweiz der EU beitrifft.



Das Rathaus am Marktplatz – Wirkungsstätte von 130 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus fünf Wahlkreisen.



Fotos: RZ-Archiv

Aus der badischen Nachbarschaft

Eberhardt bleibt

Das Wahlergebnis sprach Bände: Am Dienstag hat der Weiler Gemeinderat den bisherigen Bürgermeister Eberhardt (SPD) einstimmig für die nächsten acht Jahre im Amt bestätigt. Unterlag der alte und neue Bürgermeister im März dieses Jahres bei den Wahlen zum Oberbürgermeister Wolfgang Dietz mit grossem Abstand, hat er nun eine Basis, um seine Vorstellungen voll und ganz im Bereich des Bauwesens einzubringen. Politisch interessant wird sich die Zusammenarbeit zwischen einem CDU-Mitglied als Oberbürgermeister und einem SPD-Mitglied als Bürgermeister sicher gestalten. Jedoch streben sowohl Dietz als auch Eberhardt eine Art Tandem-Verfahren an, das die Stadt Weil weiterbringen soll. Dem anderen Bewerber, Georg Spachtholz, konnte von Anfang an keine realistische Chance eingeräumt werden. In seinem Statement schlug der Architekt die Vernetzung der Verkehrswege im Dreiländereck vor, was jedoch nichts wirklich Neues bedeutete. Sein Auftritt erschien nicht unsympathisch, aber politisch unvorbereitet und bruchstückhaft.

Heiterer Theaterabend

Drei Einakter über Liebe und Schmerz, meist mit Happyend, präsentiert das «Theater 79» aus Freiburg am 30. September um 20 Uhr im Theater am Mühlenrain in Alt-Weil. Überschriften sind die heiteren Stücke mit: «Die Taube in der Hand», «Der Bär» und «Lottchens Geburtstag». Alle Plätze sind nummeriert und können über die Buchhandlung Lindow, Hinterdorfstrasse, Alt-Weil, Telefonnummer 0041/7621 71334, reserviert werden.

Andrang am Zoll

Über 500'000 Anträge auf Mehrwertsteuer-Rückerstattung werden im Bereich des Zollamtes Weil pro Jahr laut Statistik bearbeitet. Hochgerechnet bedeutet dies, dass an jedem Werktag mehr als 2000 Kunden die Grenze passieren und auch die Rückerstattung in Anspruch nehmen. Was den Weiler Einzelhändler freut, stellt die Stadt bei Verkehrsfragen durchaus vor Probleme. Eine Verlegung der Anlaufstelle für die Mehrwertsteuer-Rückerstattung am Friedlinger Zoll, durch die ohne Schwierigkeiten die längst gewünschte

separate Busspur entstehen könnte, ist jedoch aus Sicht des Zolls unmöglich. Zu sehr befürchtet man dort angesichts des enormen Warenverkehrs über die Grenze einen Missbrauch der Rückerstattung.

Eröffnung

Morgen Samstag öffnet das neue Müller-Kaufhaus in der Lörracher Innenstadt seine Tore. Innert vier Monaten ist das ehemalige «Alouette»-Gebäude modernisiert und restauriert worden. Auf 2700 Quadratmetern wird dem Kunden von Drogerie-Artikeln über Haushaltswaren bis zu CDs alles geboten. Neben dem Müller-Markt wird ein «S. Oliver»-Bekleidungsgeschäft, eine Parfümerie und eine Schmuck-Boutique im Haus untergebracht sein.

Herbstwarenmesse

Auch in diesem Jahr präsentiert sich der Gemeinschaftsstand der Stadt Weil am Rhein auf der Basler Herbstwarenmesse. Neben der Laguna GmbH stellen Elektro-Bucher, Optik Burkart, Sporthaus Gemo, Modellbau Klein, Glas Schneider, das Goldschmiedeatelier

Heim und noch weitere Unternehmen auf der Messe aus. Für Abwechslung werden ein Glasbläser sowie ein Goldschmied sorgen. Ein riesiger Stuhl als «Wahrzeichen» für die Vitra-Stadt Weil darf natürlich nicht fehlen.

«Musica Antiqua»

Das Trio «Musica Antiqua Basel» tritt am 8. Oktober um 17 Uhr in der evangelischen Friedenskirche in Friedlingen auf. Rita und Fridolin Uhlenhut (Violoncello und Cembalo) präsentieren mit Tonio Passlick an der Blockflöte und der lyrischen Sopranistin Iris Benesch Barockmusik. Auf dem Programm stehen Liebeslieder und Sonaten von Thomas Arne, William Croft und Georg Philipp Telemann. Karten gibt es an der Abendkasse, Reservierungen werden unter kultur@weil-am-rhein.de vorgemerkt.

Hebelpark

Der Hebelpark am Anfang der Lörracher Fussgängerzone wird schon lange als erneuerungsbedürftig angesehen. Erste Ideen für eine Neugestaltung liegen vor, wobei Hochbauamts-

leiter Uwe Hoppe darauf hinweist, dass es lediglich Vorschläge, jedoch noch längst keine konkreten Pläne gebe. Die Bushaltestelle an der Grabenstrasse soll in die Strasse «Am Hebelpark» verlegt werden. Das könnte einen Radstreifen in Richtung Senser Platz ermöglichen. An der Nordseite des Parks sollen zwei Bushalteplätze entstehen, wodurch der Fahrradabstellplatz verlegt werden müsste. Auch im Innern des Parkes soll einiges geschehen. Erste Überlegungen wurden mit einem Landschaftsarchitekten aus Freiburg besprochen.

Rheinhafen im Plus

Nach einem starken Wachstum im Jahr 1999 ist in den ersten acht Monaten im Rheinhafen Weil am Rhein der Umschlag im Schiffs- und Landverkehr um weitere 22,5 Prozent gestiegen. Doch allzu sehr freuen kann man sich über das Plus nicht, denn immer noch steht die Reparatur der beschädigten Spundwand aus. Im Herbst beginnt der Bau einer neuen Wand, die mehr als drei Millionen Mark kosten wird.

Rainer Dobrunz